# Mainz im Jahre 1866

Karl Georg Bockenheimer

Digitized by Google

JFD
78-1964
[c]

Digitized by Google

3243

# Mainz im Jahre 1866

von
K. G. Bockenheimer

Mainz · 1907
Druck und Verlag von Philipp von Zabern
Großh. Hess. Hofdruckerei

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Großh. Bürgermeisterei
und der Stadtverordnetenversammlung
von Mainz

in Dankbarkeit gewidmet

Digitized by Google

Digitized by Google

# Vorrede.

Wie das Jahr 1848, so bildet das Jahr 1866 einen Markstein auf dem Wege zur Einigung Deutschlands. Was im Jahre 1848 geschaffen wurde, das erwies sich als unausführbar, weil die Reichsverfassung nicht imstande war, den Gegensatz zwischen Preußen und Österreich, der dem Einigungswerke hindernd im Wege stand, zu beseitigen. Dieser Gegensatz wurde im Jahre 1866 auf die damals einzig mögliche Weise beseitigt, womit die Grundlage gewonnen wurde zum Aufbau des deutschen Reiches. Wie die Ereignisse dieses Jahres auf die Zustände in unserer Vaterstadt eingewirkt haben, soll in diesen Blättern erzählt werden. Die Erzählung so vollständig und wahrheitsgetreu wie möglich zu gestalten, war mein eifrigstes Bestreben.

Mainz, den 10. Januar 1907.

Bockenheimer.

Digitized by Google

# Inhaltsverzeichnis.


Seite

Einleitung . . . . . 1
Mainz zu Anfang des Jahres 1866 . . . . . 8
Am Vorabend der Entscheidung . . . . . 24
Stimmen gegen den Krieg . . . . . 34
Vorbereitungen zum Krieg . . . . . 43
Der Wechsel in der Besatzung der Festung Mainz . . . . . 58
Mainz während des Krieges . . . . . 68
Der Wiedereinzug der Preußen in Mainz . . . . . 81
Im Dienst der Nächstenliebe . . . . . 97
Spaltung der Fortschrittspartei . . . . . 105
Die Wahlen zum hessischen Landtage . . . . . 117
Nach den Wahlen . . . . . 130
Beilagen . . . . . 139
Namenverzeichnis . . . . . 149


Digitized by Google

# Einleitung.

Ein an großen politischen Überraschungen und an tiefeinschneidenden Umgestaltungen reiches Jahr begann am 1. Januar 1866 seinen Lauf. An seiner Schwelle harrten viele und ernste Fragen ihrer Lösung, von denen nach dem Urteil der Staatsmänner bald die eine, bald die andere als wichtiger und als der Erledigung bedürftiger erschien. Aber allen Urteilen und Erwartungen der Staatsmänner spottend, drängte sich mit einem Male eine nicht gerade neue, doch oft auf Seite geschobene Frage in den Vordergrund, verlangte und erhielt ihre Lösung und machte einer Reihe anderer Fragen ein Ende. Diese nach ihrem Auftreten, nach ihrem Verlauf und nach ihrer Tragweite gleich denkwürdige Frage war die deutsche Frage, deren Lösung zu einer Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung wurde.

Schon einmal, vor langen Jahren, hatte man geglaubt, diese Frage gelöst zu haben, als die Frankfurter Nationalversammlung dem deutschen Volke eine Verfassung und in König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen einen deutschen Kaiser gab. Durch einen Beschluß der Nationalversammlung allein ließ sich aber, wie sich damals alsbald herausstellte, ein neues Reich in Deutschland nicht aufrichten. Da nämlich der Kaiser von Österreich weder einem anderen Fürsten sich unterordnen, noch aus dem Bunde austreten wollte, so hätte, um dem Beschlusse der Nationalversammlung Leben einzuflößen, Preußens König zu dem Schwert greifen müssen. Zu einem Kriege hatte aber der König weder Lust noch eine ausreichende Heeresmacht, was das Frankfurter Verfassungswerk zum Scheitern brachte. Ungeachtet der im Jahr 1849 gemachten Erfahrungen wollte niemand die Hoffnung auf das friedliche Gelingen eines Einigungswerkes aufgeben. Immer von neuem tauchten Vorschläge zur Umgestaltung des Bundes auf, aber mit ihnen auch die alten Gegensätze, die einst in der Paulskirche die Geister getrennt hatten. Für die Herbeiführung einer Vorherrschaft Preußens in Deutschland in dem Sinne, wie Heinrich v. Gagern einst in Frankfurt und dann die Partei der Gothaer sie befürwortet hatten, wirkten seit 1859 die Mitglieder des Nationalvereins, während der im



Digitized by Google

Jahre 1862 ins Leben gerufene Großdeutsche Reformverein die Wahrung der Stellung Österreichs erstrebte. Wer nun auf die Seite des Nationalvereins sich stellte, mußte darüber im klaren sein, daß eine Vorherrschaft Preußens nur möglich war, wenn entweder Österreich freiwillig seine Stellung ganz oder teilweise aufgab, oder wenn Preußen imstande war, Österreich aus seiner Stellung zu vertreiben. Bei Lösung der Frage nach der Umgestaltung des Bundes war aber auch noch mit den Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands zu rechnen. Während diese im Jahre 1849 unter dem Drucke der damaligen Verhältnisse der Mehrzahl nach den Bestimmungen der Reichsverfassung sich fügten, war seit Wiederherstellung des Bundes und seit Wiedererstarkung des Selbstbewußtseins der kleineren Machthaber an eine solche Nachgiebigkeit nicht zu denken. Sollte einmal der Bund umgestaltet werden, dann waren sie nur für eine Verfassung zu haben, die das Maß der Selbständigkeit nicht wesentlich beeinträchtigte. Diese Selbständigkeit erschien ihnen am besten gesichert, wenn Österreich an der Spitze des Bundes verblieb, während sie von der Vorherrschaft Preußens eine Beschränkung ihrer Machtvollkommenheit besorgten.

In Preußen hatte sich seit 1849 vieles geändert. Bei dem gewaltigen Aufschwunge, den dieser Staat seit Jahren auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Wohlfahrt genommen, und nach Umgestaltung und Vergrößerung der Heeresmacht wurden die Leiter des Staatswesens von der Überzeugung erfüllt, daß ihr Land berechtigt sei, den Vorrang vor allen anderen deutschen Ländern zu beanspruchen. Niemand war von dieser Überzeugung mehr erfüllt, als der Staatsmann, der im September 1862 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, der frühere Gesandte am Bundestage, Otto von Bismarck. Preußen groß zu machen, ihm die rechte Stellung nach innen und außen zu sichern und dann Deutschland unter Preußens Führung zu einem mächtigen Reiche zu gestalten, das war die Lebensaufgabe des größten, in den Anfängen seiner Ministerlaufbahn von den wenigsten gewürdigten und verstandenen Staatsmannes seiner Zeit. Wie er als Gesandter am Bundestage den österreichischen Vorsitzenden dazu gebracht hatte, dem preußischen Gesandten gegenüber den hochfahrenden Ton abzulegen, so ließ er als leitender Staatsminister bei den Österreichern

Digitized by Google

keinen Zweifel darüber aufkommen, daß in der deutschen Frage ohne Preußens Mitwirkung und gegen dessen Willen nichts zu erreichen wäre. Seit Jahren mit der Erforschung der Zustände in Österreich beschäftigt und völlig vertraut mit den schweren Schäden, unter denen das schlechtgefügte Staatswesen dort zu leiden hatte, hielt Bismarck sich für wohl berechtigt, von Österreich, wenn es im Bunde verbleiben sollte, mindestens eine Teilung der Vorherrschaft in Deutschland zu verlangen. In diesem Verlangen ließ er sich auch nicht irre machen durch die Hülfe, welche die deutschen Kleinstaaten zur Wahrung der eigenen Machtvollkommenheit dem österreichischen Kaiserstaate zu leisten bereit waren. Wie er hierüber dachte, erfahren wir aus einem Schreiben vom 18. September 1861, worin es heißt: „wir begeistern uns für die von Napoleon geschaffenen, von Metternich sanktionierten kleinstaatlichen Souveränetäten bis zur Blindheit gegen alle Gefahren, mit denen Preußens und Deutschlands Unabhängigkeit für die Zukunft bedroht ist, solange der Unsinn der jetzigen Bundesverfassung besteht."

Sobald einmal sein königlicher Herr und er entschlossen waren, den Bund in der bisherigen Gestalt nicht weiter bestehen zu lassen, schreckte Bismarck auch nicht vor dem Gedanken zurück, daß, im Falle eine friedliche Verständigung mit der alten Vormacht nicht zu erzielen wäre, das Schwert zwischen Preußen und Österreich entscheiden müsse.

Minister Rechberg bewegte sich in einem gründlichen Irrtum über Preußen und Bismarck, wenn er glaubte, ohne vorherige Verhandlungen mit Preußen eine Umgestaltung des Bundes in die Wege leiten zu können und wenn er den Kaiser Franz Josef von Österreich veranlaßte, die deutschen Fürsten zu einer Beratung hierüber nach Frankfurt auf den 16. August 1863 einzuladen. Da Bismarck keine Lust hatte, sich überrumpeln oder zu einer Entscheidung drängen zu lassen, riet er dem König Wilhelm, der sich von den Gründen seines Ministers überzeugen ließ, den Frankfurter Verhandlungen fern zu bleiben, womit deren Scheitern besiegelt war. Die Enttäuschung über das Mißlingen des Frankfurter Fürstentages wurde nicht bloß in Österreich und in den zu Österreich haltenden Ländern empfunden. Auch das Volk in weiten Kreisen war enttäuscht, weil es gehofft hatte, die deutsche Frage, die alle beschäftigte, werde endlich auf friedlichem



Digitized by Google

Wege gelöst werden. Man muß sich in dieser Beziehung erinnern, mit welchem Jubel Kaiser Franz Josef damals überall begrüßt wurde, wo er erschien. Auch die Mainzer hatten ihm zugejubelt, als er am 21. August von Frankfurt aus die Stadt und die Besatzung der Festung besuchte.

Nach dem Mißlingen ihrer Pläne hielten die österreichischen Staatsmänner es vorerst nicht für geraten, in der deutschen Frage weitere Schritte zu tun. Man war froh, wenn es gelang, den bisherigen Zustand aufrecht zu erhalten, und wenn von der anderen Seite nichts unternommen wurde, um die Frage wieder in Fluß zu bringen.

Minister Bismarck war damals durch die Angelegenheiten im eigenen Lande so sehr in Anspruch genommen, daß er vorzog, zu einer gelegeneren Zeit das Einigungswerk zu betreiben. Seit den Verhandlungen über die Umgestaltung des Heeres (1861) war nämlich ein tiefgehender Zwiespalt zwischen Regierung und Volksvertretung zutage getreten, namentlich seit das Abgeordnetenhaus seine Zustimmung zu den Regierungsvorschlägen von dem Zugeständnisse der zweijährigen Dienstpflicht abhängig gemacht hatte. Schon dachte König Wilhelm in seinem Unmute über die Haltung der Abgeordneten an die Niederlegung der Krone, als die Berufung Bismarcks in das Ministerium den Mut der Regierung wieder stärkte. Da nach Bismarcks Ansicht es sich hier um eine Machtfrage, um die Abwehr einer „Parlamentsherrschaft", handelte, so war an ein Zurückweichen der Regierung nicht zu denken. Während der langen und erbitterten Kämpfe, die nunmehr folgten, haben die Mitglieder der preußischen Fortschrittspartei und des linken Zentrums des Abgeordnetenhauses den Ministerpräsidenten als einen Verächter der Volksrechte, als einen unbeugsamen Reaktionär behandelt, ja selbst dessen Vaterlandsliebe bezweifelt. Der Widerhall dieser Anschuldigungen war später auch bei uns am Rhein zu vernehmen, als in Volksversammlungen und Vereinen die Politik Bismarcks, von deren letzten Zielen man keine Ahnung hatte, der öffentlichen Verdammung preisgegeben wurde. Erst als Bismarck sein auf die Größe des Vaterlandes gerichtetes Ziel erreicht hatte, wurden die gestrengen Richter warme, oft überlaute Fürsprecher und Verteidiger des Staatsmannes, der weiter geschaut hatte als alle seine Gegner.

Digitized by Google

Noch während dieser Kämpfe wurde Bismarcks volle Kraft in Anspruch genommen von der für Preußen und für Deutschland so wichtigen schleswig-holsteinischen Frage.

Im Vertrauen auf das Wohlwollen befreundeter Mächte hatte König Friedrich VII. von Dänemark, nachdem bereits in vielen Fällen die den Elbherzogtümern gegenüber übernommenen Verpflichtungen verletzt worden waren, eine für ganz Dänemark bestimmte Verfassung entwerfen lassen, die tatsächlich eine Einverleibung Schleswig-Holsteins in Dänemark herbeigeführt hätte. Diese Verfassung bestätigte Friedrichs Nachfolger Christian IX., ohne sich um den Widerspruch des Bundes und um die von diesem angedrohte „Exekution" zu kümmern. Außer dem Bundestage regte sich auch Erbprinz Friedrich von Augustenburg (Herzog Friedrich VIII.), der die Elbherzogtümer für sein Haus in Anspruch nahm und überall da, wo man für die Selbständigkeit jener Länder und für deren Loslösung von Dänemark sich begeisterte, lebhafte Unterstützung fand. Bereits waren in Ausführung eines Bundesexekutionsbeschlusses Truppen von Hannover und Sachsen in Holstein eingerückt, als Preußen und Österreich bei dem Bunde den Antrag stellten, die Elbherzogtümer sollten bis zur Zurücknahme der dänischen Verfassung in Pfand genommen werden. Mit ihrem Antrage abgewiesen, entschlossen sich beide Mächte nunmehr, ohne Rücksicht auf den Bund und dessen Exekutionsbeschluß selbständig gegen Dänemark vorzugehen. Die Preußen unter Befehl von Feldmarschall Wrangel, dann von Prinz Friedrich Karl, die Österreicher unter Feldmarschalleutnant Ludwig von Gablenz rückten gegen die Dänen vor und brachten diesen so schwere Niederlagen bei (Gefecht bei Oversee, Erstürmung der Düppeler Schanzen, Übergang nach der Insel Alsen), daß sie sich zum Frieden bequemen mußten. In dem zu Wien am 30. Oktober 1864 abgeschlossenen Frieden entsagte König Christian IX. allen Rechten auf Schleswig-Holstein und Lauenburg zugunsten von Preußen und Österreich, die dann nach Abzug der Bundestruppen eine gemeinschaftliche Regierung für die Herzogtümer in Schleswig einsetzten.

Die also begründete Gemeinschaft war die Quelle zahlloser Reibereien zwischen den beiden Vormächten, namentlich von dem Augen-

Digitized by Google

blicke an, wo Preußen Luft verspürte, die Elbherzogtümer für sich zu gewinnen. Es diente auch nicht zum Frieden, sondern erwies sich nur als eine „Verklebung der Risse im Baue", als in einem zu Gastein am 15. August 1865 abgeschlossenen Vertrage die Verwaltung der Elbherzogtümer geteilt, in Holstein auf Österreich, in Schleswig auf Preußen übertragen und Lauenburg Preußen gegen eine Geldentschädigung überlassen wurde. Mit berechtigtem Mißtrauen sah Österreich bald nach dem Vertrage den wegen dieser Abmachung in den Grafenstand erhobenen preußischen Minister von Bismarck nach Frankreich reisen. Erst wollte Graf Bismarck sich verlässigen, welche Stellung Kaiser Napoleon für den Fall einnehmen würde, daß Preußen, etwa gegen eine Geldentschädigung Österreichs die Elbherzogtümer an sich brächte. Der überlegenen Kunst Bismarcks gelang es in den zu Biarritz geführten Verhandlungen, die Bedenken Napoleons über Preußens Pläne zu beseitigen. Für eine Geldentschädigung, wie sie Bismarck zunächst ins Auge gefaßt hatte, war aber Österreich nicht zur Überlassung seines Anteils an der Gemeinschaft zu bestimmen, während Preußen von einer Gebietsabtretung, wie sie Österreich gern gewünscht hätte — in Schlesien — nichts wissen wollte. Es dauerte darum die Gemeinschaft noch weiter, aber auch der Widerstreit zwischen beiden Staaten wegen der Verwaltung, der zu immer ernsteren Verwickelungen führte.

Zu spät erkannte Österreich, wie unvorsichtig es gehandelt hatte, als es sich bestimmen ließ, in Gemeinschaft mit Preußen und ohne Rücksicht auf den Bund gegen Dänemark vorzugehen. Es hatte durch diesen Schritt sich in Widerspruch gesetzt mit den Mittel- und Kleinstaaten, die unter tätiger Mitwirkung des Nationalvereins und des deutschen Abgeordnetentages und unter Zustimmung des größten Teils des Volkes für das Recht des Augustenburgers eintraten. Während Preußen seine Ziele ruhig weiter verfolgte, ließ Österreich in seinem Unmute sich zu Entschließungen bestimmen, die dem Gegner den erwünschten Anlaß gaben, auf einer Lösung der Frage zu bestehen und zur Not zu dem äußersten Mittel des Krieges zu greifen. Ohne klaren Einblick in die feste Entschließung Preußens, im verblendeten Vertrauen auf die eigene Macht und auf die Unterstützung durch den

Digitized by Google

Bund begann es, sich auf die Seite des Augustenburgers zu stellen und die Berechtigung des Bundes zur Entscheidung über das Los der Elbherzogtümer anzuerkennen. Indem es sich so von Preußen lossagte, gab es diesem das Recht, seinen eigenen Weg zu verfolgen. Dieser Weg führte in den Krieg.

Wenn man auch in Österreich den Krieg nicht für unvermeidlich hielt, so wollte man dort doch auch nach Bundesgenossen sich umsehen. In der Hoffnung, Frankreich auf seine Seite bringen zu können, umwarb man Kaiser Napoleon mit großer Aufmerksamkeit. Den Bemühungen und Anstrengungen der Staatsmänner nach dieser Richtung glaubte man einen wesentlichen Nachdruck zu geben, als Kaiser Franz Josef am Ende des Jahres 1865 dem „Kinde Frankreichs" ein Großkreuz überreichen ließ, wobei großer Pomp und großes Wortgepränge entfaltet wurde, ohne daß Österreich das geringste erreichte. Genau um dieselbe Zeit brachte Preußen einen Handelsvertrag zwischen dem deutschen Zollverein und Italien zustande und bestimmte auf diesem Wege die deutschen Staaten, die sich bisher dagegen gewehrt hatten, zur Anerkennung des Königreichs Italien. Der Handelsvertrag ebnete dann dem Grafen Bismarck den Weg zu einem Bündnisse, worin Italien sich verpflichtete, gleichzeitig mit Preußen den Angriff auf Österreich zu machen.

So wenig man in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an einen Krieg zwischen Preußen und Österreich glauben wollte, so brach er doch im Sommer 1866 aus, dem äußeren Anlaß nach wegen der schleswig-holsteinischen, in Wirklichkeit wegen der deutschen Frage. Unter dem Donner der Kanonen brach dann der morsche Bau des Bundes zusammen zum Heil des Ganzen und der einzelnen Teile. Mochten nun auch die Ereignisse des Jahres 1866 nicht überall in Deutschland in derselben Weise aufgefaßt und gewürdigt werden, so konnte sich doch niemand ihren Nachwirkungen entziehen. Wie sie auf die Verhältnisse in Mainz eingewirkt haben, soll in diesen Blättern dargelegt werden.

Digitized by Google

# Mainz zu Anfang des Jahres 1866.

Die ersten Tage des Jahres 1866 wurden von allen Seiten mit lauter Friedensbeteuerung begrüßt. Beim Empfang der Gesandtschaften in Paris versicherte Kaiser Napoleon III., es gereiche ihm zur Genugtuung, an der Hand der Ereignisse der letzten Zeit aller Welt lange Tage des Friedens und des Wohlergehens voraussagen zu können. Der gewaltige Leiter des preußischen Staatswesens, in dessen Händen bald die Entscheidung über Krieg oder Frieden gelegt wurde, versicherte bei Eröffnung des preußischen Landtages (15. Januar), die Beziehungen Preußens zu allen auswärtigen Staaten seien „befriedigender und freundschaftlicher Natur". Österreich, das mit Mißtrauen Preußens Haltung verfolgte, war, nach den Neujahrsbetrachtungen einer großen Zeitung, auf dem Wege, „zu einem sicheren Frieden mit den europäischen Mächten". In Italien unterlag um jene Zeit die sogenannte „Aktionspartei", was die Einstellung der Truppenaushebungen zur Folge hatte.

Erschien hiernach für Deutschland der äußere Friede gesichert, so hatte man allen Anlaß, wegen des inneren Friedens in den einzelnen Staaten besorgt zu sein. In Preußen bestand noch zu Anfang des Jahres 1866 das Zerwürfnis zwischen der Regierung und dem Landtage, das noch verschärft wurde, als der Landtag die Angliederung von Lauenburg an Preußen als rechtsungültig erklärte und daraufhin die Regierung den Landtag entließ (19. Januar 1866).

Auch im Großherzogtum Hessen bestand ein ernster Gegensatz zwischen der Regierung und der freisinnigen Mehrheit der Volksvertretung. Seit Beginn der sogenannten Reaktionszeit war leitender Staatsminister Freiherr Reinhard von Dalwigk (ernannt am 30. Juli 1850), der in der äußeren und inneren Politik nach dem Muster der mit ihm gleichzeitig ans Ruder berufenen rückschrittlichen Minister in Bayern, Sachsen und Württemberg sich richtete. Den lebhaften Anhänger der großdeutschen Partei lediglich als einen „Reaktionär der schlimmsten Art" darzustellen, ist seit 1866, mehr aber noch nach dem Kriege von 1870 allgemein Brauch geworden. Darüber hat man die guten Seiten des Ministers, woran es ihm nicht

Digitized by Google

fehlte, völlig übersehen. Um dem vielgeschmähten Mann gerecht zu werden, darf man nicht verschweigen, daß Dalwigk, ein Mann von nicht geringer Begabung, von redlichem und wohlwollendem Wesen, für die Bedürfnisse des Landes ein offenes Auge hatte und auf die Beförderung der Wohlfahrt nach Kräften bedacht war. Man wird nicht zu seinem Lobredner, wenn man weiter darauf verweist, daß seine zahlreichen Gegner, die ihm Engherzigkeit und Unduldsamkeit auf politischem und religiösem Gebiet zum Vorwurf machten, nicht alle frei von diesen Fehlern waren. Für seinen Ruf wäre es allerdings besser gewesen, wenn er bei Beginn einer neuen Zeit, die andere Männer verlangte, vom Schauplatz seiner Tätigkeit zurückgetreten wäre. Von dem Augenblick an, wo Preußen die führende Stellung in Deutschland übernommen, war an der Spitze der Regierung eines deutschen Landes kein Platz mehr für einen Mann, der zu den eifrigsten Anhängern Österreichs gezählt hatte und aus den Ereignissen des Jahres 1866 nicht die rechten Lehren zu ziehen verstand. Es wäre Hessen nicht so oft Gegenstand gehässiger Angriffe in auswärtigen Blättern geworden, wenn der leitende Minister nicht versucht hätte, gegen die Anforderungen einer neuen Zeitrichtung anzukämpfen. Nur insofern kann man sein Verweilen im Amte nach dem Kriege von 1866 begreifen, als die zu Ende des Jahres vorgenommenen Wahlen zum Landtage der Regierung eine erhebliche Mehrheit in der Kammer sicherten. Dazu kommt noch, daß Großherzog Ludwig III., seit langem großdeutsch gesinnt, durch die Ereignisse des Jahres 1866 und durch alles, was darauf folgte, gegen Preußen verbittert wurde und weder von einer Änderung in den Grundsätzen der Regierung noch von einer Entlassung Dalwigks etwas wissen wollte.

Die liberale Richtung, der Dalwigk später weichen mußte, war schon auf dem 18. Landtage zu Wort gekommen, wenn sie auch, über die Mehrheit der Stimmen in der Kammer verfügend, vorerst nichts von dem erreichen konnte, was sie erstrebte. Ihr Ziele verkündigte sie bei Eröffnung der Kammersitzungen am 6. Dezember 1865. Während die Regierung sich der Hauptsache nach auf die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Gehalte einer Anzahl von Beamten beschränkt hatte, nahm die Kammermehrheit Veran-

Digitized by Google

lassung, der Regierung ihr Verlangen nach einer freiheitlichen Gestaltung des Verfassungslebens zur Kenntnis zu bringen.

Der zur Beantwortung der Regierungsansprache bestellte Ausschuß, dem u. a. der Mainzer Abgeordnete Dr. Dumont und der Bezirksgerichtsrat August Becker in Mainz angehörten, führte im einzelnen auf, was man von der Regierung verlangte: Beseitigung des bestehenden Wahlgesetzes, Umgestaltung der ersten Kammer, Aufhebung der mit dem Bischof von Mainz geschlossenen „Konvention", freie Gestaltung des Gemeindewesens, Vorlage eines besseren Preßgesetzes (mit Gewähr der Schwurgerichte), Verkündigung der längsterwarteten Amnestie, Beseitigung der Beschränkungen der Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Wiedervorlage des Entwurfs einer neuen Strafprozeßordnung für Oberhessen und Starkenburg usw. Der Ausschußbericht besprach auch die Art und Weise der Berufung der Beamten und rügte namentlich die weitgehende Berücksichtigung von Geburt und Familie, von religiöser und politischer Gesinnung. Nach der Ansicht des Ausschusses wurden die vielfach zu verspürenden „Bedrängnisse auf religiösem, die Zurückhaltung auf volkswirtschaftlichem Gebiete nicht bloß von der Ständekammer, sondern von dem übrigen großen Teile der Bevölkerung" empfunden. Bei dem tiefgehenden Gegensatz zwischen den Ansichten und Bestrebungen der Räte der Krone und den Ansichten und Bestrebungen der Volksvertretung gab sich der Ausschuß der Hoffnung hin, der Landesherr werde in seiner Weisheit das Rechte finden zur Herstellung der wahren Wohlfahrt des Landes und zur Besiegelung des Friedens zwischen Fürst und Volk, eines Friedens, der zu keiner Zeit mehr geboten gewesen als gerade im Augenblicke, wo nach einer Anspielung des Ausschusses auf die Zeitereignisse, namentlich auf die Angelegenheit der Elbherzogtümer, „der Mißachtung des Rechts nur durch einmütiges Zusammenwirken zum Frommen des gesamten wie des engeren Vaterlandes" entgegengewirkt werden konnte.

Schärfere Worte als im Ausschuß fielen bei der Besprechung der Adresse in der Kammer selbst. Dort führte seit 1862 der von der Stadt Mainz als zweiter Vertreter in die Kammer entsandte Rechtsanwalt August Metz aus Darmstadt (geb. am 20. April

Digitized by Google

1818, gest. am 22. Februar 1874) einen heftigen Kampf gegen das Ministerium. Als Mitglied des Vorstandes des Nationalvereins, der in Hessen ähnlichen Verfolgungen wie in Preußen ausgesetzt war, hatte Metz einmal eine Strafverfolgung zu bestehen gehabt in Anwendung des Art. 3 der Großh. Verordnung vom 20. Oktober 1850, wonach den Hessen die Teilnahme an allen im Auslande gestifteten oder bestehenden politischen Vereinen oder Verbindungen bei Strafe untersagt war. Seiner Erbitterung über das Ministerium machte er auch bei dieser Beratung (18. Dezember) Luft und trug vor, es gäbe nur eine Möglichkeit, den Gegensatz zwischen Regierung und Volksvertretung ein Ende zu machen, nämlich auf dem Wege eines Personenwechsels im Ministerium bei gleichzeitiger unbedingter Änderung des „Systems".

Die aus den Beratungen der Ständekammer hervorgegangene Adresse fand nicht den Weg zum Landesfürsten, da dieser nach dem Vorgange anderer Fürsten in jener Zeit es ablehnte, die Kundgebung des Landtags entgegenzunehmen. Nach der Auffassung der Regierung hatte die Kammer bei Abfassung der „teilweise in sehr verletzender Weise redigierten Antwortadresse" den Weg verlassen, „den die Verfassungsurkunde für den Fall vorschreibt, wenn es sich davon handelt, ständische Beschwerden und Wünsche zur Allerhöchsten Kenntnis zu bringen."

Die Ablehnung kam nicht unerwartet und machte keinen besonderen Eindruck, weil die Gegner der Regierung, als sie ihre Klagen im Landtag vorbrachten, kaum auf die Erfüllung ihrer Wünsche rechneten und damit zufrieden waren, dem Minister einmal tüchtig die Meinung gesagt zu haben. Am wenigsten hatten die Abgeordneten einen Wechsel in der Leitung der Regierung und noch weniger eine Berufung eines freisinnigen Mannes in das Ministerium erwartet.

So wenig wie der Herr und Meister in Darmstadt, fand dessen getreuer Diener in Mainz Gnade in den Augen des Freisinns, der auch in der Mainzer Stadtverwaltung über die Mehrzahl der Stimmen verfügte. Ja selbst die Anhänger des Ministeriums Dalwigk, die katholische Partei und die großdeutschen Konservativen, standen nicht immer auf der Seite des obersten Verwaltungsbeamten der Provinz Rheinhessen, des Provinzialdirektors und Geheimrats Karl Josef

Digitized by Google

Schmitt (geb. zu Mainz am 6. November 1795, geſt. zu Wiesbaden am 15. Januar 1878). Fehlte dieſem Beamten das richtige Verſtändnis für die der Regierung damals geſtellten großen Aufgaben, ſo hing das in erſter Linie mit der von ihm zurückgelegten Laufbahn zuſammen, die ihn aus den unterſten Stellungen zu dem hohen Poſten in die Verwaltung geführt hatte. Als junger Mann in die Kanzlei des Mainzer Präfekten des Departements vom Donnersberg aufgenommen, eignete er ſich bei großem Fleiß und guter Begabung eine ſolche Kenntnis des Verwaltungsdienſtes und namentlich der Verhältniſſe in Mainz und in der Provinz an, daß er nach Beendigung der Fremdherrſchaft und Einverleibung unſerer Gegend in das Großherzogtum Heſſen der neuen Regierung nützliche Dienſte zu leiſten imſtande war. Vom Aſſeſſor der Mainzer Provinzialdirektion ſchwang er ſich zum Rate bei dieſer Verwaltung auf (17. Februar 1833), verſah eine Zeitlang die Stellung eines Kreisrats für den Landbezirk Mainz (die Kantone Nieder-Olm und Oppenheim), die ihm etwa am 15. November 1845 zugleich mit dem Amte eines Rekrutierungskommiſſars für die Provinz Rheinheſſen wirklich übertragen wurde. Vorübergehend infolge der Aufhebung der Kreisratsſtellen außer Dienſt geſetzt (31. Juli 1848), ward Schmitt am 20. Auguſt 1849 zum Mitgliede der Regierungskommiſſion in Heppenheim und bald darauf, am 14. Mai 1850, zum Vorſitzenden der Regierungskommiſſion in Worms ernannt. Als Freiherr von Dalwigk bald darauf von Mainz ins Miniſterium berufen wurde, erſchien Schmitt bei ſeinen reichen Erfahrungen als der geeignetſte Mann, um die Leitung der Geſchäfte eines Provinzialdirektors zu übernehmen. Erſt vorläufig, dann wirklich mit den Geſchäften betraut, verblieb Schmitt auf dieſem Poſten, bis er am 16. Juni 1874 in den Ruheſtand verſetzt wurde. Mit den Leiſtungen dieſes pflichtgetreuen und bewährten Beamten im höchſten Grade zufrieden zu ſein, hatte die Regierung allen Anlaß, was ſie auch dadurch zum Ausdruck brachte, daß Schmitt in außergewöhnlichem Maße mit Ehrungen und Auszeichnungen bedacht wurde.

Bei aller Anerkennung des Amtseifers des verdienten Beamten darf man die Einſeitigkeit ſeines Denkens und Wirkens nicht überſehen. Zwiſchen Papierſtößen groß geworden, in einer Schule aus-

Digitized by Google

gebildet, die als Richtschnur der Verwaltung in Staat und Gemeinde nur das Regierungsblatt und die Verordnungen der vorgesetzten Behörden anerkannte, von übertriebener Vorstellung von der staatlichen Allgewalt erfüllt, hing Schmitt, namentlich bei zunehmendem Alter, zäh an dem Hergebrachten fest, ohne Verständnis und Empfinden für die Bedürfnisse der Zeit. Darum war er auch, was man in der größten Stadt des Landes am meisten beklagte, Feind aller größeren Selbständigkeit der Gemeinden und aller damit zusammenhängenden Neuerungen. Sein Austritt aus dem Staatsdienste fiel zu seinem und der anderen Wohl mit dem Zeitpunkt zusammen, wo die neue Städteordnung zur Einführung kam.

Die Abneigung gegen die rückschrittliche Regierung vereinigte seit Jahren alle freiheitlich gesinnten Männer ohne Rücksicht auf die bisherigen, oft weit auseinandergehenden Richtungen unter dem Banner des Fortschritts. Als Mitglieder der Fortschrittspartei bekannten sich von da an die alten Gegner der Regierung, die Demokraten, die im Laufe der Zeit und unter ungünstigen Verhältnissen manchen Verlust zu beklagen hatten. Mit Befriedigung sahen die älteren Mitglieder Wittmann und Oechsner auf einen neuen Kampfgenossen, der ihnen in dem Advokaten Dr. Konrad Alexis Dumont (geb. am 23. Juli 1819, gest. am 23. Juni 1885) erwachsen war. Bei seinem Eintritt in das politische Leben schaute er bereits auf eine ehrenvolle Laufbahn zurück, worin er sich großes Vertrauen und die Hochachtung aller Stände und aller Parteikreise erworben hatte. Er war ein vorzüglich geschulter Redner, der einen ganz besonderen Wert darauf legte, seine Gedanken und Ansichten stets in gewählter Form zum Ausdruck zu bringen. Den Eindruck auf die große Masse beeinträchtigte keineswegs das gezierte Wesen, das Dumont bei Zeiten angenommen. Nach 28jähriger Tätigkeit als Anwalt am 5. November 1877 zum Bürgermeister der Stadt Mainz ernannt, war Dumont bestrebt, alle seine Kraft in den Dienst der Vaterstadt zu stellen, um deren Wohlfahrt zu fördern. Sein Hauptverdienst bestand darin, daß er bei unermüdlichem Fleiße den Beamten ein Vorbild treuester Pflichterfüllung wurde. Indem er allen zu erledigenden Sachen auf den Grund zu gehen pflegte, bewahrte er sich die

Digitized by Google

Unabhängigkeit nach allen Seiten und namentlich von Leuten, die bereit waren, in die Regierung auf dem Stadthause sich einzumischen. Nicht ganz frei von Eitelkeit und von der Richtigkeit seiner eigenen Ansichten fest überzeugt, war Dumont nicht immer ein bequemer Mitarbeiter, was der Anerkennung und Ehrlichkeit seines Wollens nicht im Wege stand.

Schulter an Schulter mit den Demokraten standen die anderen Gruppen der Fortschrittler, deren Kern einst als die sogenannten „Wohldenkenden" im Bürgerverein für den gemäßigten „demokratisch-monarchischen Konstitutionalismus" gewirkt hatten. Nachdem von diesen gemäßigten Liberalen die Partei des Frankfurter Hofes sich getrennt hatte, stellte sich bereits im Jahre 1849 deren Mehrzahl auf den von Heinrich v. Gagern in der Nationalversammlung vertretenen Standpunkt und neigte zu einer Vorherrschaft Preußens in Deutschland hin. Nach und nach lockerten sich ihre Beziehungen zu der Regierung, und ihre Reihen vermehrten sich im Laufe der Zeit durch eine Anzahl ehemaliger Demokraten, die ihren Glauben an die Unfehlbarkeit der republikanischen Anschauungen abgelegt und das Vorurteil gegen Preußen aufgegeben hatten.

Unter den Führern der geeinigten Fortschrittspartei nahm die erste Stelle Advokat Goerz ein, der frühere Vertreter der Stadt Mainz im Landtage, als eine vorzügliche Arbeitskraft bewährt und geschätzt. Bereits im Jahre 1848 hatte er sich von dem durch Zitz und Dr. Bamberger geleiteten äußersten Flügel der Demokraten losgesagt und in der Frage nach der künftigen Verfassung Deutschlands sich den Staatsmännern angeschlossen, die den König von Preußen zum deutschen Kaiser bestimmten. An dieser Richtung hat er stets treu festgehalten und dies auch dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er dem Nationalverein beitrat. Neben Goerz waren noch als tüchtige Führer anerkannt die Advokat-Anwälte Hermann Fitting und Dr. Johann Karl Wilhelm Jung. Der Erstgenannte, geb. in Oppenheim am 13. April 1823, gest. zu Mainz am 15. April 1878, Sohn des Dekans Georg Christian Fitting, erst in Alzey (seit 3. März 1851), dann in Mainz tätig, ein Mann von gesundem Urteile, war bei aller Entschiedenheit in der Verfechtung

Digitized by Google

seiner politischen Ansichten nicht leicht aus seiner behäbigen Ruhe herauszubringen. Ein wohlwollender Zug seines Wesens hielt ihn ab, die politischen Streitigkeiten auf das Gebiet persönlicher Anfeindung hinüberzuspielen. Unter einem neuen Ministerium wurde Fitting am 5. Oktober 1877 als Rat an das Großh. Obergericht der Provinz Rheinhessen berufen, in welcher Stellung ihm nur eine kurze Tätigkeit beschieden war. Beweglicher im Wirken und Sprechen war der jüngere Amtsgenosse Dr. Karl Jung, geb. zu Mainz am 3. Januar 1826, gest. daselbst am 6. Januar 1883, der, am 17. Oktober 1862 zum Advokat-Anwalt in Mainz ernannt, sich mit Eifer und Geschick den städtischen Angelegenheiten widmete, als langjähriger Leiter der Mainzer Volksbank und in den Jahren 1866 und 1870/71 in der Fürsorge für die Soldaten im Felde sich große Verdienste erwarb. Auch er trat später, am 29. November 1873, als Bezirksgerichtsrat in Mainz in die richterliche Laufbahn ein, die er am 18. Juni 1878 infolge ernster Erkrankung aufgeben mußte.

An der Seite dieser Männer und zu deren Unterstützung wirkten noch eine ganze Reihe anderer, zum Teil hochbegabter Personen, wie z. B. der als Redner ganz besonders gefeierte spätere Geheime Justizrat Dr. Karl Reinach (geb. zu Mainz am 26. Mai 1832, gest. daselbst am 11. Februar 1901), denen erst später führende Rollen zufielen.

Die von Dr. Dumont, Becker u. a. in der Kammer vorgebrachten Klagen entsprachen genau den Zuständen, worunter die Bewohner von Mainz ganz besonders zu leiden hatten. Empfindlicher als an anderen Orten verspürte man hier die Schranken, die der freien Bewegung der Gemeindeverwaltung durch die Gemeindeordnung vom 30. Juni 1821 gezogen waren. Dieses veraltete, für größere Verhältnisse nicht berechnete Gesetz hatte der Oberaufsicht des Staates inbezug auf die Verwaltung des Gemeindevermögens einen so großen Umfang eingeräumt, daß die Verwaltungsbeamten an sich keine Veranlassung gehabt hätten, das Gesetz in engherziger Weise zu handhaben. Wie man an der Hand des Gesetzes den Mainzer Stadtvorstand niederhielt, davon kann sich das jetzige Geschlecht kaum eine Vorstellung machen. Es klingt fast wie ein Märchen, wenn man aus

Digitized by Google

den Verhandlungen der Stadtvertretung erfährt, das Kreisamt habe im Jahre 1866 der Stadt Mainz die Berechtigung abgesprochen, ohne vorherige kreisamtliche Genehmigung feuerfeste Räume im Stadthause herzustellen zur Verwahrung der Standesbücher und zur Sicherung der Bestände der städtischen Kasse. Wie in der Gemeinderatssitzung vom 25. Oktober 1865 festgestellt wurde, erteilte das Kreisamt der Verwaltung eine Rüge, weil sie eigenmächtig solche bauliche Veränderungen im Stadthause vorgenommen habe. Aus diesem Anlasse bemerkte der Beigeordnete Nacke in öffentlicher Sitzung, es liege hier „wieder ein Fall jener Bevormundung des Gemeindewesens vor, worüber schon so viel geklagt worden und die nicht länger mehr fortgesetzt werden könne".

Die Beschränkung der freien Bewegung wurde hier um so schmerzlicher empfunden, als die Stadt in vielen Dingen auf die eigene Kraft angewiesen war, während anderwärts der Staat über Mittel verfügte, emporstrebenden Städten kräftig unter die Arme zu greifen. Auch vermißte die Stadt die Förderung ihres Verlangens nach Beseitigung der immer mehr sich fühlbar machenden Einschränkungen, die ihr die Festungsverhältnisse auferlegten. Hemmte in Friedenszeiten der Festungsgürtel die Entfaltung der Stadt, so lief diese in Kriegszeit Gefahr, mit Lasten belegt zu werden, wovon man anderwärts befreit war und wofür es keinen Ersatz gab.

Beengt fühlte man sich auch nach einer anderen Richtung. Seit Jahren legte auch die hessische Regierung nach dem Vorgange an anderen Orten eine große Empfindlichkeit gegen unbequeme Preßstimmen an den Tag, nicht zur Freude und nicht zum Wohl der Mainzer Gerichte, deren Hülfe nicht bloß gegen einheimische Blätter, sondern meist gegen fremde, nachweislich in Mainz verbreitete Zeitungen („Nürnberger Anzeiger" u. a.) angerufen wurde. Vielfach waren es recht geringe Geister, die in auswärtigen Blättern bald staatliche oder städtische Angelegenheiten in verletzender Weise besprachen, bald über einzelne Persönlichkeiten in herabwürdigender Weise herfielen. Auf eine augenblickliche Wirkung berechnet, haben diese Preßerzeugnisse keinen Anspruch darauf, als brauchbare Beiträge zur Kenntnis jener Tage beachtet zu werden. Auch damals hätte man

Digitized by Google

wohl am besten daran getan, wenn man sich nicht zu sehr mit den meisten dieser Stimmen beschäftigt hätte, weil dabei weder das Wohl und Wehe des Staates noch die Ehre des einzelnen in Frage kam. Die vielen Preßverfolgungen hatten aber insofern ihre schlimmen Seiten, als in den Augen der Gegner der Regierung die Gerichte, wenn sie verurteilende Erkenntnisse erließen, als gefügige Werkzeuge der verfolgenden Behörde betrachtet wurden. Manche Strafverfolgung jener Zeit war in der Tat geeignet, in weiteren Kreisen Bedenken über die Unabhängigkeit der Gerichte zu erregen. So war es z. B. ein bedenkliches Unternehmen, zur Verhütung von Mißbrauch der Redefreiheit im preußischen Abgeordnetenhause einen Beschluß des Berliner Obertribunals herbeizuführen (30. Januar 1866), der die in den Kammern gehaltenen Reden für gerichtlich verfolgbar erklärte und darauf gestützt ein Mitglied der Fortschrittspartei, Richter Karl Twesten, gerichtlich zu verfolgen. Das Abgeordnetenhaus warf sich zum Richter über das Gericht auf, erklärte den Beschluß für nichtig und legte (10. Februar) Verwahrung gegen jede Strafverfolgung ein. Auf die weitere Haltung der Fortschrittspartei in der Kammer hatte die Verurteilung Twestens keinen Einfluß. Aus Anlaß solcher und ähnlicher Urteile mochte damals an manchen Orten die Ansicht auftauchen, mit den zahlreichen Strafverfolgungen werde nicht die Aufrechterhaltung der Rechtsordnung, sondern die Erreichung irgend eines anderen Zieles bezweckt. Auch unsere Gerichte mußten wie andere deutsche Gerichtshöfe hie und da unter derartigen Verdächtigungen leiden, sodaß einmal der würdige und allgemein geachtete Obergerichtspräsident Dr. Kuyn in einer feierlichen Sitzung Veranlassung nahm, gegen Verunglimpfungen entschieden Verwahrung einzulegen. Wie man in dieser Richtung auch denken mochte, so faßte man in Mainz die fortgesetzten Verfolgungen der Presse als eine Beeinträchtigung der freien Meinungsäußerung auf und machte hierfür die Regierung verantwortlich.

Ein anderer Fall der Unzufriedenheit für manche Kreise in Mainz ist angedeutet in dem von Dumont in der Kammer gestellten Antrag auf Aufhebung der mit dem Bischofe von Mainz abgeschlossenen „Konvention".



Digitized by Google

Seit Freiherr Wilhelm Emmanuel von Ketteler den bischöflichen Stuhl von Mainz bestiegen (25. Juli 1850), war dieser eifrige und standhafte Verfechter der Rechte und Freiheiten der Kirche darauf bedacht, seinem Sprengel, worin er kirchliches Leben wieder erwecken wollte, diejenige Einrichtung und Ordnung zu verschaffen, die, nach seiner Überzeugung, geboten war, um den Bischof und seine Geistlichen in den Stand zu setzen, ihren Pflichten nachzukommen. Bis dahin war in Hessen das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nicht durch Gesetz geordnet, wie z. B. in der preußischen Verfassungsurkunde, indem vielmehr nach dieser Richtung neben den Bullen von 1821 und 1827 nur eine von der Regierung am 30. Januar 1830 erlassene Verordnung maßgebend war. Wollte man nunmehr diese einseitig erlassene Verordnung aufheben, so war entweder der Weg der Neuordnung durch ein Gesetz oder der, von anderen Staaten eingeschlagene Weg der Verständigung mit Rom gegeben. Statt nun den einen oder den anderen Weg einzuschlagen, trat das Ministerium in Verhandlungen mit dem Bischofe, die zu der am 23. August 1854 unterzeichneten Konvention führten. Jahrelang hatte diese Vereinbarung schon bestanden, als, nach Gründung des Nationalvereins, die Konvention zum Ausgangspunkte von Anklagen gegen das Ministerium in der Kammer und in der Presse gemacht wurde. Obwohl man den Inhalt der Vereinbarung nicht kannte, so warf man doch aus Mißtrauen vor dem angeblichen Einflusse des überall fest auftretenden Bischofs dem Ministerium vor, es habe wichtige Hoheitsrechte der Kirche gegenüber preisgegeben. Auf Vorlage der Konvention in der II. Kammer gedrängt, verweigerte (1. Mai 1860) die Regierung anfänglich dem Antrage zu entsprechen, was insofern nicht gerechtfertigt war, als ja die von dem Landesherrn unterzeichnete Konvention an Stelle einer früheren, im Regierungsblatt veröffentlichten Verordnung zu treten bestimmt gewesen. Erst später, bei einer Verhandlung in der I. Kammer, legte die Regierung die Konvention vor. Dem weiteren Verlangen der II. Kammer, dem Landtage den Entwurf eines Gesetzes zur Ordnung der Angelegenheiten der katholischen Kirche vorzulegen, widersetzte sich das Ministerium ebenfalls im Anfang, willfahrte aber dann in einer Weise, die in den Augen der Landstände keine Gnade

Digitized by Google

fand. Auf diese Haltung der II. Kammer bezieht sich eine Stelle in der Verabschiedung der Ständeversammlung (10. Mai 1865), worin es heißt: „Wir bedauern, daß Unsere Absicht, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf dem Wege der Gesetzgebung zu regeln, infolge der von der II. Kammer Unserer getreuen Stände zu dem vorgelegten Entwurf gefaßten Beschlüsse nicht hat zur Ausführung kommen können."

Mainzer Demokraten und Fortschrittsmänner setzten den in der Kammer begonnenen Streit um die Konvention in Wort und Schrift fort und gingen bald dazu über, sowohl eine Reihe kirchlicher Angelegenheiten, so die Niederlassung der Jesuiten in Mainz, deren Tätigkeit an der Pfarrkirche St. Christoph und die Einführung eines gewissen Lehrbuchs der Moral in dem Mainzer Seminar, als auch Einrichtungen, die mit der Kirche in entfernterem Zusammenhang standen, so z. B. die Stellung der Hospizien und der Friedhofskommission zu der Stadt, in den Kreis der Streitigkeiten zu ziehen. Da jeder Angriff mit gleichen Waffen abgewehrt wurde, so verbitterte in den ohnehin schon recht ernst gewordenen Zeiten auch religiöser Unfriede die Gemüter und gab häufig genug Anlaß zum Einschreiten der Gerichte.

In allen politischen und religiösen Fragen stand der Mainzer Gemeinderat auf Seiten der Fortschrittsmänner. An der Spitze der städtischen Verwaltung stand damals noch kein besoldeter, im Verwaltungswesen ausgebildeter Bürgermeister. Seit dem 16. Januar 1865 verwaltete das Ehrenamt eines Stadtoberhauptes Kommerzienrat Franz Philipp Schott (geb. zu Mainz am 30. Juli 1811, gest. in Mailand am 8. Mai 1874), Inhaber des Musikalienverlags und der Notendruckerei B. Schott's Söhne, welches Unternehmen unter seiner Leitung zu einem Weltrufe gelangte. Der in seinem Fache so tüchtige und bewährte Geschäftsmann war in seinem Auftreten nach außen höchst bescheiden, ja fast unbeholfen. Selbst in dem eigenen Hause, beim Empfang der vielen Künstler und anderer Gäste, die jahraus, jahrein bei ihm verkehrten, vermochte Schott nicht aus sich herauszutreten und überließ darum gerne die Rolle des Wirtes der gewandten, lebensfrohen Gattin Betty geb. von



Digitized by Google

Braunrasch (geb. am 25. Dezember 1820, gest. am 5. April 1875), einer vollendeten Klavierkünstlerin. Wurden an Gesellschaftsabenden Musikstücke aufgeführt, dann pflegte Schott ein stilles Plätzchen aufzusuchen und in andächtiger Aufmerksamkeit den Tönen der Meister zu lauschen, die ihn der ganzen Umgebung entrückten. Weil er seinem ganzen Wesen nach dem öffentlichen Leben und Treiben keinen Reiz abgewinnen konnte und weil er am besten wußte, wie wenig er zur Leitung von öffentlichen Verhandlungen und zur Übernahme einer politischen Rolle geeignet war, hatte es längeren Zuredens und starken Drängens seiner Freunde von der Fortschrittspartei bedurft, um ihn zur Annahme des Ehrenamtes eines Bürgermeisters zu bestimmen. In ruhigen Zeiten mochte Schott, der von den besten Absichten für das Wohlergehen der Bürgerschaft erfüllt war, den Anforderungen seines Amtes gewachsen sein. Dagegen wäre im Jahre 1866 ein festerer Mann mehr am Platze gewesen. Während der schlimmsten Zeit jenes Jahres weilte Schott, angeblich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, in einem Bade, was ihm später von seinen politischen Gegnern verübelt wurde. Aber selbst in jenen Tagen beurteilte man ihn in Mainz mit Nachsicht, namentlich als es bekannt wurde, wie er in seiner Herzensgüte allen bei ihm beschäftigten Arbeitern die Mittel zukommen ließ, um für sich und ihre Familien bei der bevorstehenden Einschließung der Stadt die auf eine längere Zeit erforderlichen Nahrungsmittel anzuschaffen. Ein anderes Zeugnis für seine Herzensgüte und für seine Anhänglichkeit an die Stadt bildet die sog. Schott-Braunrasch-Stiftung in dem nach ihm benannten Schottenhofe, der anfangs zur Versorgung seiner Arbeiter bestimmt war.

Als Berater in allen geschäftlichen Angelegenheiten hatte Schott den ersten Beigeordneten Valentin Theuerkauf zur Seite, der sich in langem Dienste von der Stelle eines Bürgermeistereischreibers bis zu einem Mitgliede der Bürgermeisterei emporgearbeitet hatte, bei den Bürgern in gutem Ansehen stand, aber in politischen Dingen ohne Einfluß war. Als Theuerkauf am 22. Mai 1866 im Alter von 71 Jahren verstarb, fiel dessen geschäftliche Tätigkeit dem früheren Generaleinnehmer des Mainzer Universitätsfonds, David Ruland

Digitized by Google

(geb. zu Worms im Jahre 1797, gest. in Wiesbaden am 22. Mai 1876) zu, der politisch ebensowenig in Betracht kam, wie Theuerkauf. Die Hauptrolle in allen politischen Angelegenheiten fiel dem Beigeordneten Kaufmann Karl Racke (geb. zu Mainz am 2. Februar 1825, gest. zu Bodenheim am 12. Mai 1898) zu, einem regsamen, mit klarem Verstande begabten Mann, der nach dem Weggange von Schott eine Zeitlang die Würde eines Bürgermeisters (von Juni 1871 bis Juli 1872) bekleidete.

Da die Bürgermeisterei und der Gemeinderat fast nur aus Männern derselben Gesinnung zusammengesetzt waren, so konnte man das Stadthaus als den eigentlichen Mittelpunkt und Sitz der Fortschrittspartei ansehen, die ja nicht gleich anderen Vereinen an einem bestimmten Orte zusammenkam und regelmäßige Sitzungen abhielt. In gemeinschaftlichem Dienste tauschte man auf dem Stadthause die Ansichten aus und gelangte, bei gemeinschaftlichen Zielen, leicht zu einer Verständigung in allen, die öffentlichen Angelegenheiten der Stadt berührenden Fragen.

In dem Gemeinderate, der in aller Eintracht und in Gemeinschaft mit der Bürgermeisterei wirkte, war der Stand der Kaufleute und Fabrikanten am stärksten vertreten, worunter Männer zählten, deren Namen weit über das Weichbild der Stadt hinaus guten Klang hatten. Gewählt waren als Gemeinderatsmitglieder: Kommerzienrat Rudolph Bamberger, Leiter eines weitbekannten Bankhauses, seinem Bruder Ludwig Bamberger geistig nahestehend (geb. am 4. Februar 1821, gest. am 7. Juni 1900), Karl Franz Julius Deninger, der tatkräftige Teilhaber der großen Lederfabrik Mayer, Michel und Deninger (geb. am 9. September 1827, gest. am 1. Juni 1895, Geheimer Kommerzienrat und Mitglied der ersten Kammer der Landstände), Albert Gastell, Teilhaber der im Bau von Eisenbahnwagen hochbewährten Gesellschaft Gastell und Harig, Bankier Samuel Goldschmidt II., bekannt wegen seiner gesunden Einfälle, Johann Christian Heinrich Kähler, beteiligt an der wegen ihrer vorzüglichen Leistungen geschätzten Möbelfabrik von Knußmann, Ferdinand August Köster, Christian Albert Kupferberg, Begründer der nach ihm

Digitized by Google

benannten, heute in der ganzen Welt bekannten Schaumweinfabrik (geb. zu Kriegsheim am 18. April 1824, gest. am 9. August 1876), Weinhändler Max Friedrich Nonweiler, Kommerzienrat Probst, der spätere Vizepräsident der Hessischen Ludwigsbahngesellschaft, Fayencefabrikant Johann Friedrich Schneider, Agent Wilhelm Staedel und Joseph Striegler. Dem Stande der Rechtsgelehrten gehörten an: die Advokat-Anwälte Goerz, Dumont und Fitting, der reichbegabte und vielseitig gebildete Bezirksgerichtsrat Johann August Becker, später Mitglied des obersten hessischen Gerichtshofes (gest. am 24. September 1881, im Alter von 79 Jahren), und die wegen ihrer Beteiligung an der politischen Bewegung der Jahre 1848 und 1849 aus ihrer Laufbahn verdrängten Dr. Georg Oechsner und Dr. Philipp Wittmann. Dem ärztlichen Berufe gehörten an: die Gemeinderäte Dr. Joseph Franz Ignaz Anschel (geb. am 11. November 1812, gest. am 1. Dezember 1872) und Dr. Wilhelm Heß (geb. zu Gießen am 25. Juni 1831, gest. als Geheimer Sanitätsrat am 27. August 1905). Tüchtige Mitglieder des Gewerbestandes waren: Bäcker Philipp Barthel, Müller Georg Falk und Metzgermeister Peter Krug. Würdig schlossen sich diesen Männern an: Christian Lotharp, Unternehmer größerer Bauwerke und Vertreter des Nieder-Olmer Bezirks in der II. Ständekammer, und der wegen seiner naturwissenschaftlichen Kenntnisse geschätzte Lehrer Napoleon Franz Boudin (geb. am 9. Mai 1812, gest. am 20. Februar 1872).

Um sich einen Begriff zu machen von der Tätigkeit der Gemeinderatsmitglieder, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, daß damals das Schwergewicht ihrer Tätigkeit noch nicht in den Verhandlungen der Ausschüsse lag, wie dies heute eingeführt ist. Weiter muß man sich aber auch vergegenwärtigen, daß die Stadt damals nur 44 000 Seelen zählte und noch nicht in so große Unternehmungen verwickelt war, wie dies später nach der Einführung der Selbstverwaltung und seit Beginn der Stadterweiterung erfolgte. Nach einem Rechenschaftsberichte belief sich im Jahre 1865 das Vermögen der Stadt Mainz auf 8,747 574 Gulden $14^1/_2$ Kreuzer, dem eine Schuldenlast von 964 610 Gulden 3 Kreuzer gegenüberstand, sodaß

Digitized by Google

ſich ein Überſchuß von 7,782 963 Gulden 40½ Kreuzer ergab. Mit dieſem ſo anſehnlichen Überſchuſſe war aber nicht viel anzufangen, weil der größte Teil des „Vermögens", nämlich der Betrag von 6,593 997 Gulden 55 Kreuzer, nur auf einem rechneriſchen Ergebnis beruhte. Da die Stadt nämlich über den jährlichen Eingang von 263 759 Gulden 55 Kreuzer aus nutzbaren Rechten (hauptſächlich Oktroi) verfügte, ſo vervielfältigte man dieſen Betrag mit der Zahl 25 und fand ſo bei einer etwas ſelbſtgefälligen Abſchätzung des Grundvermögens der Stadt den oben angegebenen Vermögensbeſtand von über 8 Millionen Gulden. Daß die Stadt ſich trotzdem nach ihrer Decke ſtrecken mußte, zeigt der Voranſchlag der Stadtverwaltung für das Jahr 1866. Darnach beliefen ſich die vermutlichen Ausgaben auf 455 755 Gulden 29½ Kreuzer. Zur Deckung dieſer Ausgaben hatte man zur Verfügung die Einnahmen aus dem Oktroi, die zu 210 000 Gulden veranſchlagt wurden. Die Hafengebühren, die man im verfloſſenen Jahre noch mit 36 000 Gulden angeſetzt hatte, ſtellten nur noch einen Betrag von 35 000 Gulden in Ausſicht. Es waren dieſe Einnahmen, die im Jahre 1843 noch 73 000 Gulden ergeben hatten, in fortwährendem Rückgang begriffen. An Umlagen waren 75 000 Gulden zu erheben. Der ſorgſam erwogene Voranſchlag wurde im Laufe des Jahres 1866 erheblich überſchritten infolge der Kriegsereigniſſe, die am 23. Juli 1866 den Gemeinderat nötigten, ein 5 %iges Darlehen von 300 000 Gulden aufzunehmen, um verſchiedenen dringenden Bedürfniſſen gerecht zu werden und um der ſtädtiſchen Sparkaſſe Beiſtand zu leiſten.

Digitized by Google

# Am Vorabend der Entscheidung.

Länger und fester als anderwärts vertraute man in Mainz auf die um die Neujahrszeit kundgewordenen Friedensversicherungen, weil hier, wo preußische und österreichische Truppen gemeinsam die Besatzung bildeten, weder ein das kameradschaftliche Verhältnis störender Mißton, noch sonst ein Anzeichen eines bevorstehenden Krieges wahrnehmbar war. Wie alljährlich, so feierten am 22. März die Truppen der Besatzung in aller Eintracht den Geburtstag des Königs Wilhelm von Preußen durch eine gemeinsame Parade und durch die herkömmlichen Festlichkeiten. Von den Teilnehmern an diesen Veranstaltungen hatte niemand eine Ahnung, daß der Krieg bereits beschlossen war.

Da Österreich nicht zu bewegen war, den preußischen Ansprüchen auf die Elbherzogtümer zu willfahren und da es, nach preußischer Auffassung, dem Gasteiner Vertrag zuwider, der Bewegung zugunsten des Augustenburgers fortwährend Vorschub leistete, so setzte sich bei dem Leiter des preußischen Staatswesens die Überzeugung fest, daß man ohne Krieg mit Österreich um keinen Schritt weiter kommen werde. Es war ja, wie Bismarck sich äußerte, der Besitz der Herzogtümer in ganz Preußen „nationaler Wunsch; ein Zurückgehen von dieser Forderung hätte das Ansehen der Regierung im In- und Auslande geschwächt und Österreichs Übergriffe gegen Preußen in Deutschland gesteigert". In diesem Sinne entwickelte Bismarck seine Ansichten in einer auf den 28. Februar unter dem Vorsitze des Königs anberaumten Versammlung der Minister und verschiedener Vertrauensmänner der Krone. Mit Ausnahme des Kronprinzen sprachen alle Anwesenden sich für den Krieg aus, zu dem auch der König sich entschloß, für den Fall eine friedliche Verständigung nicht mehr möglich war. Von da an handelte es sich für Preußen wesentlich darum, sich, soweit tunlich, einen günstigen Ausgang des Krieges zu sichern. Zunächst beeilte man sich, im Anschluß an frühere Verhandlungen Bismarcks mit Napoleon III. sich der Neutralität Frankreichs im Falle eines Krieges zu versichern. In Erwartung eines Gebietszuwachses ließ sich Napoleon zu einer wohlwollenden Haltung bereitfinden. Sodann sicherte man sich

Digitized by Google

(23. März) nach langen Verhandlungen die Beihülfe Italiens, die nach Ansicht des Leiters des Generalstabs zum Gelingen des Unternehmens unentbehrlich war (Bündnisvertrag vom 8. April).

Durfte hiernach Preußen im Falle eines Krieges auf Erfolg rechnen, so hätte es gerne noch den Beistand einzelner Mitglieder des Deutschen Bundes in Anspruch genommen. Vertrauliche Verhandlungen an einzelnen Höfen schienen einen günstigen Verlauf nehmen zu wollen. So schien Bayern dem Vorschlag nicht abgeneigt zu sein, auf die Seite Preußens sich zu stellen, wenn ihm für Süddeutschland die gleiche Stellung zuteil würde, die Preußen für den Norden Deutschlands in Anspruch nahm. Man brachte später die lässige Kriegsführung der Bayern mit der Erwartung einer bevorzugten Stellung in Verbindung.

Nahm Preußen die Hülfe deutscher Bundesstaaten in Anspruch, so gab sich schon darin die Absicht, dem alten Bunde ein Ende zu machen, deutlich zu erkennen. Nach der alten Bundesverfassung war ein Krieg unter den Bundesgenossen unmöglich. Wenn man auch zur Not den § 11 der Bundesakte so auslegen durfte, daß die beiden Vormächte, die noch Staatsgebiete außerhalb des Bundes besaßen, in Krieg miteinander geraten konnten (s. Klüber, Öffentliches Recht des teutschen Bundes § 221 Anm. a), so war solche Auslegung auf die übrigen Bundesmitglieder nicht anwendbar. Erst die Aufhebung der alten Bundesverfassung gab den deutschen Staaten in dieser Beziehung die Freiheit der Entschließung zurück. Als nunmehr Preußen durch ein an die Mitglieder des Bundes gerichtetes Rundschreiben vom 24. März 1866 die Anfrage stellte, ob und in welcher Ausdehnung die preußische Regierung auf den Beistand der Bundesgenossen zu rechnen hätte, für den Fall Österreich Preußen angreifen oder zu einer Kriegserklärung nötigen würde, war die zu erwartende Berufung auf die Bundesverfassung nur durch den Vorschlag einer Bundesreform zu beseitigen. Damit kam die Lösung der deutschen Frage wieder in Fluß. Zur allgemeinen Verblüffung der Bundestagsgesandten stellte Preußen in der Bundestagssitzung vom 9. April den Antrag auf Umgestaltung der Bundesverfassung. Darin war zur Mitwirkung bei der Bundesgesetzgebung die Einberufung einer aus der unmittelbaren Wahl des Volkes zu bestellenden Nationalversammlung vor-

Digitized by Google

gesehen, wobei für die Wählbarkeit (1 Abgeordneter auf 100000 Seelen) das Reichswahlgesetz von 1849 zugrunde gelegt war. Zu dem Kreis der Bundesgesetzgebung zählte außer den in der Wiener Schlußakte aufgeführten Gegenständen noch das Verkehrswesen, die Freizügigkeit, das Heimatsrecht, Zoll- und Handelsrecht, vor allem die Umgestaltung der Kriegsverfassung zum Zweck einer besseren Zusammenfassung der deutschen Wehrkräfte.

Die Absicht Preußens, den Bund völlig aufzuheben, ging noch viel deutlicher aus einem am 10. Juni den deutschen Regierungen unterbreiteten Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung (in 10 Artikeln) hervor. Darin war zum erstenmale ausgesprochen, daß Österreich und die niederländischen Landesteile aus dem neuen Verbande ausgeschlossen wären. Wie in dem Antrage vom 9. April war in dem neuen Entwurfe die Bundesgesetzgebung dem Bundestage in Gemeinschaft mit einer aus allgemeiner, unmittelbarer Wahl hervorzugehenden Volksvertretung übertragen. Die Bundesstaaten bildeten ein gemeinsames und einheitliches Zoll- und Handelsgebiet. Der Bundesgewalt übertrug der Entwurf das Recht, Krieg zu erklären, Frieden, Bündnisse und Verträge abzuschließen, Gesandte zu ernennen und zu empfangen. Abgesehen von dem Falle eines feindlichen Einbruchs in das Bundesgebiet war hiernach zur Kriegserklärung die Zustimmung der Landesherren von mindestens zwei Dritteilen der Bevölkerung des Gesamtgebietes erforderlich. Die Kriegsflotte war dem Oberbefehl Preußens unterstellt. Die Landarmee war in eine Nord- und Südarmee abgeteilt, von denen die eine dem König von Preußen, die andere dem König von Bayern in Krieg und Frieden unterstand.

Von diesen Kundgebungen macht die vom 9. April um deßwillen nicht den gewünschten Eindruck, weil sie für eine so ernste Angelegenheit viel zu kurz war und die Hauptfragen, worauf es ankam, nicht einmal berührte. Darum wollte auch der Bundestag anfangs den Antrag sofort ablehnen. Um keinen Anstoß zu erregen, beschloß er aber am 21. April, den preußischen Entwurf einem Ausschuß von neun Mitgliedern zu unterbreiten, der übrigens nicht mehr zur Berichterstattung gelangte, weil inzwischen der Bund sein Ende erreicht

Digitized by Google

hatte. Bei den Regierungen Süddeutschlands fand der Antrag vom 9. April schon um deswillen keinen Anklang, weil man hier noch am alten Bunde festhielt. Bei dem Volke begegnete der Vorschlag Preußens allseitigem Mißtrauen. Wenn man auch überall nach einem Parlamente verlangte, so wollte man doch von einer durch Bismarck ins Leben gerufenen Volksvertretung nichts wissen, weil man besorgte, der preußische Minister werde diese Vertretung in gleicher Weise behandeln, wie er bisher das eigene Abgeordnetenhaus zu behandeln pflegte. Auch verlangte das Volk nach einem Parlamente, das gleichen Wesens wäre mit der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und 1849.

Dieses Mißtrauen hat öffentlichen Ausdruck gefunden in einer Erklärung des Nationalvereins vom 14. Mai 1866. Nachdem der Vorstand seine Entrüstung über das Drängen zum Kriege zu erkennen gegeben, verlangte er in erster Linie die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage und erachtete als wirksamstes Mittel zur Herbeiführung der Entscheidung die unverweilte Einberufung des deutschen Parlaments als obersten Schiedsgerichts der streitigen politischen und rechtlichen Ansprüche. Den Antrag vom 9. April erachtete der Ausschuß bei der Unbestimmtheit seines Inhalts und in Betracht des Systems der Regierung, von welcher er ausgehe, als nicht geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes zu gewinnen. „Soll das deutsche Volk", so hieß es in der Erklärung, „für Parlament und Bundesreform mit Ernst und Nachdruck eintreten, so müssen ihm dieselben in der bestimmten Gestalt geboten werden, welche ihnen die Geschichte der Jahre 1848 und 1849 gegeben hat, so muß vor allen Dingen die Regierung, welche die Gesamtverfassung der Nation ganz umgestalten will, ganz andere Beweise von konstitutioneller Gesinnung und Verfassungstreue gegeben haben, als es von Seiten der preußischen Regierung geschehen ist."

Der Antrag vom 9. April war aber nicht, wie man allgemein annahm, ein Schlag ins Wasser, sondern ernst gemeint, wie in kurzem die Errichtung des Norddeutschen Bundes auf Grundlage des erwähnten preußischen Antrages vor Augen führte. Nach dieser Verfassung ward eine aus allgemeiner, unmittelbarer Wahl hervorge-

Digitized by Google

gangene Volksvertretung berufen, an der Gesetzgebung für den Norddeutschen Bund teilzunehmen. Mit einer solchen Volksvertretung hatte sich Bismarck übrigens schon seit Jahren beschäftigt, wie aus seinem Briefe vom 18. September 1861 an einen Freund zu entnehmen ist, worin er schrieb: „Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung am Bunde oder in einem Zollvereinsparlament zurückschrecken."

Der zweiten Kundgebung Preußens, dem Entwurfe vom 10. Juni, standen selbstverständlich die nämlichen Bedenken entgegen, worauf der Antrag vom 9. April gestoßen war. Nur hatte sich Preußen gegenüber die Stimmung insofern verändert, als dieses mittlerweile begonnen hatte, in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit mit Gewalt vorzugehen. Die Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung zur Beratung über das Recht des Augustenburgers zum Vorwand nehmend, betrachtete Preußen den Gasteiner Vertrag für aufgelöst und ließ General von Manteuffel am 7. Juni in Holstein einrücken, worauf dem österreichischen General von Gablenz nichts übrig blieb, als sich nach Altona und von da nach Hannover zurückzuziehen. Damit ward der Krieg in der Hauptsache schon begonnen, damit aber auch eine große Erbitterung bei allen denen hervorgerufen, die für den Augustenburger Partei ergriffen hatten. In den Augen dieser Kreise hatte Preußen sich ins Unrecht gesetzt; es hatte mit Gewalttätigkeiten begonnen und die Besorgnis vor weiteren, ähnlichen Schritten erweckt.

In der Zeit zwischen den beiden Kundgebungen Preußens vom 9. April und 10. Juni, mitten im Drängen nach einer Entscheidung, waren zwei Ereignisse eingetreten, die von den Friedensfreunden als Vorboten einer friedlichen Annäherung lebhaft begrüßt wurden. Einmal, anfangs Mai, übernahm, mit Preußens Zustimmung, Anton von Gablenz, der Bruder des österreichischen Statthalters in Holstein, die Herbeiführung einer Verständigung zwischen Berlin und Wien, die aber nicht zu dem vielfach gewünschten Ergebnisse führte. Sodann kam Kaiser Napoleon, an dessen Zuverlässigkeit Preußen zu zweifeln begann, auf den Gedanken, Einladungen zu einem Kongresse ergehen zu lassen (14. Mai), um dort alle schwebenden Fragen

Digitized by Google

friedlich zu ordnen. Auch dieser Plan zerschlug sich, als Österreich seine Beteiligung an dem Kongresse davon abhängig machte, daß kein Gebietszuwachs für irgend einen der Beteiligten zur Verhandlung gebracht würde. Was Napoleon auf dem Kongresse zur Lösung der Frage der Elbherzogtümer, der deutschen und italienischen Frage in Vorschlag zu bringen beabsichtigte, das ist nicht bekannt geworden. Dagegen empfahl damals eine der Regierung nahestehende Zeitung die Annahme folgender Vorschläge: Österreich sollte Venedig an Italien abtreten gegen Entschädigung mit einem gleich großen Gebiet am adriatischen Meere, Preußen die Elbherzogtümer erhalten und die nördlichen Teile Schleswigs an Dänemark abtreten, und zur Lösung der deutschen Frage sollte am Rheine ein besonderer deutscher Staat errichtet werden. Wenn gar nichts für Frankreich abfiel, so feierte doch, nach diesem letzten Vorschlage, der alte Rheinbund zum Teil seine Wiederauferstehung. Nach der festen Überzeugung der Franzosen hatten sie ein unbestreitbares Recht auf Schadloshaltung, wenn Deutschland seine Verfassung änderte und seine zersplitterten Kräfte zu einem festeren Gefüge zusammenfaßte.

Brachten nach diesen und ähnlichen Vorgängen die Zeitungen noch so schlimme Nachrichten und Vermutungen, so wollte am Rhein doch niemand an den Ausbruch eines Krieges denken. Wohl hätte man in Mainz an den Krieg glauben sollen, als am 5. Mai der Befehl zur Mobilmachung, der an mehrere preußische Armeekorps am 3. Mai ergangen war, bei einem in Mainz liegenden Regiment (Nr. 69) des 8. Armeekorps eintraf. Allein man beruhigte sich sofort wieder, als die Gerüchte von den vorerwähnten Vermittlungsversuchen auftauchten.

In der Hoffnung auf Erhaltung des Friedens wurden die Mainzer bestärkt durch ihre Zeitungsblätter. Unter diesen behauptete das im Jahre 1848 gegründete „Mainzer Journal“ unter Leitung von Dr. Franz Sausen noch immer seinen Rang in der ersten Reihe katholischer und großdeutscher Blätter jener Zeit. Die Angelegenheiten der Stadt und Umgegend fanden in dem Beiblatte „Mainzer Abendblatt“ ihre Besprechung, wobei die Partei des Kasinos zum Frankfurter Hof, die im Gemeinderat nicht vertreten

Digitized by Google

war, zu Gehör kam. Einen schweren Verlust erlitt das Blatt und die hinter diesem stehende Partei, als am 31. Mai Dr. Sausen nach langem und schwerem Leiden im Alter von 57 Jahren verstarb, ein Vorbild rastlosen Fleißes und treuester Hingabe an seinen Beruf. Ein entschiedener politischer Gegner des Verstorbenen, Redakteur Karl Hermann Frings vom „Mainzer Anzeiger", konnte nicht umhin, den Verdiensten Sausens gerecht zu werden. Er schrieb am 1. Juni: „Der Eigentümer und verantwortliche Redakteur des Mainzer Journals, Herr Franz Sausen, ist in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag infolge eines Blutsturzes gestorben. So wenig wir auch mit der Richtung des von ihm redigierten Journals einverstanden sind, so müssen wir ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er ein Mann von ungemeiner Begabung und eminenten Kenntnissen war, und daß es der Partei des „Mainzer Journals" schwer fallen wird, das Redaktionstalent, das mit ihm untergeht, zu ersetzen." Es war diese Anerkennung umso bedeutungsvoller, als gerade noch in der letzten Zeit, inmitten der politischen Aufregung, das Mainzer Abendblatt mit den anderen Blättern in einer langwierigen und ernsten Fehde gelegen über religiöse Fragen, zum Teil in Abwehr von Angriffen eines ehemaligen katholischen Priesters. Einen warmen Nachruf mit Darlegung seines Lebenslaufes widmete dem Verstorbenen ein Freund in der Nr. 126 des Mainzer Abendblattes vom Sonntag, den 3. Juni 1866. An des Verstorbenen Stelle zeichnete als verantwortlicher Redakteur für die nächste Zeit der Leiter der Buchdruckerei C. E. Hickethier, bis Dr. Johannes Sausen die Stellung seines Vaters übernahm.

Der soeben genannte Redakteur Frings leitete den in den Mainzer Bürgerkreisen stark verbreiteten Mainzer Anzeiger, der, von dem rührigen Drucker und Verleger J. Gottsleben gegründet, in einer Zeit von 17 Jahren aus einem bloß zur Aufnahme von Anzeigen bestimmten Blatte sich zu einer nicht mehr zu unterschätzenden politischen Zeitung von freisinniger, vorzugsweise demokratischer Richtung emporgeschwungen hatte. Obwohl Preuße von Geburt (Rheinpreuße) war Frings, ein sehr gescheiter, brauchbarer, keck auftretender Mann von nicht gerade erbaulichem Lebenswandel, kein Freund

Digitized by Google

und Anhänger großpreußischer Politik und zog gegen deren damaligen Vertreter heftig zu Feld. Bei Beginn der Belagerung von Mainz mußte Frings auf Befehl des Gouverneurs v. Rechberg den „Festungsrayon" verlassen (24. Juli) und in der Redaktion durch J. B. Burkard ersetzt werden. Aber auch der Anzeiger mußte in der Zeit vom 10—24. August seine Tätigkeit einstellen, worauf am 25. August Frings wieder die Leitung des Blattes übernahm.

Einem zweiten Blatte von freisinniger Richtung, namentlich auf religiösem Gebiete, der im Verlage von Carl Hellermann erscheinenden „Mainzer Zeitung", war es nicht leicht, neben den anderen Blättern aufzukommen. Der Redakteur dieses Blattes, Johann Lahm (später Leiter des Rheinischen Kuriers in Wiesbaden), hatte vor Ausbruch des Krieges manchen Kampf in Theaterangelegenheiten mit Frings auszutragen, der in diesen Dingen eine ganz besonders spitze Feder führte. Zu Auseinandersetzungen kam es zwischen beiden auch, als Lahm immer mehr der preußischen Politik sich hinneigte und als nach dem Kriege die Mainzer Zeitung sich des Wohlwollens des preußischen Gouvernements zu erfreuen hatte.

Ohne besonderen Einfluß auf die Mainzer Kreise stand zwischen allen diesen Blättern das älteste Blatt der Stadt, das im Prickartsschen Verlage erscheinende „Mainzer Wochenblatt", das besonders der Verbreitung der amtlichen Erlasse diente und in seinem politischen Teile die Anschauungen der Regierung vertrat.

Viel gelesen wurden hier neben den genannten Blättern die „Neue Frankfurter Zeitung" und das längst eingebürgerte „Frankfurter Journal" nebst der „Didaskalia". Während nun das erstgenannte Blatt nach der Einnahme Frankfurts gleich der „Frankfurter Postzeitung" auf Befehl des Generals Vogel v. Falkenstein seine Tätigkeit einstellen mußte, wurden auf Befehl des nämlichen Generals vom 17. Juli alle öffentlichen Bekanntmachungen dem Frankfurter Journal, das weiter erscheinen durfte, übertragen. Vor dem Kriege hatte die Didaskalia noch manche, gegen den Krieg eifernde Gedichte gebracht, so z. B. das Blatt vom 12. Mai (Gedicht von Heribert Rau), vom 13. Mai (Gedicht von Joseph Pirazzi in Offenbach) und vom 27. Mai (Gedicht von Arthur Freiherr

Digitized by Google

von Deich). In dem letzterwähnten Gedichte „Deutschlands Volk an Preußens König" hieß es:

„Du bist's, der die Geschicke wendet,
Wenn Du den Zauberbann zerreißt
Und von dem Dämon, der Dich blendet,
Dich und dein treues Volk befreist."

Was immer auch die Blätter brachten, in Mainz suchte man sich über den Ernst der Tage hinwegzutäuschen. Es begingen die Mainzer in den Tagen vom 11., 12. und 13. Februar den Karneval in gewohnter Weise, indem sie die von den verschiedenen Vereinen veranstalteten Festlichkeiten mit Behagen mitmachten. In dem seit 1. März 1865 von einer Aktiengesellschaft geleiteten Theater lösten sich die Gastspiele einander ab; man bewunderte die sächs. Hofschauspielerin Janauschek in den Rollen der „Medea" und „Iphigenia", den vornehmen Charakterdarsteller Bogumil Dawison, den alten Hassel aus Frankfurt; man hörte mit Begeisterung die berühmte Adelina Patti und den bedeutenden Landsmann Franz Betz vom Hoftheater in Berlin (15. April).

Auch die wissenschaftlichen Vereine regten sich. Im Kunstverein sprach der Verfasser der „Vorschule der Ästhetik", Ludwig Eckardt aus Karlsruhe, und in der Naturforschenden Gesellschaft (am 20., 23., 27. Februar und 2. März) Prof. Dr. Carl Vogt aus Genf über die Urgeschichte des Menschen. Gegen Vogts Ansichten trat in Vorträgen im Kasino zum Frankfurter Hof der fleißige Professor Dr. Holzammer vom Mainzer Seminar auf. Auch andere Vorträge wurden von dem genannten Kasino veranstaltet, so Vorlesungen des Frankfurter Geschichtsforschers Joh. Janssen über Karl d. Gr. und des Professors und Domkapitulars Dr. Haffner.

Angeregt durch die auf dem Gebiete werktätiger Nächstenliebe rastlos tätige Prinzessin Alice von Hessen veranstalteten Mainzer Frauen zum Zweck der Fürsorge für Blödsinnige einen prächtig ausgestatteten, von jungen Damen besorgten Bazar, zu dessen Eröffnung Prinz und Prinzessin Ludwig am 17. April in Mainz eintrafen.

Digitized by Google

An demſelben Tage beging man unter Teilnahme der höheren Geiſtlichkeit, der ſtaatlichen und ſtädtiſchen Behörden, des Militärs, der Bürgerſchaft und in Anweſenheit eines Mitglieds des Miniſteriums das fünfzigjährige Pfarrjubiläum des allgemein beliebten Pfarrers zu St. Stephan, Johann Peter Merz (geb. zu Mainz am 29. Mai 1791, geſt. am 14. Mai 1874). Bald darauf, am 6. Mai beging der praktiſche Arzt Dr. Dillenius ſein 50jähriges Doktorjubiläum, wobei in Erinnerung gebracht wurde, daß der Jubilar der letzte Doctor medicinae war, den der Reſt der alten Mainzer Hochſchule, die mediziniſche Fakultät, zu dieſer Würde erhoben hatte.

Im Anſchluß hieran ſei der Jubelfeier eines anderen Mainzers gedacht, die am 16. Mai in Berlin begangen wurde, des großen Sprachforſchers Franz Bopp, der am 14. September 1791 in Mainz zur Welt kam (geſt. am 23. Oktober 1867). Die Stadt beteiligte ſich an einer Stiftung zu Ehren des hervorragenden Gelehrten.

Wohin man damals blickte, gewahrte man in Mainz keine ernſtliche Beſorgnis vor dem Ausbruche eines Krieges. Die Didaskalia vom 9. Juni berichtete noch nach einer Zuſchrift aus Wiesbaden vom 7. Juni wie folgt: „Öſterreichiſche und preußiſche Offiziere der Garniſon von Mainz verkehren daſelbſt noch ebenſo freundlich als zuvor. Gott gebe, daß es ſo bleiben möge."



Digitized by Google

# Stimmen gegen den Krieg.

Auf welche Seite man ſich wegen der Notwendigkeit und wegen des wahrſcheinlichen Ausganges des Krieges ſtellen mochte, ſo kam doch niemand über die ſchmerzliche Empfindung hinaus, daß man vor einem Bruderkriege ſtände. Wenn man dieſer Empfindung in Süddeutſchland beſonders lebhaften Ausdruck gab, ſo hing das hauptſächlich mit dem alten Gegenſatze zwiſchen dem Norden und Süden Deutſchlands und mit der hier herrſchenden Anſicht zuſammen, es läge in der Hand Preußens dieſen Krieg zu vermeiden. Aber auch in Preußen machten ſich vielfach ſtarke Abneigungen vor dem Kriege bemerkbar. Gegen dieſen ſprach ſich zunächſt die ganze Fortſchrittspartei aus, weil ſie von einem Siege Preußens eine Stärkung der ihr verhaßten damaligen Regierung beſorgte. Sodann richteten zahlloſe Gemeindevorſtände, Handelskammern, Vereine und andere Körperſchaften ernſte Vorſtellungen an die Regierung, unterſtützt von einem großen Teile der Preſſe.

Auch in unſerer Gegend fehlte es bald nicht an öffentlichen Kundgebungen gegen den Krieg. Einſtimmig verurteilten alle Parteien das Drängen nach einer Entſcheidung durch das Schwert. In den Unmut über die ſo plötzlich geſchaffene Lage miſchte ſich die bange Sorge, der unter dem Beiſtande des Auslandes vorbereitete Krieg könnte zu einer verhängnisvollen Einmiſchung des Auslandes und namentlich zur Schädigung der Bewohner des linken Rheinufers führen. Einig nach allen dieſen Richtungen gingen aber ſpäter die Männer des Fortſchrittes auseinander, als die Frage auftauchte, welche Stellung Heſſen in dem bevorſtehenden Kriege einzunehmen hätte. Während die Demokraten, ein guter Teil des Fortſchrittes gleich der Partei des Frankfurter Hofes und den bei uns eines Mittelpunktes entbehrenden Konſervativen ſich dafür ausſprachen, daß Heſſen ſich für alle Fälle rüſten müßte, empfahlen einige Fortſchrittsmänner und Mitglieder des Nationalvereins, die Vorläufer der künftigen Partei der Nationalliberalen, die Wahrung ſtrenger Neutralität.

Über dieſe Stimmungen belehren uns die Verhandlungen einer Reihe von Volksverſammlungen, die in unſerer Gegend abgehalten wurden.

Digitized by Google

Eine am Sonntag, den 8. April, in Alzey unter dem Vorsitze des Advokaten Weber abgehaltene, von etwa 5000 Männern besuchte Volksversammlung gab auf Grund der Vorträge und Ausführungen von Dr. Grün aus Frankfurt, von Advokat Dr. Finger (später hessischer Staatsminister) und Redakteur Pretorius, beide aus Alzey, folgende Erklärungen ab: „1. Wir verdammen als rechtswidrig und undeutsch die Annexionspolitik des Ministerpräsidenten v. Bismarck, welcher einzig die Schuld an der unheilvollen Lage des Vaterlandes trägt; 2. wir verdammen als unausbleibliche Folge dieser abenteuernden Politik das Hereinziehen des Auslandes in deutsche Angelegenheiten als Landes- und Hochverrat; 3. es ist Pflicht des gesamten deutschen Volkes, dem drohenden Krieg zwischen den Häusern Hohenzollern und Habsburg mit dem allerentschiedensten „Nein" entgegenzutreten und die sofortige Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Elbherzogtümer gebieterisch zu fordern; 4. es ist die Pflicht des Volkes in Preußen, dem verfassungs-, gesetz- und ehrverletzenden Treiben seiner Junkerregierung ein Ende zu machen. Jede Sympathie mit irgend einem Zwecke dieser Regierung, jedes Eingehen auf die vorgebliche Bundesreform ist Verrat an der Freiheit und am deutschen Vaterlande!"

An demselben Tage wurde in Oppenheim der Entwurf einer Eingabe an den Großherzog aufgelegt, worin der bevorstehende Krieg zwischen deutschen Bruderstämmen als ein Nationalunglück bezeichnet und der Landesherr ersucht wurde, mit den ihm zu Gebot stehenden Mitteln „dahin zu wirken, daß der zwischen Österreich und Preußen zu befürchtende Krieg verhindert und dieser Konflikt nach Art. 11 der Bundes-Akte ausgetragen werde".

Ähnlich wie die Volksversammlung in Alzey sprach sich eine auf den 23. April in dem Richterschen Saale in Darmstadt einberufene Volksversammlung unter dem Vorsitze des Obersteuerrats Welcker aus: „1. Wir verdammen als rechtswidrig das eigenmächtige Verfügen der deutschen Großmächte über Schleswig-Holstein; wir verdammen ebensowohl die Annexionspolitik des Grafen Bismarck, welche hauptsächlich die Schuld an der unheilvollen Lage des Vaterlandes trägt. 2. Wir verdammen als rechtswidrig das frevel-



Digitized by Google

hafte Beginnen eines Freiheit und Wohlstand untergrabenden, die Einmischung des Auslandes herbeiführenden Bürgerkrieges als Verrat am deutschen Vaterlande. Wir müssen solchem Beginnen mit den äußersten Mitteln gerechter Notwehr entgegentreten. 3. Wir verlangen wiederholt das Selbstbestimmungsrecht der Herzogtümer. 4. Wir fordern endlich heute, wie immer, das deutsche Parlament."

Besondere Erwähnung verdient noch die Volksversammlung, die am Pfingstsonntage (20. Mai) in Frankfurt a. M. im Zirkus am Klapperfelde tagte. An jenem Sonntage hatte sich am Vormittage der deutsche Abgeordnetentag im Saalbau versammelt und nach Ansprachen von R. v. Bennigsen, Braun, Schulze-Delitzsch, Völk und Bluntschli, der in Süddeutschland um jene Zeit so wenig beliebt war wie einst im Jahre 1848 Gervinus, sich für Neutralität der deutschen Mittel- und Kleinstaaten in dem Kampfe zwischen Preußen und Österreich ausgesprochen. Daneben war man auch gegen die preußische „Annexionspolitik" und gegen den bevorstehenden Krieg als einen „Kabinettskrieg, der nur dynastischen Interessen dienen sollte", in kräftigen Worten zu Felde gezogen. In heftigster Weise wurden am Nachmittage in der erwähnten Volksversammlung die Verhandlungen des Abgeordnetentages besprochen und verurteilt. Unter dem Vorsitze des ehemaligen Mitgliedes der Frankfurter Nationalversammlung Georg Friedrich Kolb aus Speyer (1808—1884) einigte die Volksversammlung sich auf die Verkündigung folgender Sätze: „1. Gegen die friedensbrecherische Politik der preußischen Regierung ist der bewaffnete Widerstand Deutschlands geboten. Neutralität ist Feigheit oder Verrat. 2. Schleswig-Holstein ist sofort auf Grund des bestehenden Rechtes als selbständiger Staat zu konstituieren; ohne weiteres ist die holsteinische Stimme am Bunde wieder in Kraft zu setzen und das holsteinische Kontingent zu bilden. 3. Der preußische Parlamentsvorschlag ist unbedingt zu verwerfen; nur eine konstituierende, mit der nötigen Macht ausgestattete Volksvertretung Gesamtdeutschlands kann über die Verfassung des Vaterlandes endgültig entscheiden. 4. Wir verlangen von den Regierungen die Herstellung der Grundrechte des deutschen Volkes und die gesetzliche Einführung der Volksbewaffnung.

Digitized by Google

5. Die Versammlung fordert das Volk in allen einzelnen deutschen Staaten dringend auf, angesichts der jetzigen Gefahr und Not überall in Stadt und Land in politischen Vereinen zusammenzutreten."

Neben den Äußerungen über den Krieg an sich verdienen noch jene Kundgebungen Beachtung, die mit einer besonders bedenklich erscheinenden Seite der kommenden Ereignisse sich beschäftigten. Nachdem einmal Verständigungen Preußens mit auswärtigen Mächten zum Gegenstand der Erörterungen und Mutmaßungen in Zeitungen und Versammlungen gemacht worden waren, ließen es sich die Leute am Rhein nicht ausreden, daß ihnen von Frankreich her Gefahr drohe. Bei dem selbsüchtigen Wesen Napoleons und bei dessen Bemühungen, die Erbitterung der Franzosen über die innere Politik durch Erfolge der auswärtigen Politik zu beseitigen, hielt man sich zur Annahme berechtigt, der Kaiser der Franzosen würde nur dann ein müßiger Zuschauer des Kampfes zwischen Preußen und Österreich bleiben, wenn er auf ein entsprechendes Entgelt rechnen dürfte. Findige Naturen errieten auch alsbald die Art der von Frankreich gewünschten Entschädigung: für den Erwerb der Elbherzogtümer durch Preußen verlangte Frankreich zur Wiederherstellung des gefährdeten Gleichgewichts eine Gebietsentschädigung am Rheine.

Unter dem Eindruck solcher Vermutungen entstand in Frankenthal ein Verein zu dem Zwecke, mit allen gesetzlichen Mitteln der Trennung des linken Rheinufers von Deutschland entgegenzuwirken. Um sich mit den Rheinhessen und mit den Rheinpreußen in Verbindung zu setzen, veranlaßte der geschäftsführende Ausschuß des Frankenthaler Vereins (Dr. G. Neumayer, Vorsitzender, G. v. Thon-Dittmer, Schriftführer, Bezirksrichter Dr. Croissant in Frankenthal, Dr. Buhl in Deidesheim, Dr. Knecht in Neustadt, W. Sauerbeck in Dürkheim und August Kuby in Edenkoben) die Einberufung einer Volksversammlung in Bingen auf Mittwoch, den 23. Mai. In dieser von Bürgermeister Soherr geleiteten Versammlung entwickelte zunächst Prof. Neumayer die Ziele des Frankenthaler Vereins und gab dem Wunsche Ausdruck, „daß der Genius des Vaterlandes die Verhandlungen leiten und die wahre Begeisterung in dem Volke, vorab in den Bewohnern des linken

Digitized by Google

Rheinufers, zur Abhaltung der drohenden Fremdherrschaft wach rufen möge." Aus Cöln war eine Abordnung erschienen, in deren Namen Hellwitz von Cöln eine Zuschrift gleichgesinnter Männer jener rheinischen Stadt an den Frankenthaler Kreis-Ausschuß zur Verlesung brachte, worin unter Billigung der Vereinsbestrebungen der Verkauf deutschen Landes an das Ausland als ein fluchwürdiges Unterfangen gebrandmarkt wurde. Von den Mainzer Gästen ergriff zuerst Dr. Dumont das Wort, um die Fragen zu beantworten, ob den deutschen Rheinlanden wirklich die Gefahr der Lostrennung vom deutschen Vaterlande drohe und wie man dieser Gefahr begegnen könne? Nach seiner Überzeugung war die erste Frage zu bejahen, da die Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich die Gegenleistung für die Vergewaltigung der Elbherzogtümer bilden sollte. Diese Gefahr war, nach des Redners Ansicht, nur durch entschiedenes Festhalten an dem Bunde und an dem Bundesrechte abzuwenden. So wenig er sich mit den Grundsätzen der inneren Verwaltung im Großherzogtum Hessen einverstanden erklären mochte, so rühmte er die äußere Politik Hessens, das auf dem rechten Wege sich befände und in Übereinstimmung mit der Volksstimme handelte, wenn es zur ernsten Abwehr sich rüstete. Sache der Stände in den mittleren und kleinen deutschen Staaten wäre es, so meinte der Redner, den Regierungen die Mittel zur Rüstung zu gewähren. Sein Vortrag schloß mit dem Antrage, die Versammlung möge jede bewaffnete Neutralität für verwerflich erklären. Getreu seinen bereits in den Jahren 1848 und 1849 bekannten Grundsätzen trat Advokat Dr. Goerz dem Antrag Dumonts entschieden entgegen, indem er, der Verfechter der preußischen Vorherrschaft in Deutschland, für die Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten Deutschlands sich aussprach und vor einer Parteinahme für Österreich warnte. Von einer Unterstützung der österreichischen Politik befürchtete er ein Übergewicht dieses „den deutschen Nationalinteressen entfremdeten Staates" über Deutschland, weshalb er „selbst das heutige Preußen" diesem Gegner gegenüber nicht geschwächt wissen wollte. Mit der ihm eigenen Unerschrockenheit verteidigte Goerz seine Ansicht gegen die ihm bekannte Stimmung der weiteren Kreise unserer Gegend.

Digitized by Google

Die bei der Entwicklung so schroffer Gegensätze in der Versammlung sich kundgebende Erregung legte sich erst, als der ebenso gelehrte wie gewandte Binger Realschuldirektor Dr. Eduard Sander, ein geborener Mainzer, auf den eigentlichen Zweck der Versammlung verweisend in kurzen Worten ausführte, es handele sich hier nicht um eine Entscheidung über Preußen oder Österreich, sondern um Zurückweisung der Begehrlichkeit der westlichen Nachbarn. Nachdem Dumont erklärt hatte, er schwärme nicht für die preußische Spitze, sei aber auch kein Anhänger Österreichs und des Ultramontanismus zog er seinen, vorerst noch durch den Ausschuß zu beratenden Antrag zurück. Ein Antrag von Pretorius aus Alzey, die Lostrennung der Rheinlande solle „mit allen Mitteln" und nicht, wie in Frankenthal beschlossen, „mit allen gesetzlichen Mitteln" bekämpft werden, fand keine Unterstützung.

Bei der Wahl von sieben, als Vertreter Rheinhessens dem Frankenthaler Vereinsausschusse zur Seite zu stellenden Mitgliedern wurden als solche berufen: Dr. Dumont, Dr. Goerz, Dr. Jung aus Mainz, Tabaksfabrikant Karl Gräff II. aus Bingen, Pretorius aus Alzey, Edinger aus Worms und Kaibel aus Ober-Ingelheim.

Der also gebildete rheinhessische Teil des Ausschusses lud alsbald zu einer Volksversammlung in Nieder-Ingelheim für den 3. Juni ein. In Anwesenheit einer großen Menge von Leuten aus der Nachbarschaft brachte Dumont, unterstützt von Dr. Fitting und Dr. Jung, noch einmal seine Ausführungen vom 23. Mai vor und erzielte die Zustimmung der Versammlung zu einem Antrage, der das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner forderte und sich gegen die Neutralität der Mittel- und Kleinstaaten verwahrte. Gegen Dumont sprachen Dr. Goerz und Dr. Metz, der die Einberufung eines Parlaments nach dem Gesetze des Jahres 1849 verlangte, gegen das Ministerium Dalwigk zu Felde zog und der Zuversicht Ausdruck gab, auf dem von ihm bezeichneten Wege werde den Preußen der „großpreußische Dünkel" ausgetrieben werden. Nachdem Dr. Fitting sich in Darlegung eines preußischen Sündenregisters ergangen, war man schließlich darin einig, es dürfte kein Fußbreit deutschen Landes an Frankreich fallen, es wäre ein deutsches

Digitized by Google

Parlament einzuberufen, dem Ministerium Dalwigk aber, das sich zu keinem Zugeständnisse in fortschrittlichem Sinne bequemte, kein Geld zu bewilligen. Endlich nahm man noch die Veröffentlichung einer von Dr. Goerz verfaßten Erklärung an die Franzosen an, die diese über den Abscheu der Rheinländer vor einer Lostrennung deutschen Gebiets vom Vaterlande aufklären sollte. Die Ansprache lautete wie folgt:

„Franzosen! Wir Deutsche vom linken Rheinufer, Bewohner der hessischen Rheinprovinz, zu Tausenden versammelt in Ober-Ingelheim bei Mainz, richten unseren Gruß an euch. Wir sind zusammengetreten, um offen und laut vor ganz Europa zu erklären, daß wir Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen. Deutsch ist die Sprache, die uns unsere Mütter gelehrt haben, deutsch die Sprache, in der wir die Gefühle unseres Herzens, die Gedanken unseres Geistes unseren Geliebten, unseren Freunden mitzuteilen gewohnt sind und dabei wollen wir bleiben und unsere Kinder auch alle deutsch erziehen, um gleich uns für ihr deutsches Vaterland zu leben, zu kämpfen und, wenn es not tut, zu sterben. Ihr, die ihr euch rühmt die zivilisierteste, weiseste und ruhmreichste Nation der Erde zu sein, wie könnt ihr begehren, was nicht euer ist und nicht euer sein will? Ihr, die ihr das Prinzip der Nationalitäten verkündet, warum wollt ihr zu Franzosen die machen, die keinen Tropfen französisches Blut in den Adern haben und deren Herz an ihrem Vaterland hängt, wie eures an dem eurigen?

Ihr verlangt eure natürlichen Grenzen; wer hat euch gesagt, daß der Rhein, der deutsch spricht, eure natürliche Grenze sei? Der Rhein, der die Bewohner seiner beiden Ufer nicht trennt, sondern verbindet? Könnten wir nicht mit größerem Rechte die Vogesen unsere natürliche Grenze nennen? Ihr sagt: wir müssen uns vergrößern, damit wir nicht bedroht werden; wann aber hat Deutschland euch bedroht? Wann hat Deutschland verlangt, euch Provinzen abzureißen, Franzosen gewaltsam zu Deutschen zu machen, wie ihr verlangt? Deutschland hat die Rheinprovinzen, zu ihnen gehörig schon durch gemeinsame Abstammung, gemeinsame Geschichte, Sprache und Bildung, tausend Jahre besessen. Ihr besaßt sie 20 Jahre.

Digitized by Google

So lange ihr sie besaßet, waren eure Grenzen sicher? Als ihr sie zu eurem Reiche zähltet, gingen eure Feinde über eure Grenzen; ihr Besitz hat euch also nicht gesichert, sondern gefährdet und wird euch stets gefährden, denn Deutschland müßte erst aus der Reihe der Nationen gestrichen werden, ehe es die Rheinprovinzen hergäbe.

Aber wir hoffen, daß wir uns irren, wenn wir euch Allen solche Gelüste zutrauen; wir hoffen, ja wir wissen es, daß es nur Wenige sind, die um ihrem eigenen Ehrgeize zu fröhnen und die Pläne ihrer Herrschsucht zu fördern, den gesunden Sinn des Volkes verwirren und verhindern, daß sie sich als Brüder erkennen, bestimmt, in Eintracht zusammen zu wirken, jedes mit den ihm eigenen Anlagen und Kräften, an dem großen Werke des Fortschrittes des Menschengeschlechtes, an dem großen Werke der Befreiung von weltlichem und geistlichem Despotismus zu schaffen.

So laßt uns die falschen Götzen des Ehrgeizes und des Schlachtenruhmes stürzen, indem wir die Nationalitäten achtend, uns zu diesem großen Ziele die Hände reichen."

In fester, edler, von Herzen kommender Sprache war in diesem kurzen Aufrufe alles vorgebracht, was man vernünftigerweise gegen die Rheingelüste vorbringen konnte. Nur irrte der von dem guten Rechte der Deutschen erfüllte Verfasser, wenn er damals meinte, es wären nur wenige Franzosen, die es nach der Rheingrenze gelüstete, weshalb auch der Eindruck des Aufrufes hinter den Erwartungen zurückblieb. In wenigen Wochen schon, bei den Friedensverhandlungen am Ende des Krieges, trat das Verlangen der Franzosen nach den sog. natürlichen Grenzen in ganz bestimmten Anträgen zutage. Da damals aber den Franzosen die Macht fehlte, ihren Wünschen Nachdruck zu verschaffen, ließen sie es bei der entschiedenen Abweisung Bismarcks bewenden. Seitdem hat die Empfindung einer starken Enttäuschung die Franzosen nicht ruhen lassen und schließlich den Krieg von 1870 herbeigeführt, der den Deutschen zu der von Goerz angedeuteten Vogesengrenze verhalf. Wenn nun auch die Rachegedanken, mit denen unmittelbar nach dem Kriege die Franzosen sich trugen, dank der friedfertigen Haltung Deutschlands zurückgedrängt erscheinen, so gibt es immer noch bei unseren westlichen Nachbarn Leute, die

Digitized by Google

an einen rechtlichen Anspruch der Franzosen auf die Rheingrenze glauben. Es sei nur an die im Jahre 1893 erschienene Schrift des französischen Kapitäns Molath vom Generalstabe der 19. Division erinnert, worin die Zurückeroberung „der von der deutschen Rasse usurpierten Gebietsteile des linken Rheinufers“ als das Ziel französischer Politik bezeichnet wurde. Nach der Ansicht Molaths ist der Rhein kein deutscher Fluß. Er trennt das westliche Europa in zwei große Teile: in das vom atlantischen Ozean bis zum Rhein reichende französische Gebiet und in das deutsche Gebiet vom Rhein bis zur Elbe. Mit kühner Handhabung der Geschichte meint Molath, seit 2000 Jahren hätten auf jeder Seite Gallier und Germanen als Feinde gewohnt. Mit Vernunftgründen ist gegen solche Anschauungen nichts auszurichten. Erst in den jüngsten Tagen wieder hat ein Franzose, der die Entwickelung der deutschen Verhältnisse im ganzen ruhig und verständig beobachtet, als Eindruck einer Rheinreise den Satz aufgestellt: „Der Rhein ist ein französischer Fluß und der Rheinländer ist kein Deutscher.“

Zu ihrem eigenen Schaden hörten die Franzosen nicht auf jene Ergüsse echter Vaterlandsliebe, wie sie am Vorabende des Krieges von 1866 bei uns und am ganzen Rheine zu vernehmen waren. Auch nach jenem Kriege unterschätzten sie die Stimmung in Deutschland, als sie immer von neuem auf ihre Wünsche und Ansprüche zurückkamen, wobei sie über die Stellung der süddeutschen Staaten zum Nordbund in schweren Täuschungen sich bewegten und namentlich darauf rechneten, im Falle eines Krieges mit Preußen würden wenigstens Bayern und Württemberg auf ihrer Seite stehen. Wie weit sich ihre Wünsche verstiegen, das konnte man kurz vor dem Ausbruch des Krieges von 1870 im „Moniteur“ lesen, worin Preußen gegenüber als das mindeste Maß der Ansprüche bezeichnet wurde: „Die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, die zu Süddeutschland gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Rheins.“ Die Antwort auf solches Begehren ließ nicht lange auf sich warten.

Digitized by Google

# Vorbereitungen zum Krieg.

Je mehr die Aussichten auf Erhaltung des Friedens zwischen den beiden deutschen Großmächten schwanden, um so ernster gestaltete sich die Lage der mittleren und kleineren Staaten, die sich nunmehr gezwungen sahen, über ihre Stellung gegenüber den kriegführenden Mächten sich schlüssig zu machen. Am liebsten hätten diese Staaten gesehen, wenn alles in das alte Geleise zurückgekehrt wäre, wie dies auf Grund einer Beratung in Bamberg (14. Mai) in einem an den Bundestag gerichteten Antrag auf allseitige Abrüstung (24. Mai) zum Ausdruck kam. Mußte aber bei der Erfolglosigkeit aller Vermittlungsvorschläge ein Entschluß gefaßt werden, so lag es nahe, daß jede Regierung zunächst ihren Vorteil zu wahren suchte. Daß sie ihr Heil im Anschluß an Preußen finden würden, das wollte keiner der deutschen Regierungen im Südwesten Deutschlands einleuchten. Mit ernster Besorgnis sahen diese vielmehr, wie Preußen alle Hebel in Bewegung setzte, um den alten Bund aus der Welt zu schaffen, der allen Vergrößerungsgelüsten und der freien Entfaltung der Kräfte Preußens hindernd im Wege stand. Dieser Bund war aber bisher der Hort der mittleren und kleineren Staaten gewesen, hatte deren Selbständigkeit geschützt, während nach Preußens Plänen zur Umgestaltung Deutschlands, soweit diese überhaupt bekannt geworden, für die ungeschmälerte Selbständigkeit kein Platz mehr blieb. Solcher Verlust drohte, ob die Staaten sich für den Anschluß an Preußen entschlossen oder neutral blieben. Darum schien es am besten, sich bei Zeiten zu rüsten, um den alten Bund am Leben zu erhalten. Im stillen glaubten die hier in Betracht kommenden Regierungen nicht an einen Sieg Preußens, namentlich nicht für den Fall, daß Österreich auf die Unterstützung eines großen Teils des Bundes zu rechnen hätte. Übrigens wurden diese Regierungen in ihren Entschließungen noch besonders unterstützt durch die Wahrnehmung, daß in Südwestdeutschland das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Pläne Preußens immer mehr zunahm.

Im Gegensatze zu seiner früheren Auffassung suchte mit einemmale Österreich die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu einer

Digitized by Google

Bundesangelegenheit zu machen. In Beantwortung des Entwaffnungsantrages gab es die Erklärung ab, die Lösung der Frage wegen der Elbherzogtümer stelle es der Beschlußfassung des Bundes anheim, zu welchem Zwecke es bereits die Einleitung zur Einberufung der holsteinischen Stände getroffen hätte. An und für sich stand ja nach den Siegen über die Dänen den beiden Großmächten allein kein Recht zu, über das Los der wiedergewonnenen Brüder nach ihrem Gutdünken zu verfügen. Aber nachdem einmal unter ihnen eine Einigung über die gemeinsame Verwaltung der eroberten Länder getroffen worden, war es nicht Sache des Bundes, sich in den Streit wegen dieser Gemeinschaft einzumischen. War endlich Österreich der Ansicht, die Entscheidung über die Elbherzogtümer und über die Berechtigung des Augustenburgers stände dem Bunde zu, dann durfte es dessen Entscheidung nicht durch die einseitige Berufung der holsteinischen Stände vorgreifen.

Mittlerweile drängte Bismarck zum Kriege, wie wir aus dessen Schreiben an den General v. Manteuffel vom 6. Juni entnehmen. Da dieser General es versäumt hatte, „die Rolle eines York zu spielen", erhielt er nunmehr, aus Anlaß der Einberufung der holsteinischen Stände, den Auftrag, den Zusammentritt dieser Versammlung zu verhindern, zu gleicher Zeit aber auch die Weisung, die Österreicher zum Verlassen des Landes aufzufordern und nötigenfalls mit Gewalt aus dem Lande zu vertreiben. „Alle drei Tage kosten uns", so schrieb Bismarck an Manteuffel, „zwei Millionen und das können wir nicht lange aushalten, weil wir nicht wie die Österreicher auf Kosten unserer Gläubiger leben. Jeder dritte Tag bedeutet eine Verstärkung von 5000 Bundestruppen für die Österreicher. Der Wind ist uns heute über ganz Europa günstig. Jeder erwartet von uns, daß wir handeln und hält es für natürlich, daß wir handeln müssen. In acht Tagen kann das vielleicht nicht mehr der Fall sein."

Zwei Tage später meldeten Telegramme bereits den Einmarsch der Preußen in Holstein und den Rückzug der Österreicher nach Altona. Damit war der Krieg tatsächlich ausgebrochen. In aller Eile wurde eine außerordentliche Sitzung des Bundestages auf den

Digitized by Google

11. Juni einberufen, worin Österreich den Antrag auf Mobilmachung der sämtlichen außerpreußischen Armeekorps des Bundesheeres beantragte. Die Entscheidung hierauf erfolgte nicht sofort, sondern wurde in die Sitzung vom 14. Juni vertagt. Der Bundestag lehnte es ab, dem Antrag auf Mobilmachung auf Grund der Verletzung der zwischen Preußen und Österreich über die Elbherzogtümer getroffenen Vereinbarungen zu entsprechen, sondern ordnete, auf Grund eines Antrags Bayerns, wegen der andauernden Rüstungen Preußens und Österreichs die Mobilmachung der Kontingente der mittleren und kleineren Staaten an zum Zweck der Verhinderung etwaiger Störungen des Bundesfriedens. Es wurde dabei von der Ernennung eines Oberbefehlshabers Umgang genommen, weil man die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht aufgab. Mit Bayern hatten gestimmt Österreich, Württemberg, Sachsen, Hannover, das lange schwankend gewesen, beide Hessen, Nassau, Sachsen-Meiningen, Frankfurt, Lichtenstein, Waldeck, beide Reuß, beide Lippe und Hessen-Homburg. Baden, das bereits früher für Neutralität sich ausgesprochen hatte, enthielt sich der Abstimmung, fügte sich aber dann dem Bundesbeschlusse. Nach der Abstimmung erklärte der preußische Gesandte, Freiherr Karl Friedrich von Savigny (1814—1875), Seine Majestät der König betrachte den Bundesvertrag als erloschen, sei aber bereit, auf Grund einer neuen, zeitgemäßen Einigung, deren Entwurf vorgelegt wurde, einen neuen Bund zu schließen. Unter Hinweisung auf diesen Entwurf forderte Preußen am 15. Juni die Regierungen von Hannover, Sachsen, Kurhessen und Nassau auf, sofort die Rüstungen einzustellen und sich für die Annahme des preußischen Vorschlags der Umgestaltung der Bundesverfassung auszusprechen. Für den Fall der Befolgung der Aufforderung wurde Gewährleistung des Landesbesitzes und der Regierungsgewalt zugesagt, für den Fall der Ablehnung der Krieg angekündigt. In Kurhessen wurde, wie man sagte, für den Fall des Anschlusses an Preußen die Aussicht auf den Erwerb hessen-darmstädtischen Gebietes nördlich des Maines eröffnet. Zum Einmarsch in die vier genannten Länder waren bereits alle Vorkehrungen getroffen.

Dem Beispiele der anderen Staaten folgend, hatte Hessen rechtzeitig an die kriegsmäßige Ausrüstung seiner Truppen gedacht. Nach-

Digitized by Google

dem am 10. Mai die Stärke der Kompagnien auf je 120 Mann gebracht und die beiden Kompagnien des eben erst ererbten Homburger Landes mit dem neu errichteten Schützenkorps vereinigt worden waren, begann am 16. Mai die Mobilmachung der Truppen. Für den Fall des Krieges hatten die Hessen an der Seite der Württemberger und Badenser in dem VIII. Bundesarmeekorps zu kämpfen, während das VII. Armeekorps lediglich aus bayerischen Truppen bestand. Als Befehlshaber der Bayern war Prinz Karl von Bayern (geb. am 7. Juli 1795, gest. am 16. August 1875), der zur Übernahme eines Oberkommando zu alt und nicht von einer ausreichenden Zahl tüchtiger Offizieren umgeben war, als Befehlshaber des VIII. Bundeskorps Prinz Alexander von Hessen (geb. am 15. Juli 1823, gest. am 15. Dezember 1888), der sich im italienischen Feldzuge ausgezeichnet hatte und noch in österreichischen Diensten stand, in Aussicht genommen. Die Wahl dieses Prinzen war von Baden wegen dessen Verhältnisses zur österreichischen Armee beanstandet worden; ebenso hatten sich Schwierigkeiten in Württemberg ergeben, weil Prinz Friedrich von Württemberg Verlangen nach dem Oberbefehl über das VIII. Armeekorps hatte. Nachdem Prinz Alexander von dem Kaiser von Österreich aus dem Armeeverbande losgegeben worden, kam endlich am 13. Juni dessen Wahl zustande. Ihm wurden, wie noch zu erwähnen sein wird, noch die Nassauer und die österreichischen Besatzungen der Bundesfestungen zugeteilt, sodaß er über vier Divisionen (1. Württemberger, 2. Badenser, 3. Hessen-Darmstädter, 4. Österreicher — eine Brigade — mit der Brigade der Nassauer) verfügte.

Nachdem wie gesagt, in Hessen die Mobilmachung bereits angeordnet worden, wendete sich die Regierung am 25. Mai 1866 an die Landstände mit dem Antrage auf Bewilligung eines außerordentlichen Kredits von 4,105 000 Gulden, um die bereits gemachten Verwendungen in Höhe von nahezu einer Million zu decken und die weiter erforderlichen Mittel für die Kriegsausrüstung und marschbereite Aufstellung der Armeedivision zu erhalten. Es rechtfertigte die Regierung die Anforderung mit dem Hinweis auf die dem Bestande des Bundes, der Einheit Deutschlands, dem Rechte und der Selbständigkeit einzelner Teile drohenden Gefahren. Ohne sich auf

Digitized by Google

eine oder die andere Seite stellen zu wollen, durfte die Regierung, nach ihrer Versicherung, in dem sich vorbereitenden Kampfe keine neutrale Stellung einnehmen, weil sie des Rufes des Bundes gewärtig sein mußte und weil sie die seit zwanzig Jahren in Sachen der Elbherzogtümer eingehaltene Stellung zu wahren hatte. Dabei versicherte die Regierung, sie werde, so gering auch die Aussicht auf Erfolg wäre, im Vereine mit einer Anzahl gleichgesinnter Regierungen fortfahren, um die Herbeiführung einer friedlichen und ehrenvollen Lösung des „Konflikts" zwischen Österreich und Preußen sich zu bemühen.

Zur Vorbereitung seiner Berichterstattung setzte sich der erste Ausschuß, der mit dem Antrag der Regierung befaßt worden war, mit dieser in Verbindung, um über eine Reihe von politischen Fragen sich Auskunft erteilen zu lassen. Die, meist von Mißtrauen gegen das Ministerium eingegebenen Fragen gingen zunächst auf Kundgabe der von einzelnen Regierungen in Bamberg gefaßten Beschlüsse, auf Aufklärung der Stellung Österreichs zu dem Bundesrechte in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, namentlich auch nach der Richtung, ob Österreich sich von den Vereinbarungen des Gasteiner Vertrags losgesagt habe, eine Frage, die nach Schluß der Verhandlungen in bejahendem Sinne beantwortet wurde. Dann wollte man wissen, warum das Ministerium sich nicht zur Einberufung eines Parlaments entschlossen habe, ob es zu „Konzessionen" bereit wäre, zur Durchführung der deutschen Grundrechte und zur Beseitigung der Gegenstände des Haders mit der Landesvertretung, ob es des Glaubens wäre, „ohne die Hülfe der Volksbewaffnung das Großherzogtum Hessen auch nur *eine* Woche gegen Preußen halten zu können"?

Die von dem Minister erteilten Antworten befriedigten keineswegs die Herrn des Ausschusses, nach deren Ansicht der drohende Krieg zwischen Österreich und Preußen von keiner Seite ein Kampf um wahrhaft nationale Ziele war, vielmehr nur als ein „selbstsüchtiger Kabinettskrieg" sich darstellte.

Nach dem am 6. Juni von dem Abgeordneten *Metz* erstatteten und ganz in dem Geiste der Frankfurter Verhandlungen der Ab-

Digitized by Google

geordnetenversammlung abgefaßten Berichte war der Kammer vorzuschlagen:

„1. Die II. Kammer erklärt als oberste, über jede Parteifrage erhabene Pflicht, die Erhaltung der Integrität deutschen Bodens; 2. die II. Kammer ersucht Gr. Staatsregierung, unverzüglich bei der deutschen Bundesversammlung die alsbaldige Einberufung des deutschen Parlaments auf Grund des Reichswahlgesetzes von 1849 auf das nachdrücklichste zu beantragen und demnächst zur Durchführung seiner Beschlüsse dem Parlament die sämtlichen Streitkräfte und sonstigen Mittel des Großherzogtums zur Verfügung zu stellen.

Die II. Kammer erwartet von den Regierungen und Bevölkerungen aller deutschen Einzelstaaten die unbedingte Unterwerfung unter die vom Parlament zu schaffende deutsche Zentralgewalt;

3. Die II. Kammer verdammt auf das entschiedenste die Politik des Ministeriums Bismarck, welche die Freiheit des eigenen Volkes und gleichzeitig das Selbstbestimmungsrecht anderer deutscher Länder gewaltsam zu vernichten droht. Die II. Kammer erkennt ihrerseits — unbeschadet der im deutschen Interesse etwa erfolgenden Beschlüsse des Parlaments — die sofortige staatliche Konstituierung Schleswig-Holsteins auf das Staatsgrundgesetz von 1848 hin als ein Gebot des Rechts und der Moral und fordert hierzu die endliche Einberufung der Stände der Herzogtümer;

4. Die II. Kammer erkennt nur in dem unverzüglichen Zusammentritt des Parlaments neben dem Aufruf der gesamten Volkskraft ein Mittel zur Rettung des bedrohten engeren und weiteren Vaterlandes vor den Gefahren eigensüchtiger und gewalttätiger Kabinettspolitik. Sie hält für unser engeres Vaterland die alsbaldige Beseitigung der langjährigen ernsten Beschwerden des hessischen Volkes geboten. Sie fordert Mitwirkung der Großh. Regierung zur baldigsten Schaffung eines echt deutschen, die Einheit sowohl, als die Freiheit der gesamten Nation sichernden Bundesstaates.

5. Die II. Kammer kann einzig und allein in kräftiger und rascher Durchführung obigen Programms seitens Großh. Staats-

Digitized by Google

regierung die Grundlagen und Bürgschaften finden, auf welche hin der bevorstehende schwere Kampf erfolgreich zu führen ist.

Nur einer Regierung, welche durch solche Maßregeln das Vertrauen des Landes verdient hat, kann die II. Kammer alle Mittel und Kräfte des letzteren mit Vertrauen zur Verfügung stellen;

6. Die II. Kammer beschließt vorerst, die gemachte Anforderung abzulehnen."

Ein Mitglied des Ausschusses (Wernher) beantragte, der Regierung den Betrag von 2,500 000 Gulden zur Verfügung zu stellen, unter der Zusage, daß im Falle des Krieges die Stände des Großherzogtums bereit sein würden, „für die Integrität des gemeinsamen Vaterlandes und für die Ehre und die Bundespflichten des Großherzogtums mit allen Mitteln des Landes einzutreten."

Ehe noch die Verhandlungen in der Kammer begannen, teilte das Ministerium dem Ausschusse (11. Juni) mit, es werde, ähnlich wie die württembergische Regierung, für die Einigung des ganzen deutschen Volkes in einem freigewählten Parlament und in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit nur für eine solche Erledigung eintreten, „die mit den Wünschen und der Rechtsüberzeugung der Bevölkerung übereinstimmt."

Drei Tage lang, am 11., 12. und 13. Juni stritt Metz, unterstützt von den Abgeordneten Diehl, Becker, O. Hofmann, Büchner, Schulz u. a. gegen den Antrag des Ministeriums, dessen sich Dumont in warmen Worten annahm. Es war ein wahrer Eiertanz, den Metz aufführte, um sich nicht gerade für Neutralität auszusprechen, die keinen Anklang mehr beim Volke fand. Das Mittel, den Krieg aufzuhalten, war, nach seiner Ansicht, leicht zu finden: die Regierung brauchte bloß dahin zu wirken, daß ein mit aller Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament zustande kam. Mit Bismarck werde man rasch fertig werden. „Ich gebe zu", so sprach Metz, „ich leugne nicht, dieser Bismarck mit seinem System, das, wie ein anderer versichert, die wahrhafte Verkörperung der Gottlosigkeit ist, er verdient kein Vertrauen; es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß er den Parlamentsantrag nur entgegengeschleudert hat, um die Regierungen zu spalten, um sie zu erschrecken, um das deutsche Volk irre zu führen.



Digitized by Google

Aber was tut man einem solchen Feind gegenüber? Das Klügste ist doch, man schlägt ihn mit seinen eigenen Waffen. Vertrauen Sie doch dem gesunden Sinn des deutschen Volkes und sagen Sie zu Bismarck: Du willst ein Parlament, aber das Parlament wollen wir nicht, wie Du willst, wir wollen ein Parlament mit voller Machtbefugnis, in dem das deutsche Volk wirklich ein Wort mitspricht, wir wollen die Existenz von Deutschland sichern, wir stimmen mit, wir wollen nicht Dein Parlament mit bloßen Zoll- und Handelsbefugnissen, sondern ein Parlament mit voller Machtbefugnis — gehen Sie in dieser Weise kühn voran und die Herzogtümer sind unzweifelhaft gerettet, unzweifelhaft ist der Bürgerkrieg beseitigt."

Mit der von Metz empfohlenen Wiederaufnahme der im Jahre 1848 begonnenen Bewegung war doch der Krieg nicht aufzuhalten, weil keine deutsche Regierung — am allerwenigsten Preußen und Österreich — Lust hatte, sich einem Parlament zu unterwerfen, das über die bewaffnete Macht zu gebieten hätte. Wie das Parlament aber die Gewalt über die Heere bekommen sollte, darüber war aus den langen Äußerungen im Schoße der Kammer nichts zu erfahren.

Auch die Regierung ging um eine bestimmte Erklärung des Endzweckes ihrer Rüstungen herum. Nach ihrer Äußerung war sie weder für Preußen noch für Österreich, sondern sie wollte sich nur gegen den erklären, der den Bundesfrieden brechen werde. Daß sie aber den Bundesbruch auf seiten Preußens fände, sagte sie nicht, obwohl ihre Überzeugung nach dieser Richtung schon feststand. Was immer auch Minister von Dalwigk, unterstützt von dem Geheimen Legationsrat Karl Hofmann (später hessischer Ministerpräsident, Präsident des Reichskanzleramts und Staatssekretär für Elsaß-Lothringen), sagen mochte, es machte keinen Eindruck auf die Mehrheit der Kammer, die unter Billigung des Antrags des ersten Ausschusses die Vorlage der Regierung und auch den Antrag Wernhers ablehnte. Gegen die Regierung stimmten u. a. von den Mainzern: Becker und Christian Lotharp, für die Regierung: Freiherr Arnold von Jungenfeld und Dumont.

Rascher aber, als man ahnen mochte, wurde die im Darmstädter Ständehaus entfaltete politische Weisheit zuschanden, als in der Nacht

Digitized by Google

vom 15. zum 16. Juni preußische Truppen in Sachsen, Hannover und Kurhessen einrückten, offenbar in der Besorgnis, ein deutsches Parlament oder ein Bundestagsbeschluß möchten ihnen die Waffen der Hand entreißen! Als nun die deutsche Bundesversammlung am 14. Juni die Mobilmachung des VII., VIII., IX. und X. Bundes-Armeekorps anordnete und an die Regierungen den Auftrag richtete, „ihre Bundeskontingente... ungesäumt auf den Kriegsstand zu setzen", richtete die Regierung von neuem an die Kammern den Antrag auf Bewilligung der erforderlichen Geldmittel zur Erfüllung ihrer Bundespflicht und verlangte zunächst den Betrag von 2,500 000 Gulden. Wiederum zum Berichterstatter bestellt, beantragte Metz nunmehr Bewilligung der geforderten Gelder. Er konnte dabei nicht umhin, statt einfach auf die veränderten Verhältnisse hinzuweisen, seinen Antrag nunmehr damit zu rechtfertigen, daß er dem Ministerium vor Augen führte, wie das früher vom Ausschuß empfohlene Mittel: „der unverzügliche Zusammentritt des deutschen Parlaments, das engere und weitere Vaterland vor dem Bürgerkriege und vor künftiger politischer, wie kirchlicher Reaktion hätte schützen können". Nicht bloß das hessische Ministerium, das in dieser Beziehung säumig gewesen und somit zum Teil Schuld hätte an dem nunmehr entbrannten Bürgerkrieg, erhielt seinen Tadel und Vorwurf, sondern ganz besonders bekam das Ministerium Bismarck bitteres zu hören, da dieses „durch sein gewaltiges Eindringen in die Reihe von Bundesstaaten, namentlich auch durch die rechtswidrige Verletzung der Grenzen unseres Großherzogtums die Sache dahin getrieben, daß nun nichts mehr übrig bleibe als die hessischen Truppen zusammenzuziehen und zur möglichsten Abwehr fernerer Gewalt zu verwenden". In der Sitzung vom 20. Juni bewilligte die Kammer die begehrten Mittel und vernahm dann die landesherrliche Verfügung über die Vertagung der Stände. Bei den Verhandlungen an jenem Tage hatte Dumont mit den Abgeordneten Wernher und Möllinger den Antrag eingereicht auf „Wehrhaftmachung des Volkes". Der Antrag lautete, wie folgt: „Die Kammer möge Großh. Regierung ersuchen, vorsorglich für den Fall, daß Frankreich die Zwistigkeiten zwischen den deutschen Regierungen zu einer



Digitized by Google

Einmischung benutzen sollte, diejenigen administrativen und militärischen Vorbereitungen zu treffen und die dazu erforderlichen Gesetzesentwürfe den Ständen vorlegen zu lassen, um in Verbindung und als Ersatz der stehenden Militärmacht die sonstige waffenfähige Bevölkerung zur Verteidigung des Vaterlandes aufrufen zu können." Dieser Antrag kam nicht mehr zur Verhandlung.

In der Zeit zwischen der ersten und der zweiten Verhandlung in der II. Kammer über den Antrag wegen der Feldaufstellung der hessischen Armeedivision fand eine von dem Ausschusse „zur Wahrung der Integrität deutscher Rheinlande" auf Sonntag, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, in die Mainzer Fruchthalle einberufene Volksversammlung statt unter dem Vorsitz des Beigeordneten Racke, dem Advokat-Anwalt Dr. Jung als Schriftführer zur Seite gestellt ward. Die Versammlung bekam vieles von dem zu hören, was in Darmstadt in der Zeit vom 11.—13. Juni verhandelt worden war, schon aus dem Grunde, weil die beiden Vertreter der Stadt Mainz, Dumont und Metz, hier wieder das Wort ergriffen und den in der Kammer vertretenen Standpunkt von neuem einnahmen und beleuchteten. Dumonts Haltung in der Kammer fand Anerkennung durch den als Arzt und Altertumskenner in hohem Ansehen stehenden Arzt Dr. Carl August Maria Katharina Wenzel (geb. am 9. September 1820, gest. am 3. Februar 1894, Geheimer Medizinalrat), während der Standpunkt von Metz durch den Demokraten Seyler insoweit gebilligt wurde, als auch dieser Redner der Ansicht war, der Regierung dürfe man nicht eher Opfer bringen, als bis sie sich zur Gewährung politischer und religiöser Freiheiten herbeigelassen habe. Im Gegensatze zu der Würdigung des Auftretens von Dumont stieß Metz, als er das Wort ergriff, auf einen heftigen und unwürdigen Widerstand, sodaß er erst zum Wort kommen konnte, als Seyler und Bermann mit Nachdruck Ruhe geboten und einige Ruhestörer aus der Versammlung geschafft hatten. Im Verlauf seiner Rede war Metz klug genug, die in Darmstadt beschlossene Ablehnung der begehrten Gelder als eine vorläufige zu bezeichnen und die Möglichkeit einer nachträglichen Bewilligung in Aussicht zu stellen. Die in Mainz ge-

Digitized by Google

machte Erfahrung war wohl nicht ohne Einfluß auf die Berichterstattung von Metz über den erneuerten Regierungsantrag, wobei er, wie schon gesagt, den Rückzug durch erneute Angriffe auf das Ministerium deckte. Dem auch in dieser Versammlung angegriffenen Ministerium erstand ein Verteidiger in dem Redakteur Dr. May aus Altona, der dem Minister von Dalwigk die Anerkennung nicht versagen mochte, in der schleswig-holsteinischen Sache von jeher den gesetzmäßigen Standpunkt eingehalten und die Rechte der Elbherzogtümer am Bundestage mutig vertreten zu haben. Diese Herzogtümer beklagte er als „psychisch und moralisch geknebelte" Länder, denen gegenüber Deutschland die Ehre verpfändet und diese nunmehr einzulösen hätte.

Traten nun auch in den Verhandlungen jenes Tages mancherlei Gegensätze zutag, so gab es doch einen Punkt, worüber alle Anwesenden in erhebender Begeisterung sich einig fühlten, in dem Verlangen, daß nicht das kleinste Stück dem deutschen Lande entfremdet werden dürfte. „Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben", sprach Dumont und nach ihm noch mancher anderer Redner. Zum Schutze des Vaterlandes verlangte Dr. Fitting eine gesetzlich geregelte, an das stehende Heer sich anschließende Volksbewaffnung. Wäre diese Volksbewaffnung allgemein und rechtzeitig eingeführt worden und hätte das deutsche Volk ein Parlament gehabt, so hätten, nach der Ansicht Fittings und Nackes, die nunmehr zu beklagenden traurigen Verhältnisse nicht über das Vaterland hereinbrechen können. In Mißbilligung der Politik Preußens überbot seine Vorredner Dr. Wenzel, der zwischen dem Lande Preußen und der Politik der preußischen Regierung unterscheidend in dem Vorangehen Bismarcks nur eine Fortsetzung der von der Regierung seit zweihundert Jahren verfolgten Richtung erkannte. Auf Betreiben Wenzels erhielten die Sätze, die als der Ausdruck der Anschauungen der Versammlung aufgestellt werden sollten, folgenden Inhalt:

„1. Die Rheinlande sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Wir verwahren uns feierlichst gegen jede Lostrennung vom Vaterlande.

2. Ganz Deutschland ist verpflichtet, der jetzigen preußischen Regierung in ihrer Verbindung mit dem Auslande, welche eine Los-

Digitized by Google

trennung deutschen Bodens vom Vaterlande befürchten läßt, mit aller Energie entgegenzutreten.

3. Gegen die drohende Gefahr ist sofort die Wehrhaftmachung der ganzen deutschen Bevölkerung zu organisieren.

4. Die Opferwilligkeit des Volkes verlangt aber auch unverzügliche Gewährung aller ihm widerrechtlich entzogenen Freiheiten auf politischem wie religiösem Gebiete, Neugestaltung Deutschlands durch sofortige Zusammenberufung eines Parlaments nach dem Wahlgesetz von 1849 mit den Befugnissen der Reichsverfassung, und Bildung einer Zentralgewalt."

Am Tage nach dieser Versammlung, am 18. Juni 1866, übernahm Prinz Alexander von Hessen den Oberbefehl über das 8. Bundes-Armeekorps mit einem Tagesbefehl, worin er die Württemberger, Badener, Hessen und Nassauer und mit ihnen die österreichischen Kameraden vertrauensvoll willkommen hieß. „Was immer", so sprach er sich aus, „die Zukunft uns bringen mag, sie wird uns festen Herzens, einigen Sinnes finden und sei die Aufgabe noch so schwer: wir wollen und werden sie lösen in Zuversicht auf Gott, auf deutschen Mannesmut und Deutschlands gute Sache."

In dem Augenblicke der Übernahme des Befehls war nur die von dem Generalleutnant Freiherrn Pergler von Perglas befehligte großherzoglich hessische Division marschbereit. Auch die Nassauer waren rechtzeitig mit ihren Vorbereitungen fertig geworden und wurden dann mit den bereits auf dem Marsche nach der Heimat begriffenen, aber wieder zurückgerufenen österreichischen Besatzungen der Bundesfestungen zu einer Division verbunden. Von den Württembergern traf am 17. Juni die erste Brigade in Frankfurt ein, während die zweite erst am 28. Juni und die letzte erst am 5. Juli ankam. Am längsten ließen die Badener auf sich warten, von denen die erste Brigade am 25. Juni, der Rest erst am 9. Juli anrückte. Das lediglich aus Bayern zusammengesetzte 7. Armeekorps war Mitte Juni noch nicht aufgestellt. Diese Säumigkeit in der Aufstellung der Truppen gegenüber der fast unglaublichen Schnelligkeit, Sicherheit und Ordnung in der Bewegung der preußischen Truppen durfte man als eine schlimme Vorbedeutung für den weiteren Verlauf

Digitized by Google

des Krieges auffassen. Wie unter den einzelnen Teilen des 8. Korps kein rechter Zusammenhang herzustellen war, so kam es auch zu keinem Zusammenwirken des 7. und 8. Armeekorps, trotzdem beide Korps durch Bundesbeschluß vom 27. Juni einem einheitlichen Oberbefehl, dem Prinzen Karl von Bayern als Bundesfeldherrn, unterstellt wurden. Von Anfang an trieb die preußische Mainarmee einen Keil zwischen beide Korps und schob diese von Stellung zu Stellung, bis sie am Ende des Feldzugs nach tapferer, aber vergeblicher Wehr, sich zwar zusammenfanden, aber sich unfähig fühlten, den Kampf gegen den überlegenen Feind fortzusetzen. Die endlich erlangte Ruhe war um den Preis von schweren, nutzlos gebrachten Opfern erkauft worden.

Mit Wehmut sahen um jene Zeit die Mainzer die Truppen von hier ausziehen. Mochte man im allgemeinen geneigt sein, dem angegriffenen Teil den Sieg zu wünschen, so lastete doch hier, wie im übrigen Deutschland, auf den Gemütern die schmerzliche Empfindung, daß dieser Krieg, den man bis zuletzt für unmöglich gehalten, nicht zum Schutze der höchsten Güter gegen einen übermütigen Fremden geführt werde, sondern deutsche Stämme gegen deutsche Brüder ins Feuer führe. Fehlte so überall die echte Begeisterung, so verhallten auch die Stimmen, die nach einer allgemeinen Bewaffnung des Volkes riefen. Zu diesen Stimmen gesellte sich damals, am Ende seines Wirkens, der deutsche Bundestag, der, unter dem Eindruck der Streifereien preußischer Landwehrabteilungen in dem Nassauer Lande, am 5. Juli unter völliger Verleugnung seiner Vergangenheit und in Mißachtung der Erfahrungen des Jahres 1849 die Bildung von Landwehren und Freikorps anempfahl. In Mainz nahm der Turnverein den Anlauf zur Bildung einer sogenannten Wehrriege, die aber nicht zustande kam.

Der Ernst der Lage zur Zeit der Kriegsvorbereitungen beeinträchtigte die Feier eines Festes, das unter anderen Umständen bei größerer Beteiligung der Bürger und in anderer Weise begangen worden wäre. Wie nämlich sechs Mainzer Bürger, Mitglieder des Kasinos zum Frankfurter Hof, durch eine Kundgebung vom 25. Mai 1866 der Bürgerschaft in Erinnerung brachten, kehrte am 8. Juli

Digitized by Google

zum fünfzigsten Male der Tag wieder, an dem die Stadt Mainz dem Großherzog von Hessen als ihrem Fürsten und Landesherrn die erste Huldigung dargebracht hatte. Zur Beratung über die Art, wie dieser Tag zu feiern wäre, und zur Bestellung eines die Festlichkeiten vorbereitenden Ausschusses luden die Unterzeichner des Aufrufes zu einer Bürgerversammlung in dem Kasino zum Frankfurter Hofe ein. Um zu verhüten, daß der beabsichtigten Feier nicht ein besonderer politischer Anschein verliehen werde, luden gleich darauf 64 Mainzer Bürger von allen Parteien unter Hinweis auf den Gedächtnistag zu einer Besprechung in den Räumen des Gewerbe-Vereins ein. Als in dieser Versammlung einzelne Fortschrittsmänner sich gegen die Veranstaltung einer Gedächtnisfeier aussprachen, wurden sie nach beifällig aufgenommenen Ansprachen der Anwälte Dr. Levi und Dr. Levita überstimmt. Unter Berücksichtigung der Unterzeichner des ersten Aufrufes bestellte die Versammlung zur Vorbereitung der Feierlichkeiten einen Ausschuß aus den Bürgern: Adolf Dumont, Dubois de Luchet, Johann Falk III., Otto Gastell, Ernst Mayer, Leo Reinach, Röschel, K. Schmitz jun., Andr. Schmitt und Walther. Es bestand, wie man sieht, damals noch nicht die Übung der Bürgermeisterei, die Oberleitung von festlichen Veranstaltungen in ihre Hand zu nehmen, was im vorliegenden Falle schon um deswillen untunlich gewesen wäre, weil der Gemeinderat einen wegen der Feier des Gedächtnistages gestellten Antrag des Bürgermeisters mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit nicht günstig aufgenommen hatte.

Inzwischen war nach Ausbruch des Krieges die Lage der Stadt selbst so bedenklich geworden, daß dem Festausschusse nichts anderes übrig blieb, als die Feier auf die Abhaltung eines Gottesdienstes für die verschiedenen Bekenntnisse und auf die Veranstaltung einer Geldsammlung zur Unterstützung von verwundeten Kriegern und deren Angehörigen zu beschränken. Ganz im Sinne des Ausschusses forderte Bischof von Ketteler durch Rundschreiben vom 2. Juli die Geistlichen der Provinz Rheinhessen auf, am 8. Juli einen feierlichen Gottesdienst mit Te Deum abzuhalten und lud auf den gleichen Tag zur kirchlichen Feier im Dome ein. Feierlicher Gottes-

Digitized by Google

dienst wurde am 8. Juli auch in der protestantischen Kirche und in der Hauptsynagoge veranstaltet, nachdem am Tage vorher das Fest mit allen Glocken der Stadt eingeläutet worden war. Eine von Kommerzienrat Röschel geführte Abordnung Mainzer Bürger (Dubois de Luchet, Johann Falk III., R. Krause, Leo Reinach und Andr. Schmitt) brachte am 8. Juli dem Großherzoge die Gefühle der Bürger von Mainz zum Ausdruck, worauf der Fürst in bewegten Worten dankte. Das Wohl der Stadt, so versicherte Ludwig III., habe ihm immer sehr am Herzen gelegen; mit großer Freude habe er stets davon Kenntnis genommen, daß Handel und Gewerbe so sehr im Aufblühen wären. Er sei ein Mann des Friedens und könne nur mit großem Schmerz daran denken, daß ein unglückseliger Krieg alle Segnungen des Friedens zerstöre und es den Menschen unmöglich mache, sich der segenversprechenden Ernte zu erfreuen. Er hoffe jedoch mit Zuversicht, daß sich noch alles zum Guten wenden werde.

Die im Hinblick auf den Festtag veranstaltete Geldsammlung ergab einen Betrag von nahezu 2000 Gulden.

Digitized by Google

# Der Wechsel in der Besatzung der Festung Mainz.

Fünfzig Jahre lang hatten österreichische und preußische Truppen in aller Eintracht untereinander und im Frieden mit der Bürgerschaft den Schutz der Bundesfestung Mainz besorgt, als am Vorabende des Ausbruchs des Krieges zwischen den beiden deutschen Großmächten der Ausmarsch der bisherigen Besatzung aus Mainz zu allseitigem Bedauern veranlaßt wurde. Im Einverständnisse mit den Regierungen der beiden Staaten stellte Bayern in der Sitzung des Bundestages vom 1. Juni 1866 im Hinblick auf die wechselseitigen Kriegsrüstungen und in Besorgnis von möglichen Streitigkeiten an den von Truppen Österreichs und Preußens besetzten Plätzen (Mainz, Rastatt und Frankfurt a. M.) den Antrag, die Regierungen der genannten Staaten möchten vorbehaltlich ihrer Besatzungsrechte ersucht werden, ihre Truppen zurückzuziehen und dann einzuwilligen, daß ihr Recht bis zur Sicherstellung des Friedens durch die Truppen anderer Bundesregierungen ausgeübt werde. Demgemäß sollte die Bundesmilitärkommission den Ersatz der Truppen in den drei Plätzen durch die Bundes-Infanterie-Reservedivision und durch Truppen der Landesregierungen oder anderer Regierungen in die Wege leiten. Endlich beantragte Bayern, „daß für alle Eventualitäten die beiden Bundesfestungen Mainz und Rastatt von allen Bundesregierungen als neutrale Plätze zu betrachten seien, welche für den Fall eines gewaltsamen Konfliktes von keinem Teile angegriffen oder besetzt werden" dürften.

Dem Antrage Bayerns trat der Bundestag durch Beschluß vom 9. Juni 1866 bei, zu dessen Ausführung die Bundesmilitärkommission für Mainz die Anordnung traf, daß die Festung als Friedensbesatzung erhalten sollte:

a) Infanterie

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 2 Bataillone | von | Bayern . . . . . | 1780 | Mann |
| 2 „ | „ | Sachsen-Meiningen . | 1000 | „ |
| 3 „ | „ | Sachsen-Weimar . | 1500 | „ |
| Zu übertragen . . . . . | | | 4280 | Mann |

Digitized by Google

| | | | |
|---|---|---|---|
| Übertrag . . . . . | | 4280 | Mann |
| 2 Bataillone von Anhalt . . . . . | | 1000 | „ |
| 2 „ „ Schwarzburg . . . | | 1000 | „ |
| 1 Bataillon von Lippe . . . . . | | 500 | „ |
| 3 Kompagnien von Schaumburg-Lippe . | | 220 | „ |
| Zusammen . . . . . | | 7000 | Mann |
| Dazu: | | | |
| c) 1 Kompagnie Pioniere | verbleiben die bisherigen | 350 | „ |
| b) 2 Festungsbatterien | | 176 | „ |
| Zusammen . . . . . | | 7526 | Mann |

Den Gouverneur der Festung Mainz hatte Bayern zu ernennen, während der Kommandant von der Reservedivision nach dem Dienstalter zu bestellen war.

Unstreitig handelte die bayerische Regierung ganz verständig, wenn sie Mainz als einen neutralen Platz erklären ließ und in Besorgnis des Ausbruchs von Streitigkeiten den Auszug der bisherigen Besatzung des Platzes veranlaßte. Allein der gutgemeinte Beschluß kam nur in einzelnen Punkten zur Ausführung. Zunächst zog die bisherige Besatzung aus Mainz ab. Von den nach Mainz bestimmten Truppen kam aber ein Teil nicht hierher, weil die Regierungen der in Betracht kommenden Bundesstaaten sich auf die Seite Preußens stellten. Auch die nach Mainz gelangten Truppen blieben nicht alle hier, weil einzelne Kontingente, sobald ihre Regierungen von dem Bunde sich lossagten, aus der Festung abzogen. Dann aber wurden nach Mainz eine Reihe von Truppen geschickt, die in dem Bundeskommissionsbeschlusse als Besatzung von Mainz nicht vorgesehen waren. Endlich wurde auch die vereinbarte Neutralität der Festung nicht gewahrt. Zu Ehren der in Gemäßheit des Bundesbeschlusses ausziehenden Besatzung muß hervorgehoben werden, daß bis dahin die Haltung der Soldaten untereinander und gegen die Bürger über jeden Tadel erhaben war. Obwohl seit Beginn der Spannung in den Beziehungen der deutschen Vormächte untereinander die preußischen Soldaten in Mainz viele scharfe Urteile über ihre heimatliche Regierung hatten hören müssen, so ließen

Digitized by Google

sie sich doch nicht zu Ausschreitungen hinreißen. Auch als im Jahre 1865 der Ausbruch eines Krieges jeden Augenblick zu erwarten gewesen, gab die Haltung der Truppen keinen Anlaß zu ernsten Befürchtungen. Es bestand allerdings, wie nicht übersehen werden darf, der größere Teil der österreichischen Besatzung aus Truppen italienischen und ungarischen Ursprungs, die, mangels Kenntnis der deutschen Sprache, auf den Verkehr untereinander besonders angewiesen waren. Vor allem aber trugen zur Erhaltung der Ordnung das entschiedene Auftreten der beiden obersten Befehlshaber und deren persönlichen Beziehungen zueinander bei. Beide, vornehmer Natur, waren von wechselseitiger Hochachtung erfüllt und ließen sich in ihrem herzlichen Verkehr durch politische Meinungsverschiedenheiten nicht irre machen.

Vizegouverneur der Festung Mainz war seit Herbst 1864 der preußische General der Kavallerie Prinz Heinrich Karl Woldemar zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (geb. zu Leipzig am 13. Oktober 1810, gest. zu Mainz am 20. Januar 1871), ein vielseitig gebildeter, kunstverständiger Mann von gesundem Urteile. Ohne sich nach irgend einer Seite etwas zu vergeben, legte Prinz Holstein, ein Junggeselle, keinen großen Wert auf reine Äußerlichkeiten. Bei aller Vorliebe für den Militärstand, dessen Pflichten er gewissenhaft nachkam, umgab sich der Vizegouverneur meist mit Personen des Bürgerstandes, in deren Gesellschaft er gerne seiner witzigen Laune freien Lauf ließ. Mochte nun auch bei Besprechung von Mainzer Zuständen dem Prinzen manches witzige, beißende Wort entfahren, so hatte er doch allezeit ein warmes Herz für die Mainzer, die in allen mit der Festung zusammenhängenden Angelegenheiten in ihm einen beredten Fürsprecher fanden. Es erfüllten darum die Mainzer eine Pflicht der Dankbarkeit, als sie ihn in die Zahl ihrer Ehrenbürger aufnahmen und nach seinem Hinscheiden ihn durch Errichtung eines würdigen, von Kreyßig entworfenen Denkmals auf dem Friedhofe ehrten. Sein königlicher Herr, zu dessen Adjutanten er zählte, fand in der Zeit, die hier zu behandeln ist, eine besondere Gelegenheit, die Treue des Prinzen zu erkennen. Als ächter, gehorsamer Soldat überwand Prinz Holstein die Empfindungen, die in ihm aufsteigen mochten,

Digitized by Google

als Preußen, ohne Rücksicht auf die Ansprüche des holsteinischen Hauses, den Erwerb der Elbherzogtümer ins Auge faßte und die Anerkennung des Prinzen von Augustenburg verweigerte.

Die dem Prinzen unterstellte preußische Besatzung bestand aus je zwei Bataillonen der Infanterie-Regimenter Nr. 32 und 69, aus drei Bataillonen des Regimentes Nr. 53, aus einer (3.)Schwadron des Rheinischen Husaren-Regiments Nr. 9, aus dem 3. Brandenburgischen Festungs-Artillerie-Regiment und einer Kompagnie Pioniere (2. Reserve-Kompagnie).

Wenn auch etwas mehr zurückhaltend und mehr zum Verkehr in militärischen Kreisen geneigt als Prinz Holstein, war auch der Festungskommandant Graf Erwin Franz Ludwig Bernhard Ernst von Neipperg (geb. am 6. April 1813, gest. am 2. März 1897), eine in Mainz beliebte Persönlichkeit. Er war der Sohn des Grafen Adalbert von Neipperg, des Ehrenkavaliers der Erzherzogin Marie Luise von Parma, und der Gräfin Pola und zählte zu den Standesherrn des Königreichs Württemberg. Über ein großes Vermögen verfügend, liebte er es, viele Gäste um sich zu sehen und diese aufs vornehmste zu bewirten. Hierin wurde er bestens unterstützt von seiner Gattin, einer Prinzessin von Lobkowitz, die auch als große Wohltäterin der Armen verehrt wurde.

Die österreichische Besatzung bestand aus dem italienischen Regiment Baron Wernhardt, einem Bataillon des Regiments Reischach, einem Bataillon des ungarischen Regiments Ramming, aus einer Schwadron Kürassiere (Prinz Karl von Preußen) und aus je einer Abteilung von Artillerie- und Genie-Soldaten.

Zwischen der Besatzung der Festung und der Mainzer Bürgerschaft hatten sich im Laufe der Zeit so angenehme Beziehungen herausgebildet, daß die Nachricht von den Frankfurter Verhandlungen über den Wechsel der Besatzung auf beiden Seiten ungern vernommen wurde. Als dann in der Zeit vom 12.—17. Juni die Trennung vollzogen wurde, da zeigte sich bei den Soldaten wie bei den Bürgern ein aufrichtiges, aus wechselseitiger Anhänglichkeit hervorgegangenes Bedauern über die notwendig gewordene Maßregel. Tagelang war die Bevölkerung auf den Beinen, um den abziehenden Soldaten den

Digitized by Google

Abschiedsgruß zuzurufen. War der Abschied von den Österreichern hie und da etwas herzlicher, so hing das mit der Vorliebe der Süddeutschen für die ihnen nach der Gemütsseite hin mehr zusagenden Österreichern zusammen. Allein auch die preußische Besatzung kam bei dem Abschiede nicht zu kurz, indem die Mainzer einen Wert darauf legten, diesen Teil der Besatzung nicht leiden zu lassen unter der gegen ihre Regierung herrschenden Verstimmung.

Der bisherige Vizegouverneur, zum Gouverneur von Coblenz und Ehrenbreitstein ernannt, reiste am Montag, den 18 Juni von hier nach Coblenz ab. Ihm und dem Kommmandanten sprach die Bürgermeisterei auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 14. Juni die Anerkennung aus für die großen, um das Wohl der Stadt namentlich in letzter Zeit durch Aufrechterhaltung der Manneszucht erworbenen Verdienste. Beiden Männern aufrichtig zugetan und immer noch auf die Erhaltung des Friedens rechnend, hatten die Mainzer keinen anderen Wunsch, als die alte Besatzung und deren Generale bald wieder einziehen zu sehen.

Bevor noch diese alte Besatzung ihren Abmarsch angetreten, langten schon am Morgen des 11. Juni bayerische, am 14. Juni sächsische Quartiermacher hier an. Am 13. Juni bezogen Bayern zum erstenmale die preußische Hauptwache; am 14. Juni kamen die Weimaraner, die von den am Fischtor (an der Wirtschaft „zur Schippe") stehenden Generalen Prinz Holstein und Graf Neipperg und deren Stäben vorbeizogen.

Wie bunt es damals bei dem Weg- und Einzuge der Truppen zuging, vergegenwärtigt eine Äußerung des Prinzen Holstein. „Haben Sie je gehört", so sagte er am Tage vor seinem Wegzug im Militärkasino zu den ihn umgebenden Offizieren, „daß in einer Nacht mehrere tausend Mann eine Festung passiert haben, ohne daß der Gouverneur etwas davon wußte? Nun, das ist mir verwichene Nacht passiert. Die Nassauer sind durch, ohne es anzumelden und erst heute morgen erfuhr ich davon. Ich gehe weg und es wäre unnütz, hier ein Aufsehen davon zu machen, aber als Kuriosum werde ich es doch an geeignetem Orte melden."

Digitized by Google

Über die bis dahin in Mainz eingetroffenen Truppen: 2 Bataillone Bayern, bayerische Feldartillerie und eine Geniekompagnie, 3 Bataillone Weimaraner, 2 Kompagnien Meininger und 2 Kompagnien Schaumburg-Lippescher (Bückeburger) Jäger hielt der neue Gouverneur Graf Rechberg am 22. Juni eine Parade auf dem Schloßplatze ab. An demselben Tag verließ der ehemalige Kommandant Graf Neipperg die Stadt.

Der neue, vom König von Bayern ernannte Gouverneur von Mainz, der bayerische Generalmajor Graf Ludwig von Rechberg und Rothenlöwen (geb. am 15. Januar 1814, gest. am 30. Juni 1887 als General der Kavallerie, General-Adjutant und Kämmerer des Königs von Bayern), war am Abende des 14. Juni in Mainz angekommen. Mochte der General in den Augen seiner Vorgesetzten der rechte Mann sein, um eine neutrale Festung zu leiten, so tauchten hier doch bald recht ernstliche Zweifel auf, ob Graf Rechberg auch imstande wäre, unter veränderten Umständen, namentlich bei einem Angriffe auf die Festung, allen Anforderungen eines Gouverneurs eines so bedeutenden Platzes wie Mainz nachzukommen. Es fragte sich hierbei namentlich, ob der Adjutantendienst, der einen großen Teil der Laufbahn des neuen Gouverneurs in Anspruch genommen, die richtige Vorbereitung für eine so ernste Stellung geboten haben dürfte. Auch wich die äußere Erscheinung des Mannes von dem Bilde ab, das man im langjährigen Verkehr mit der alten Besatzung von einem höheren Befehlshaber gewonnen hatte. Wie dem auch sein mochte, so war Rechberg nach dem Urteile eines Zeitgenossen, der in jener Zeit in Mainz sich aufhielt, ein „ritterlicher und ehrenwerter Charakter" und war von dem ehrlichen Willen erfüllt, „das Möglichste zu leisten".

Von den höheren Offizieren der anderen Truppenteile war der sachsen-meiningische Oberst von Buch der dienstälteste und demgemäß berufen, die Stelle eines Kommandanten der Festung zu bekleiden. Der neue Kommandant blickte auf eine lange militärische Laufbahn zurück, da er bereits mit 14 Jahren in den kurhessischen Dienst eintrat und den Feldzug des Jahres 1815 mitmachte. Des Friedensdienstes überdrüssig, machte v. Buch später den ersten

Digitized by Google

Feldzug der Franzosen in Algerien mit und erhielt zum Lohn für hervorragende Dienste das Kreuz der Ehrenlegion. In Mainz wurde er als ein dienstbeflissener, peinlich gewissenhafter Offizier geachtet. Seine Stellung als Kommandant behielt v. Buch auch dann noch, als nach Einzug der Kurhessen ältere und höhere Offiziere, namentlich Generale, zur Besatzung zählten.

Kaum hatten die neuen Befehlshaber ihre Ämter angetreten, als sie die Schwere ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortlichkeit erkannten. Da sie keine Karten, keine Pläne, keine Dienstanweisungen vorfanden, so fehlten ihnen von vornherein die nötigen Unterlagen für ihre dienstlichen Anordnungen. Auch merkten sie alsbald, daß die Zahl der Besatzungstruppen in keinem Verhältnisse stand zu der weiten Ausdehnung der Festungswerke und daß es namentlich an Reiterei fehlte. Besonders fühlbar machte sich die verschiedenartige Ausbildung und Ausrüstung der einzelnen Teile der Besatzung. Mit ernster Sorge sahen die neuen Befehlshaber dem Zeitpunkte entgegen, wo die Neutralität der Festung nicht mehr anerkannt würde. Fiel es preußischen Truppen ein, einen Angriff auf Mainz zu machen, so waren deren Offiziere, wie man besorgen mußte, mit den Örtlichkeiten und den Verhältnissen in der Festung völlig vertraut, während solche Kenntnis den Führern der Besatzung abging.

Einigen Trost fanden die neuen Befehlshaber in jener Bestimmung der Bundesmilitärkommission, wonach die bisherigen Festungsbatterien und Pioniere in Mainz verbleiben sollten. Allein als Preußen auch diesen Teil seiner Mannschaften aus Mainz abberief, verblieb nur der österreichische Teil dieser Truppen in Mainz zurück, an deren Offizieren Gouverneur und Kommandant eine tüchtige Stütze fanden. Oberst v. Hofmann von der Artillerie, der den größten Teil seines Lebens in Mainz verbrachte, war ein durchaus befähigter und sehr geschätzter Offizier; gleiches galt von dem Oberst Pirner vom österreichischen Generalstab. Dem bayerischen Geniedirektor Major von Kollmann stand ein bewährter Ratgeber in der Person des österreichischen Geniehauptmanns von Rößler zur Seite.

Die neue Besatzung von Mainz hat, wie schon eben angedeutet, zu keiner Zeit weder in ihrer Zusammensetzung noch in

Digitized by Google

ihrer Stärke den Bestimmungen der Bundesmilitärkommission entsprochen.

Die Regierungen von Schwarzburg-Rudolstadt und von Anhalt, die am Bundestage zu Preußen hielten, schickten ihre Soldaten nicht nach Mainz; die Weimaraner, eine tüchtige Truppe, und die Bückeburger Jäger kamen wohl an den Ort ihrer Bestimmung, verließen aber die Festung, als ihre Regierungen sich von dem Bunde lossagten. Schon von Anfang an hatten die Weimaraner aus ihrer Hinneigung zu Preußen kein Hehl gemacht. Es erregte kein geringes Erstaunen, als eines Tages, während Hessen-Darmstädter Truppen im Begriffe waren, nach Bingen zur Zurückwerfung der Preußen zu marschieren (29. Juni), die Weimaraner auf ihrem Wachposten vor dem Münstertore den König von Preußen und den Grafen Bismarck hochleben ließen. Selbstverständlich konnten sie, als die Preußen der Festung Mainz sich näherten, hier nicht länger bleiben. Da man aber auch keinen Anlaß hatte, die Zahl der Gegner zu vermehren, kam man hier zu der Entschließung, die Mannschaft nach Ulm und nach Rastatt zu leiten. Darüber war dann im Preußischen Staatsanzeiger folgende Meldung zu lesen: „Die Regierungen von Weimar und Schaumburg-Lippe haben der königl. Regierung die Anzeige gemacht, daß die Truppen beider Staaten, welche auf Grund des Bundesbeschlusses vom 6. Juni einen Teil der neutralisierten Bundesfestung Mainz bildeten, zum Verlassen derselben gewaltsam (!) genötigt und teils nach Ulm, teils nach Rastatt dirigiert worden seien. Die genannten Staaten haben gegen dieses völkerrechtswidrige (!) Verfahren einiger zum früheren Deutschen Bund gehörigen Regierungen protestiert und das Berliner Kabinett von diesem Schritte in Kenntnis gesetzt." Endlich zogen am 28. Juli die Meininger unter Zurücklassung ihrer Waffen von hier ab.

Dem fortwährenden Drängen des Generals Rechberg gelang es, für die Festung Mainz nach und nach Truppen zu bekommen, die von vornherein für diesen Platz nicht bestimmt waren. So wurde ihm ein großer Teil seiner Sorgen abgenommen, als die kurhessische Division, die nach Bundesbeschluß vom 23. Juni dem Prinzen Alexander von Hessen unterstellt worden war, durch diesen der



Digitized by Google

Festung Mainz überwiesen wurde. Nachdem nämlich der Prinz die damals erst 4600 Mann starke, von Generalmajor von Loßberg befehligte Division in Hanau besichtigt hatte (29. Juni), entschloß er sich, diese Truppe nicht dem 8. Armeekorps einzuverleiben, weil sie noch längerer Zeit bedurfte, um schlagfertig dazustehen. In Mainz sollte das Korps auf den Kriegsfuß gesetzt werden, soweit dies nach der inzwischen erfolgten Besetzung eines Teils kurhessischen Landes durch preußische Truppen möglich war. Diese gutgeschulte Truppe, 5 Infanterie-Regimenter, 2 Jäger-Bataillone, 2 Regimenter Husaren, 2 Schwadronen Gardes du Corps, eine Feldbatterie, leistete vortreffliche Dienste auf Vorposten, im Aufklärungsdienste und auf den Wällen. Weiter gelang es dem Gouverneur, durch den Zuzug eines Regiments Württemberger (4. Regiment) die Infanterie auf die Zahl von nahezu 12000 Mann zu bringen, während die nach und nach aus Bayern, Württembergern, Badenern und Nassauern zusammengesetzte Artillerie auf 1000 Mann sich berechnete. Da diese Soldaten zu den mit Preußen im Krieg befindlichen Truppen gehörten, so war auch damit die Neutralität der Festung Mainz aufgegeben.

Mit den Kurhessen waren der vermutliche Thronfolger Prinz Friedrich (von Rumpenheim) und einige Prinzen von Hanau nach Mainz gekommen. Die Württemberger, die in den ersten Tagen des Juli kamen, und in der Nacht vom 6—7. August wieder auszogen, vertrugen sich, wie die Bayern, gut mit den Bürgern, waren eifrig im Dienst, aber übertrieben rührig in der Jagd nach angeblichen Spionen, wodurch zahlreiche, sofort wieder aufgehobene Verhaftungen herbeigeführt wurden. Ein Teil der Nassauer war nach dem Gefechte bei Aschaffenburg hierher gekommen und anfangs in der Fruchthalle untergebracht worden (17. Juli). Aus Hannover hatten sich, nachdem das Land bereits von Preußen besetzt war, einige Abteilungen bis nach Frankfurt durchgeschlichen und zuletzt in Mainz Unterkunft gefunden.

Gleich zu Anfang des Krieges bekamen die Mainzer in ihren Mauern nocheinmal, aber auch zum letztenmale, Österreicher auf ganz kurze Zeit zu sehen; ebenso kamen für wenige Tage Hessen-Darmstädter vom 3. Infanterie-Regiment nach Mainz zur Aushülfe.

Digitized by Google

So erwünſcht dem Gouverneur der ſteigende Zuwachs der Mannſchaft war, ſo läſtig wurde er zeitweiſe der Mainzer Bevölkerung, die für deren Beherbergung zu ſorgen hatte, anfangs, weil die Kaſernen gereinigt werden mußten, dann wenn deren Räume nicht ausreichten. Auch ſpäter mußte die Bevölkerung für die Verpflegung der Soldaten aufkommen, in einer geldknappen Zeit und bei aller Sorge um Erhaltung des eigenen Hausſtandes. Für die Bürger begann überhaupt mit dem Wechſel der Beſatzung eine Zeit von Erregungen, Beläſtigungen und ſchweren Sorgen, die ſelbſt nach Abſchluß des Friedens noch kein Ende nahmen.



Digitized by Google

# Mainz während des Krieges.

Der bayerische Gouverneur von Mainz hatte seinen Dienst noch nicht angetreten, als der Krieg bereits seinen Anfang genommen. Die Armee des Generals Vogel von Falkenstein, die sich später die „Mainarmee" nannte, begann ihre Marschbewegungen durch einen raschen Einfall in Hannover und Kurhessen (16. Juni) bevor nur von der ganzen Bundesarmee etwas mehr als die hessische Division zum Vormarsch bereit stand. In gleicher Eile ging die preußische Armee immer weiter voran zum Schrecken ihrer Gegner. Am meisten war unter diesen der Gouverneur von Mainz von der Besorgnis vor Anschlägen der Preußen erfüllt. Gleich anfangs waren nämlich die Besatzungen von Cöln und Coblenz angewiesen worden, kleinere Abteilungen von Landwehrleuten gegen Rheinhessen und Nassau zu schicken, um die Bundesarmee zu beschäftigen und die Bewegungen der Mainarmee zu unterstützen. Kaum hatten sich die ersten Landwehrmänner in Bingerbrück sehen lassen, als Gouverneur von Rechberg um die Sicherheit seiner Festung ernstlich besorgt wurde. Sofort begann man mit der Sicherheitsarmierung der inneren Umfassungslinien und der Außenwerke, namentlich der Forts Bingen, Gonsenheim und der Inundationsschanze. Auf das erste Gerücht von einem Anmarsche der Preußen von Bingen her mußte die Mannschaft auf den Beinen bleiben, die Straßen durchziehen und auf den Straßen biwakieren. In der Nacht vom 26.—27. Juni rückte Oberst von Hofmann rekognoszierend auf der nach Bingen führenden Straße vor, ohne auf den Feind zu stoßen. In fortwährender Besorgnis vor den Preußen wandte sich Graf Rechberg an den damals mit seinem Hauptquartier noch in Frankfurt weilenden Befehlshaber des 8. Bundesarmeekorps, aus dessen Journale folgendes zu entnehmen ist: „Nachts (27. Juni) schicke ich den Großh. Hessischen Generalmajor von Stockhausen mit zwei hessischen und zwei österreichischen Bataillonen nach Mainz zur Sicherstellung gegen einen befürchteten Handstreich infolge dringender Aufforderung des Festungsgouverneurs." Am frühen Morgen fanden die Mainzer zu ihrem größten Erstaunen die in der Nacht hierher gelangten Mannschaften der

Digitized by Google

österreichischen Regimenter Nobili und Heß, sowie des hessischen 3. Infanterie-Regiments, die am Gutenbergsplatze, am Tiermarkt und am Schloßplatze lagerten und dann bei den Bürgern Unterkunft fanden. Noch am Abend zogen die Hessen nach Frankfurt ab, kehrten aber am 29. Juni wieder nach Mainz zurück, stellten Vorposten gegen Bingen, das die Preußen am 28. Juni besetzt hatten, aus und vertrieben diese aus der Stadt. Dann kehrten sie am 1. Juli wieder nach Frankfurt zurück, während die aus Österreichern und Nassauern zusammengesetzte 4. Division des 8. Bundesarmeekorps unter dem Befehle Neippergs in den südlichen Teil Nassaus einrückte. Inzwischen waren, wie schon oben bemerkt, die Kurhessen in der Zeit vom 30. Juni bis 2. Juli und die Württemberger vom 4. Infanterie-Regiment am 4. Juli hier eingezogen und dienten zur Verstärkung der Mainzer Besatzung.

Durch die Verfügung über eine größere Besatzung etwas beruhigt, konnte das Gouvernement die Sicherungsarbeiten an den Außenwerken fortsetzen. An den Festungsarbeiten halfen auch österreichische Mineure mit, die am Abende des 5. Juli in Mainz eingerückt waren. Leider fielen damals (5. Juli) diesen Arbeiten die schönen Bäume zum Opfer, die an der Raimundi-Allee standen und die das sog. Rondell bei der Hartmühle umgaben, ein Platz, der zu Ende der kurfürstlichen Zeit vielfach bei Veranstaltungen von Festlichkeiten benutzt worden war. Zum großen Schaden der Stadt und der Umgegend wurden später auch die Bäume oberhalb der Anlage, viele Obstbäume in Mainz, Bretzenheim, Gonsenheim, Kastel und Kostheim beseitigt. Die in jeder Hinsicht übereilte Maßregel gibt Zeugnis von der Stimmung des Mainzer Gouverneurs, der den übertriebenen Gerüchten von den Anschlägen der Preußen nur allzuleicht Gehör schenkte. Um sich einen Begriff zu machen von dem Umfange der Schädigung der Bewohner von Mainz und der Umgegend durch Niederlegen der Obstbäume, sei darauf hingewiesen, daß die Bundesliquidationskommission auf Vorstellung der Beschädigten sich zur Leistung eines teilweisen Ersatzes veranlaßt sah und (Ende Februar 1867) folgende Beträge zur Auszahlung anweisen ließ: an Bewohner von Mainz 1725 Gulden, von Bretzenheim 2174 Gulden, von Gonsen-

Digitized by Google

heim 5507 Gulden, von Kostheim 44 412 Gulden 30 Kr. und von Kastel 36 817 Gulden.

Großen Einfluß auf Rechbergs Entschließungen hatte die häufige Anwesenheit des Herzogs von Nassau in Mainz, der, um sein Land ängstlich besorgt, bald die Hülfe des Führers des 8. Bundesarmeekorps, bald jene des Mainzer Gouverneurs in Anspruch nahm und die eigenen Truppen bald hierhin, bald dorthin schicken ließ. Auch die Nachrichten von dem östlichen Kriegsschauplatze, wo in der Zeit vom 26. Juni bis 3. Juli (Königgrätz) der Krieg zum Nachteil Österreichs entschieden wurde, wie auch die Nachrichten von der preußischen Mainarmee, insbesondere von den Schicksalen des 7. und 8. Bundesarmeekorps, wirkten bestimmend auf die Maßnahmen des Mainzer Gouverneurs ein.

Vogel von Falkensteins Mainarmee war, wie schon erwähnt, am 16. Juni in Hannover und Kurhessen eingerückt und hatte, bevor noch die Gegner sich aufgestellt, eine Verbindung der Hannoveraner mit den Kurhessen und vor allem mit den Bayern verhindert. Bereits war der Kurfürst von Hessen nach Stettin abgeführt (23. Juni), als am 26. Juni die Prinzen Karl und Alexander sich über ein gemeinsames Vorangehen gegen die Mainarmee verständigten und eine Verbindung des 7. und 8. Armeekorps auf kurhessischem Gebiet, etwa bei Hersfeld, verabredeten. Am folgenden Tage bestand die hannöverische Armee mit Erfolg einen Kampf mit den Preußen und Coburgern, mußte aber dann, da die Bayern nicht rechtzeitig zu Hülfe kamen, bei Langensalza die Waffen strecken (29. Juni). Den ersten Mißerfolgen kamen die weiteren auf dem Fuße nach. Von der Mainarmee nach den Gefechten bei Dermbach (4. Juli), Hünfeld, Neidharthausen, Zella und Wiesental zurückgedrängt, gab Prinz Karl den Marsch auf Fulda auf und nahm eine Verbindung mit dem 8. Korps an der Fränkischen Saale in Aussicht. Aber auch dazu kam es nicht, weil Prinz Alexander, einer Weisung des Bundes-Militär-Ausschusses (5. Juli) folgend, zur Deckung der von den Preußen bedrohten Mainlinie (Mainz-Frankfurt-Hanau) aus Oberhessen über Ortenberg, Nieder-Wöllstadt, Bornheim nach Frankfurt sich zurückzog. Wenn nunmehr das 7. Armeekorps die Richtung Aschaffen-

Digitized by Google

burg-Gemünden einschlug, so wäre, wie Prinz Alexander damals meinte, die Verbindung leicht herzustellen gewesen. Allein auf die Nachricht von der Niederlage der Bayern bei Kissingen (10. Juli), bei Hausen, Waldaschach und Hammelburg änderte Prinz Alexander seinen Plan, um durch den Spessart nach Würzburg zu ziehen und dort mit dem Prinzen Karl sich zu vereinigen. In Aschaffenburg, wo am 15. Juli das ganze Korps sich sammeln sollte, waren am 13. Juli die Hessen angekommen und hatten Mannschaften zur Bewachung der Spessartstraße vorausgeschickt. Diese stießen bei Laufach mit der von Lohr herkommenden Division von Goeben zusammen und wichen vor der Brigade Wrangel zurück. Einer Weisung des Prinzen Alexander zuwider nahm der hessische General Pergler von Perglas den Kampf mit der Brigade Wrangel wieder auf und mußte, nachdem die Preußen Frohnhofen genommen, mit schweren Verlusten nach Aschaffenburg sich zurückziehen. Dort löste Graf Neipperg, der in der Nacht mit der Brigade Hahn (7 Bataillone, 2 kurhessische Schwadronen und 2 Bataillone) von Frankfurt angekommen war, die Hessen ab, mußte aber nach heftigem Kampfe — von 8—11 Uhr vormittags — die Stadt räumen. Groß waren die Verluste der tapferen hessischen Division in Laufach und bei dem vorzeitigen Rückzuge nach Stockstadt und Seligenstadt. Unter den wackeren Offizieren, die damals ihr Leben lassen mußten, befand sich auch der als Militärschriftsteller bekannte Hauptmann Königer, der in seinen Werken über die Jahre 1813 und 1815 die preußischen Waffen verherrlicht hatte und nunmehr durch preußische Waffen den Tod fand. Viel größer war der Verlust der zur Verteidigung von Aschaffenburg bestimmten Division Neipperg (38 Offiziere und 2357 Mann). Da eine große Zahl Soldaten des italienischen Regiments Baron Wernhardt damals in Gefangenschaft geriet, so tauchte die Vermutung auf, diese hätten im Hinblick auf die in der Zwischenzeit erfolgte Abtretung von Venedig sich nicht mehr schlagen wollen, was Neipperg in einem Tagesbefehle vom 6. August und in einer besonderen Arbeit über das Gefecht bei Aschaffenburg als unwahr zurückwies.

Durch den Odenwald suchte dann das 8. Armeekorps Verbindung mit dem 7. Korps zum Zwecke eines gemeinsamen, für den 24. Juli

Digitized by Google

geplanten Angriffs auf Aschaffenburg. Auch dieser Plan mißlang, wie die früheren Vereinigungsversuche vereitelt worden waren. Von Aschaffenburg war nämlich die preußische Armee rasch nach Frankfurt aufgebrochen, um sich dieser Stadt zu bemächtigen. Nach Einnahme von Frankfurt (16. Juli) wandte sie sich rasch wieder gegen das 8. Armeekorps, dem sie durch den Odenwald nachfolgte.

Wie General von Manteuffel in einem Tagesbefehl an die Mainarmee den weiteren Verlauf des Feldzuges schilderte, wurden dann am 23. Juli die Badener bei Hundheim, am 24. die Österreicher, Württemberger, Hessen-Darmstädter und Nassauer bei Tauberbischofsheim, die Badener bei Hochhausen und Werbach, am 25. das ganze vereinigte 8. Bundeskorps bei Gerchsheim und die bayerische Armee bei Helmstadt und am 26. Juli bei Roßbrunn geschlagen.

Auf Weisung des Prinzen Karl besetzte Prinz Alexander die Höhen des Nikolausberges bei Würzburg, überschritt hier den Main und vereinigte sich mit dem 7. Korps, das ebenfalls auf das rechte Mainufer übersetzte. Nach einer Beschießung der Marienburg (27. Juli) trat Waffenruhe ein, der bald der Waffenstillstand nachfolgte.

Als dann die Bundesarmee sich auflöste, wollte man vielfach die steten Niederlagen nicht auf Rechnung der Fehler der Oberleitung, der Unfähigkeit und Unerfahrenheit der höheren Offiziere, der ungleichen und mangelhaften Ausbildung der Mannschaften setzen, sondern eher an Verrat, an absichtliche Verhinderung gemeinsamen Vorangehens, glauben. Wer den Schluß der Aufzeichnungen des Prinzen Alexander von Hessen liest, findet dort die natürliche Aufklärung aller Mißerfolge, die bei der Zusammensetzung der Bundesarmee und gegenüber einer so trefflich geführten und gut geschulten feindlichen Truppe unvermeidlich waren.

Die Kunde von den Verlusten der Hessen bei Laufach kam am 14. Juli nach Mainz und versetzte die Bevölkerung in große Erregung, da man, nach den vielen Enttäuschungen über die Tätigkeit der Bundesarmee, auf die Nachricht der endlich vollzogenen Verbindung des 7. und 8. Bundesarmeekorps und deren gemeinsamen Vorangehens gehofft hatte. So schwerwiegenden Ereignissen gegen-

Digitized by Google

über, wie die Niederlage der Hessen sich darstellte, erschien es lächerlich, wenn man in Mainz mit großem Lärm 17 gefangene preußische Landwehrmänner (Husaren), die bei einem Zusammenstoße auf der Kemeler Haide bei Langen-Schwalbach (12/13. Juli) abgefaßt worden waren, erst im Fort Montebello und dann in der Stadt unterbrachte, oder wenn eine kurhessische Schwadron auf einem Rekognoszierungsritt bis nach Alzey kam und dort sich festlich bewirten ließ (13. Juli).

Noch unter dem Eindrucke der traurigen Nachrichten aus Laufach erhielten die Mainzer am 15. Juli die erschütternde Kunde von dem blutigen Gefechte bei Aschaffenburg und namentlich von den großen Verlusten der Österreicher. Fehlte es anfangs auch noch an näheren Nachrichten über die Vorgänge bei Aschaffenburg, so hatten die Mainzer doch die Empfindung, daß es schlimm um die Bundesarmee stände.

Darauf deutete auch die rasche Abreise des Herzogs von Nassau, der am 15. Juli durch Mainz durchkam und rheinaufwärts fuhr, und die Abreise des Großherzogs von Hessen, der aus Darmstadt nach München sich wandte. Vorher schon war der hohe Bundestag aus Frankfurt nach Augsburg (in die „drei Mohren") übergesiedelt, nachdem das einmal aufgetauchte Vorhaben eines Überzugs nach Mainz aufgegeben worden war. Rechtzeitig hatten die Fürsten und Staatsmänner sich entfernt, denn gleich nach deren Entfernung stellten sich preußische Soldaten in Frankfurt (16. Juli), in Wiesbaden (17. Juli) und später in Darmstadt (20. Juli) ein.

Angesichts dieser Ereignisse beschleunigte der leicht erregbare Mainzer Gouverneur die Vollendung der Ausrüstung der Außenwerke, die Überführung der Pulvervorräte nach den Kriegsmagazinen und die Anschaffung von Lebensmitteln für die Besatzung. Damals ließ er einige Hunderte von Schlachtochsen in den Festungsgräben vor dem Gautor unterbringen, nachdem er schon einige Tage vorher (11. Juli) die Bewohner von Mainz und Kastel aufgefordert hatte, für die Dauer von drei Monaten sich mit Lebensmitteln zu versehen.

Im Besitze von Wiesbaden und von dem Rheingau zögerten die preußischen Truppen nicht, auch vor Mainz zu erscheinen. Während ängstliche Gemüter schon an eine Belagerung und Beschießung der Festung dachten, war es den Preußen um ein solches Unternehmen,

Digitized by Google

wozu sie nicht gerüstet waren, garnicht zu tun. Wenn sie fortwährend in der Nähe von Mainz sich sehen ließen und zeitweise aus Geschützen feuerten, so bezweckten sie damit lediglich, die Besatzung von Mainz zu beschäftigen und an Ort und Stelle festzuhalten. Auch ohne besondere Kraftentfaltung mußte, wie die Preußen ganz richtig voraussahen, die Festung ihnen eines Tages in die Hände fallen. Die Neckereien begannen am 18. Juli, an welchem Tage eine preußische Patrouille in den Festungswerken von Kastel, an dem Frankfurter Tor, am Beginn der Kostheimer Landstraße, einen ahnungslos sich ergehenden Nassauer Soldaten absing. Bis eine Abteilung Kurhessen an der Mainspitze anlangte, war von den Preußen nichts mehr zu sehen. Am folgenden Tage schossen von Biebrich aus Waldecker auf das mit rekognoszierenden Kurhessen besetzte Biebricher Bot, ohne jemanden zu treffen. Von der Glashütte bei Biebrich, die sie besetzt hatten, schossen Waldecker nach den Kurhessen auf der Petersau und nach den im Fort Großherzog von Hessen auf Vorposten befindlichen Bayern.

Kaum waren die ersten Preußen vor Mainz sichtbar geworden, als der Gemeinderat (18. Juli) zu einer Beratung darüber zusammentrat, was in der bevorstehenden schweren Zeit für die Bürgerschaft geschehen könnte. Im Auftrage des Gemeinderats begab sich dann eine Abordnung zum Gouverneur, um dort Erkundigung über das Los der Stadt einzuziehen. Nach der Antwort des Gouverneurs hatte dieser Befehl, die Festung zu verteidigen. Der hiervon benachrichtigte Gemeinderat ließ alsbald an den in München weilenden Großherzog ein Telegramm abgehen und bat darin den Landesfürsten, er möge doch, soviel in seinen Kräften stände, dafür sorgen, daß das Los der Stadt erleichtert werde. Zwei Tage später kam die Antwort: „Werde, was ich vermag, tun, um meiner getreuen Stadt die Drangsale des Krieges abzuwenden." Zur Beruhigung der Bürger richtete, auf Ersuchen des Gouverneurs, der Großh. Territorialkommissär Geheimrat Schmitt am 19. Juli ein zu veröffentlichendes Schreiben an Großh. Bürgermeisterei Mainz, worin er, für den schlimmsten Fall, Verhaltungsmaßregeln anempfahl. „Seit gestern (18. Juli)", so schrieb er, „ist der Feind auf dem rechten Rheinufer der Festung

Digitized by Google

ganz nahe gerückt und seine Patrouillen streifen bis vor die Tore. Es ist damit noch keine förmliche Einschließung der Festung von dieser Seite erreicht und noch weniger ist bis jetzt eine förmliche Belagerung derselben zu erwarten; allein durch Benutzung der Kastel umgebenden Höhen ist die Möglichkeit einer Beschießung von Kastel und Mainz, wenn eine solche in der Absicht des Feindes liegen sollte, auch ohne förmliche Belagerung gegeben." Nach Schmitts Rat sollten die Löschmannschaften sich in steter Bereitschaft halten und die Bürger dafür Sorge tragen, daß in jedem Stockwerke eines jeden Gebäudes große, mit Wasser gefüllte Gefäße aufgestellt würden.

Kam es nun auch, wie Geheimrat Schmitt richtig angenommen hatte, nicht zu einer Belagerung und Beschießung der Stadt, so war doch der Bürger zeitweise nicht frei von Sorgen um Leben und Gesundheit. Wer sich nämlich damals Biebrich näherte, kam in die Gefahr, von preußischen Kugeln ereilt zu werden. So wurde am 19. Juli von der Glashütte bei Biebrich aus auf das sog. Biebricher Schiff geschlossen, worauf sich eine Anzahl von Bürgersleuten befanden, die zum Glück unversehrt davon kamen. Am Sonntag, den 22. Juli, schwebten die auf einem Dampfboote befindlichen, von Bingen aus beförderten Personen in der Nähe von Biebrich in der Gefahr, bei einem Kugelwechsel getroffen zu werden. Angesichts drohender Gefahr für die Festung hielt es Gouverneur Rechberg für geboten, über die Stadt Mainz, über Kastel, Zahlbach, Bretzenheim, Gonsenheim, Kostheim, Mombach und Weisenau den Belagerungszustand zu verhängen. Unter Trommelschlag und durch Anheftung von Abdrücken des Erlasses an den Straßenecken brachte der Gouverneur am 20. Juli seine Anordnung zur Kenntnis der Bürgerschaft. Nach der Verfügung des Gouverneurs ging die Polizeigewalt auf den k. k. österr. Oberstleutnant und Platzkommandanten Graf Bergh von Trips und den Großh. Kreisassessor Dr. Bernhard Jaup (später Ministerialrat) über.

Die Zahl der preußischen Truppen, die in der Zeit vom 20. Juli bis zum Abschluß des Waffenstillstandes auf der anderen Seite des Rheines standen, war so gering, daß an eine Belagerung der Festung garnicht gedacht werden konnte. Von den dem Kommandanten von Frankfurt, Generalmajor von Roeder, unterstellten Truppen war ein

Digitized by Google

Teil dem Oberstleutnant von Fischer-Treuenfeld zum Zwecke der Besatzung von Wiesbaden und Umgegend und zur Beobachtung von Mainz unterstellt worden: 6½ Bataillone Infanterie, 1 Kompagnie Jäger, 2 Schwadronen, 8 Geschütze und 1 Pionier-Detachement. Zu der Infanterie gehörten: 1 Füsilierbataillon Waldeck und 1 Füsilierbataillon Schwarzburg-Rudolstadt, dann je 1 Bataillon der Rheinischen Landwehrregimenter Nr. 25, 28 und 30. Zwei Kompagnien des Ersatz-Bataillons Nr. 56 wurden schon am 24. Juli nach Cöln zurückbeordert. (Siehe Anlage 34 zum preußischen Generalstabswerke: „Der Feldzug von 1866 in Deutschland.")

Zur besseren Abwehr des Feindes ließ der Gouverneur die nach dem Rheine führenden Tore: das Raimunditor, das Rheinmühlentor, die Tore vor dem Rheinischen und Holländischen Hofe zumauern und die Mauern mit Schießscharten versehen. Der Verkehr durch die anderen Tore wurde eingeschränkt, indem diese früher als gewöhnlich geschlossen wurden. Am Morgen des 23. Juli öffnete man sie erst um 7 Uhr. Wer am 20. Juli nach dem Schloßplatz ging, sah sich mitten in ein Kriegslager versetzt. Dort stand der ganze Artilleriepark der Kurhessen, dabei die Verbandzeugwagen der Württemberger. An der Ecke nach dem Raimunditore waren Ställe für Pferde aus Brettern hergerichtet. Es sollten, wie man sich erzählte, an diesem Tage die Verschanzungen an der Glashütte bei Biebrich in den Grund geschossen werden.

In der Tat wurde an diesem Tage kräftig aus der Festung geschossen. Gegen eine auf der Hochheimer Höhe sich zeigende Batterie, deren Kugeln nach Kastel kamen, ohne jedoch Schaden anzurichten, feuerte die Besatzung von zwei Kasteler Forts und vertrieb die Preußen. Von der Petersau schoß die Besatzung nach der Glashütte und verhinderte die Ablösung der dort befindlichen Mannschaft. Von derselben Stelle aus wurde am 21. Juli auf einen vom Rheingau her nach der Kurve fahrenden Militärzug geschossen. Ein besonders bewegter Tag war der 22. Juli (ein Sonntag). Auf der linken Rheinseite kamen Preußen bis nach Heidesheim, ließen sich Lebensmittel verabreichen und kehrten dann nach Ingelheim zurück. Am Mittag wechselte die Bedienung der Geschütze vom Turm der Petersaue

Digitized by Google

Kugeln mit den bei Biebrich aufgestellten Batterien; dorthin feuerten auch die Besatzungen des Hardenbergs, des Forts Großherzog von Hessen; auch nach den bei Erbenheim aufgestellten Preußen wurde lebhaft geschossen.

Die wechselseitigen Beschießungen, anfangs ein Anlaß für einzelne Bürger, sich mit ihren Familien aus der Stadt zu flüchten, reizten bald die Neugier der Mainzer, die bei der in der Stadt eingekehrten Stille, es als eine ergötzliche Abwechslung erachteten, außerhalb des Bereichs der feindlichen Kugeln, von erhöhten Stellen aus nach den auf dem jenseitigen Ufer täglich auftauchenden preußischen Mannschaften zu sehen und die Richtung der meist ihr Ziel verfehlenden Geschosse zu verfolgen. Auf der Rheinbrücke, auf dem Kästrich, in der Nähe der Cidatelle, in der Anlage und anderen Plätzen sammelten sich Neugierige sobald Schüsse fielen. Namentlich war am Sonntag, den 22. Juli, wo das Schießen kein Ende nehmen wollte, alles auf den Beinen.

Nutzlos wurde damals viel geschossen. Bedenklich war dabei der Eifer von Patrouillen, namentlich von Bayern, die es sich nicht nehmen ließen, das Gewehr anzulegen, sobald nur eine Pickelhaube in Sicht war. Auch auf Vorposten schossen die Bayern mit großem Behagen, so namentlich die Besatzung eines 1000 Schritte von Biebrich entfernten Blockhauses. Von einem bayerischen Soldaten, dem Sohn eines Oberförsters, erzählte man sich, er melde sich jeden Tag auf Vorposten, um preußische Soldaten zu erschießen, ähnlich wie man im Jahre 1871 von dem französischen Sergeanten Hoff erzählte, er habe sich täglich an die preußischen Vorposten herangeschlichen und nach und nach eine stattliche Anzahl Preußen erschossen. Das Schießen belästigte nicht bloß die Gegner. „Die Puffereien", so schrieb ein Zeitgenosse, „unter den Patrouillen, namentlich auf dem Terrain des rechten Rheinufers hinter Kastel bis Biebrich und Hochheim hin, war von den Landleuten so gefürchtet, daß dort die Ernte größtenteils stehen blieb, die anderwärts bereits heimgetan war." Das Schießen wurde noch fortgesetzt bis zum 25. Juli; mittlerweile war bereits auf dem Hauptkriegsschauplatze Waffenruhe eingetreten (22. Juli), der am 26. Juli der Waffenstillstand von Nikolsburg folgte.

Digitized by Google

Wie man vorher dem Kugelwechsel von erhöhten Stellen aus zugeschaut hatte, so verlegte man sich jetzt darauf, nach den noch immer auf den jenseitigen Höhen, namentlich zwischen Erbenheim und Nordenstadt, befindlichen Preußen Ausschau zu halten, bis am 7. August auch jene Gegend geräumt war.

Nachdem auch für uns Waffenruhe eingetreten war, hörten nach und nach die Verkehrsbeschränkungen auf, worunter die Mainzer schwer zu leiden gehabt hatten.

Während einer Zeit von 14 Tagen hatten sich infolge der Einstellung des Postverkehrs in Frankfurt eine ungeheuere Masse von Postsendungen für Mainz und die Provinz Rheinhessen angesammelt. Endlich kam am Abend des 30. Juli ein von zwei Offizieren begleiteter Frankfurter Postwagen mit einer Ladung von 17 Zentnern Briefen und Zeitungen hier an, deren Verteilung sofort in Angriff genommen und äußerst rasch vollzogen wurde. Diese Auslieferung verdankte man den gemeinsamen Bemühungen des Postrats Schmidt und der Kaufleute Rudolf Bamberger, L. Goldschmidt und Philipp Nachmann in Mainz. Im Anschluß hieran möge der Tatsache gedacht werden, daß bis zum 6. August eine Kommission im Auftrage des Gouvernements die von und nach Preußen aufgegebenen Briefe eröffnete, und daß von da an die nach Preußen bestimmten Briefe wieder geschlossen aufzugeben waren.

Auch der Eisenbahnverkehr wurde vom 8. August an wieder eröffnet. Es waren nämlich seit dem 2. Juli die Fahrten nach Bingen, seit dem 17. Juli die Fahrten nach Frankfurt auf beiden Seiten des Rheines, die Fahrten nach Wiesbaden und dann jene nach Darmstadt eingestellt gewesen. Vom 8. August an fuhr die Ludwigsbahn wieder nach Bingen, nach Frankfurt und nach Aschaffenburg; dagegen war um diese Zeit der Verkehr auf der Taunusbahn noch nicht freigegeben. Die Bahnzüge brachten nach langer Zeit wieder Fremde nach Mainz und mit ihnen auch manchen von denen, die sich vor Beginn des Belagerungszustandes aus Mainz entfernt hatten.

Die Schiffahrt auf dem Rhein begann wieder am 3. August nach Aufhebung der Sperre. Seit dem 28. Juni hatten die Preußen kein Schiff mehr rheinaufwärts gehen lassen; an jenem Tage hielten

Digitized by Google

sie zwei Schleppschiffe und ein Personenschiff in Bingerbrück an und nötigten diese, vor Anker liegen zu bleiben. Nur die niederländischen Dampfschiffe fanden als neutrale Schiffe Gnade und durften ungehindert verkehren. In Mainz fing man bereits an, über Mangel an Kohlen zu klagen, als am 7. Juli ein Schleppschiff „Franz Haniel", von Ruhrort kommend, hier einige Schiffe mit Kohlen absetzte und dann mit den übrigen Kohlenschiffen nach Mannheim weiter fuhr. Auch am folgenden Tage war hier ein lebhafter Schiffsverkehr. Dann trat, infolge der Verkündigung des Belagerungszustandes, wieder völlige Stille auf dem Rheine ein bis zum 31. Juli. „Es war nämlich", wie eine Zeitung berichtet, „die freie und ungehinderte Schiffahrt auf dem Rheine, welche bisher infolge des Belagerungszustandes untersagt war, für den Lauf des Tages gestattet worden und die Schiffer des Niederrheines und der Ruhr, welche bisher hier in dem Hafen oder bei der Gustavsburg und den sonstigen Stellen notgezwungen vor Anker lagen, beeilen sich, mit ihren Fahrzeugen beladen oder unbeladen den Rheinbrückendurchlaß zu passieren, um sich nach ihrer Heimat zu begeben und dort die Wiederkehr besserer Zeiten abzuwarten. Auch die Dampfschlepper und sonstige niederrheinische Boote, welche in Ludwigshafen oder Mannheim lagen, werden die dargebotene Gelegenheit zur ungehinderten Abfahrt benutzen, und sind schon gestern Abend die betreffenden Steuerleute von hier nach Mannheim gereist, um diese Schiffe rheinabwärts hierher zu steuern. Das belebte Treiben auf dem Rhein bot im Gegensatze zu der bisherigen Stille auf demselben ein angenehmes Bild für Jeden, der es zu sehen Gelegenheit hatte." Auch am folgenden Tage war es lebendig auf dem Rhein. Da wurde mit einemmale am 2. August die freie Schiffahrt auf dem Rhein in dem Festungsrayon Mainz untersagt, ein Verbot, das am folgenden Tage wieder aufgehoben wurde. Die am 2. August verhängte Sperre hing offenbar mit der Tatsache zusammen, daß man an diesem Tage eine Beschießung der Stadt befürchtete, weßhalb auch in Kastel jedermann bis um 5 Uhr nachmittags die Äcker geräumt haben mußte und die Tore um 6 Uhr geschlossen wurden. Die Besorgnis war wieder einmal völlig unbegründet gewesen.

Digitized by Google

Obwohl vom 3. August an infolge des zwischen dem General von Manteuffel und dem Prinzen Karl von Bayern abgeschlossenen Waffenstillstands, worin auch die Festung Mainz mitinbegriffen war, die Sicherheit der Festung keinem Bedenken mehr unterlag, sah sich Gouverneur Rechberg nicht veranlaßt, den von ihm am 20. Juli über Mainz und die Umgegend verhängten Belagerungszustand wieder aufzuheben, sondern verschob diese Anordnung bis zum 23. August, kurz vor seinem Weggange von Mainz. Inzwischen fing es an, in Mainz leer zu werden von Soldaten. Nachdem am 28. Juli die Weimaraner Mainz verlassen hatten, zogen am 4. August die badischen Artilleristen, in der Zeit vom 6.—7. August die württembergischen Truppen und am 9. August die hessische Feldartillerie von hier aus. In der Zeit vom 8.—9. August schaffte man die aus Besorgnis vor dem Feinde zu Anfang Juli nach Mainz gebrachten fliegenden Brücken von Oppenheim und Gernsheim und die Wormser Brücke wieder an den Ort ihrer Bestimmung zurück. Dagegen blieben die Mauern an den nach dem Rhein führenden Toren bis zum 24. August bestehen. An diesem Tage verschwanden auch die an der Inundationsschanze errichteten Palissaden, wodurch auch das dabei befindliche Eisenbahngeleise frei wurde.

Die Bayern verließen die Festung bei dem Einzuge der Preußen, 26. August; der Gouverneur, der am 4. August seines, der Bundesversammlung geleisteten Eides entbunden worden, kehrte am selben Tage in die Heimat zurück mit dem glücklichen Gefühl, eine ihm oft lästig gewordene Aufgabe hinter sich zu haben. Bei dem besten Willen hätte er mit der buntscheckigen Besatzung, einem treuen Ebenbilde der Bundesarmee, nicht viel ausrichten können. Es bedurfte aber nach Abschluß der Militärkonventionen nur kurzer Zeit, um unter preußischer Anleitung aus den untereinander so grundverschiedenen und darum weniger verwendbaren Truppen der Mittel- und Kleinstaaten ein Ganzes zu schaffen, das, gut ausgebildet und gut geführt, den höchsten Anforderungen gerecht wurde.

Nach dem Abzuge der Bayern waren nur noch die Kurhessen und Nassauer zurückgeblieben, um preußischen Regimentern einverleibt zu werden.

Digitized by Google

# Der Wiedereinzug der Preußen in Mainz.

Ohne die schlimmsten Seiten des Krieges miterlebt zu haben, hatten die Mainzer doch wochenlang die Unannehmlichkeiten eines Kriegszustandes ertragen und fühlten sich erleichtert, als die Nachricht einer vereinbarten Waffenruhe die freudige Aussicht auf Wiederherstellung von geordneten Zuständen eröffnete. Nachdem auf dem östlichen Schlachtfelde der Krieg seinen Abschluß gefunden, hatte Preußen keinen Anlaß, im Westen, wo die Bundesarmee ohnehin keinen Widerstand mehr entgegensetzen konnte, den Kampf fortzusetzen. Vor Wien hatten die Preußen Halt gemacht, am 22. Juli Waffenruhe eintreten lassen und während der Waffenruhe mit Österreich einen Präliminarvertrag (zu Nikolsburg am 26. Juli) abgeschlossen, der die wesentlichen Bedingungen eines Friedensschlusses enthielt. Darnach erkannte Österreich die Auflösung des bisherigen deutschen Bundes an und gab seine Zustimmung zur Neugestaltung Deutschlands ohne Beteiligung Österreichs und zur Gründung eines Bundes der Länder nördlich der Mainlinie durch Preußen. Den südlich dieses Flusses gelegenen deutschen Staaten blieb es anheimgestellt, in einen Verein zusammenzutreten, dessen nationale Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde näherer Vereinbarung zwischen den beiden vorbehalten wurde. Ferner übertrug Österreich (Art. III) seine im Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 erworbenen Rechte auf die Elbherzogtümer auf Preußen. Nach Art. IX des Vertrags sollte ein auch für Sachsen gültiger Waffenstillstand mit Wirkung vom 2. August vereinbart werden. Auch für Bayern ward ein Waffenstillstand in Aussicht genommen und weiter General von Manteuffel angewiesen, „mit Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt einen am 2. August beginnenden Waffenstillstand auf der Grundlage des militärischen Besitzstandes abzuschließen, sobald die genannten Staaten es beantragen.“ Die Anträge der vier genannten Staaten, deren Truppen der Ruhe im höchsten Maße bedürftig waren, ließen nicht auf sich warten. Für die Hessen-Darmstädter Division unterhandelte mit General von Manteuffel der Flügeladjutant Major von Lyncker und erzielte (in Eisingen bei Würzburg am 1. August) einen auf die Zeit vom 2.—22. August



Digitized by Google

sich erstreckenden Waffenstillstand unter gleichzeitiger Regelung der Art und Weise des Rückzugs der hessischen Division in ihre Heimat. Dabei übernahm die hessische Regierung die Verpflichtung, bis längstens den 8. August ihre noch in Mainz stehenden Truppen aus der Festung zurückzuziehen und zu sorgen, daß den Truppen der norddeutschen Staaten, soweit solche noch in Mainz sich befänden, die Rückkehr in die Heimat mit ihren Waffen und mit voller Ausrüstung gestattet würde. Endlich verpflichtete sich die hessische Regierung, „diejenigen Untertanen des Königsreichs Preußen und der mit ihm verbündeten Staaten, welche nach dem Abzuge der königlich preußischen Truppen aus der Festung Mainz ausgewiesen und dadurch in ihrem Eigentum geschädigt wurden, hierfür zu entsprechendem Teile Entschädigung zu leisten." Ähnliche Bestimmungen enthielten der mit Württemberg und Bayern am 2. August und mit Baden am 3. August abgeschlossene Waffenstillstand.

Ein Offizier vom 4. Garde-Infanterie-Regiment brachte am Nachmittag des 2. August die Kunde von dem abgeschlossenen Waffenstillstande nach Mainz. In Vollzug der Vereinbarungen des Waffenstillstands zogen dann in den nächsten Tagen die Württemberger Truppen und die badische und hessische Artillerie aus Mainz.

Nach den Militärpersonen begaben sich die Staatsmänner auf den Weg, um mit Preußen wegen des Friedens zu unterhandeln. „Jetzt kommen die Büßenden alle", schrieb Kriegsminister Roon an seine Frau, als ein Minister nach dem anderen aus dem Süden Deutschlands nach der Stelle eilte, von wo aus nunmehr die Geschicke des Vaterlandes geleitet wurden. Wahrlich nicht in der stolzen Haltung, wie sie ihnen vor dem Kriege eigen gewesen, erschienen die süddeutschen Staatenlenker vor dem großen preußischen Staatsmanne, auf den sie ehedem in hochfahrender Verblendung herabgesehen hatten, darin nicht weiter blickend als die große Menge, die auch kein Verständnis gehabt für Bismarcks wirkliche Ziele. Mit wahrer Büßermiene erschienen sie, voll banger Sorge um die Zukunft und um die Opfer, die man heischen würde, besonders nachdem man erfahren hatte, daß einige Bundesglieder für immer aus der Reihe selbständiger Staaten ausgeschieden waren, daß Hannover, Kurhessen,

Digitized by Google

Nassau und die freie Stadt Frankfurt gleich den Elbherzogtümern dem preußischen Staate würden einverleibt werden. Glücklich, wer unter solchen Umständen mit einem mehr oder weniger großen Opfer an Land und Geld den Frieden erkaufen durfte. In der Sorge, Verlust an Land erleiden zu müssen, beschleunigte der württembergische Minister von Varnbühler, der aus einem ehrlichen Gegner ein ehrlicher Bundesgenosse werden sollte, den Friedensschluß (13. August), der dem Staate ein Opfer von 8 Millionen Gulden kostete, während Baden, das nur widerwillig in den Krieg gegen Preußen gegangen, eine Kriegsentschädigung von 6 Millionen Gulden auferlegt wurde (17. August). Bayerns Vertreter, Minister von der Pfordten, dessen Zuverlässigkeit im Jahre 1866 stark bezweifelt werden durfte, hatte große Anstrengungen zu machen, um erheblichere Gebietsverluste abzuwenden. Nach dem Vertrage vom 22. August mußte Bayern eine Kriegsentschädigung von 30 Millionen Gulden leisten und ein kleines Stück Land an Preußen abtreten. Mit Bayern und Hessen nahmen die Verhandlungen keinen so raschen Verlauf. Für Hessen handelte es sich namentlich um die Abwehr größerer Opfer an Land, wofür Entschädigung mit bayerischem Gebiete in Aussicht genommen war. Es war nicht die Schuld des Ministers von Dalwigk, wenn angesichts dieser Schwierigkeiten der Friedensschluß mit Hessen nicht gleichzeitig mit den vorerwähnten Verträgen zustande kam.

Noch vor dem Abschlusse des Friedens mit Hessen war die künftige Bestimmung der Festung Mainz geregelt. Um jene Zeit spielte die Mainzer Frage eine große Rolle.

Seit Napoleon III. begonnen hatte, durch auswärtige Unternehmungen die Aufmerksamkeit der Franzosen von den inneren Angelegenheiten Frankreichs abzulenken, rechnete man in Deutschland mit einem Anschlage des Kaisers auf das linke Rheinufer und namentlich auf Mainz. Darauf machte schon eine im Jahre 1860 in Mainz erschienene Schrift: „Mainz, das Bollwerk Deutschlands und die französische Invasion“ mit allem Nachdruck aufmerksam. In dieser Schrift sind zwei militärische Gutachten abgedruckt, die beide dringend die Verstärkung der Mainzer Festung verlangten, namentlich unter Hinweis auf „die stete Provokation von Chalons



Digitized by Google

aus". Zum wirksameren Schutze von Mainz gegen französische Anschläge nahm eine im Jahre 1864 veröffentlichte Schrift die Festung Mainz für Preußen in Anspruch, da dieser Platz der Schlußstein sei im preußischen Festungssystem am Rhein, der Schlüssel zu Mittel- und Norddeutschland bis zur Elbe hin. Damals schon war, nach dem Zeugnisse dieser Schrift, in preußischen Kreisen die Oberherrschaft des durch „Annexionen" verstärkten Preußenlandes in Norddeutschland, die Verdrängung Österreichs aus Deutschland und der Erwerb der Festung Mainz durch Preußen ins Auge gefaßt.

Die Wünsche, mit deren Abwehr die beiden genannten Schriften sich beschäftigten, tauchten während des Jahres 1866 und namentlich nach Beendigung des Krieges wieder auf. Vor Eröffnung des Feldzuges hatte der französische Gesandte in Berlin, Benedetti, die Andeutung fallen lassen, daß Frankreich für den Fall einer Gebietsvergrößerung des preußischen Staates auf einen Ausgleich, insbesondere auf den Erwerb des linken Rheinufers, Anspruch erheben werde, eine Andeutung, die Graf Bismarck zwar anhörte, aber in ausweichender Weise klug behandelte. Kaum waren die Siegesnachrichten vom Kriegsschauplatze in Paris eingelaufen, als Napoleon auf das frühere Verlangen zurückkam. Nach den Beschlüssen eines Ministerrates wies der französische Ministerpräsident Drouyn de l'Huys den Gesandten Benedetti an, im preußischen Hauptquartier die französische Friedensvermittlung und im Falle deren Ablehnung die Besetzung des linken Rheinufers anzukündigen. Mit dieser Drohung war aber im preußischen Hauptquartier nichts auszurichten, da man dort ganz genau wußte, daß Frankreich nicht in dem Maße gerüstet war, um seinem Verlangen Nachdruck zu geben. Immerhin beschleunigte Graf Bismarck den Gang der Friedensverhandlungen, damit Frankreich sich nicht weiter einmischen könnte. Wie Benedetti behandelt wurde, als er mit seinen Grenzberichtigungen herausrückte und nicht bloß das linke Rheinufer, sondern auch Luxemburg und Limburg für Frankreich in Anspruch nahm, das hat Graf Bismarck einmal in einer Rede vom 2. Mai 1871 vor aller Welt enthüllt, wobei er die Verdächtigung zurückwies, er habe den Franzosen als Lohn für ihre Haltung während des Krieges deutsches Land an-

Digitized by Google

geboten. „Es ist bekannt", so sagte er damals, „daß ich noch am 6. August in dem Falle gewesen bin, den französischen Botschafter bei mir eintreten zu sehen, um mir mit kurzen Worten das Ultimatum zu stellen, Mainz an Frankreich abzutreten, oder die sofortige Kriegserklärung zu gewärtigen. Ich bin natürlich nicht zweifelhaft gewesen über die Antwort. Ich antwortete: Gut dann ist Krieg! Er reiste mit dieser Antwort nach Paris. In Paris besann man sich einige Tage nachher anders und man gab mir zu verstehen, diese Instruktion (Benedettis) sei dem Kaiser Napoleon während einer Krankheit entrissen worden." Wie mag der Botschafter aber aufgehorcht haben, als ihm, nach einem anderen Berichte, die Warnung vor einem Verluste des Elsasses und der Hinweis auf die der Herrschaft des Kaisers drohenden Gefahren zu Gehör gebracht wurden. Was der König und was Graf Bismarck den Franzosen hören ließen: „Keinen Zoll breit deutschen Landes, lieber den Krieg", das konnte Napoleons Botschafter als Losung des Volkes überall vernehmen.

Noch bevor Benedetti in Berlin das Gespräch auf Mainz gelenkt, hatte Preußen bereits die Hand auf die Festung Mainz gelegt, wie dies aus den Waffenstillstandsverhandlungen hervorgeht. Selbstverständlich kam das Verhältnis Preußens zur Festung Mainz auch bei den Friedensverhandlungen zur Sprache. In einem Zusatze zu dem bayerischen Friedensvertrag vom 22. August heißt es unter (Nr. 9): „Die königlich bayerische Regierung wird dem Gouverneur der Festung Mainz, Graf von Rechberg, den Befehl zugehen lassen, am 26. d. M. die Festung dem von Sr. Majestät dem König von Preußen zu ernennenden Gouverneur zu übergeben, seinerseits aber an demselben Tag mit den königl. bayerischen Truppen die Festung zu verlassen." Diese Vertragsbestimmung wurzelte in der Auffassung Preußens, wonach das beiden Vormächten einst gemeinschaftlich eingeräumte Recht, Mainz zu besetzen, nach dem Ausscheiden Österreichs aus dem Bunde, ausschließlich dem preußischen Staat verblieben wäre. Darnach hatte Preußen auch nur mit Österreich sich auseinanderzusetzen über die Teilung der zwischen beiden Mächten früher an der Ausstattung der Mainzer Festung bestandenen Gemeinschaft, wie dies auch in einem Zusatz zu dem mit

Digitized by Google

Österreich in Prag am 23. August abgeschlossenen Frieden zum Ausdruck gebracht worden ist. Es war darum auch eine müßige Betrachtung, wenn in Blättern das Besatzungsrecht in Mainz bald für Bayern, bald für Hessen in Anspruch genommen wurde. Mit Hessen war, nach Preußens Auffassung von der Sache, nur ein Punkt zu regeln, das Verhältnis Preußens zur Territorial-Regierung. Das erscheint geregelt in einem Zusatz zu dem zwischen Preußen und Hessen am 3. September abgeschlossenen Friedensvertrage in Nr. 8, wo es heißt: „In Beziehung auf das Preußen zustehende und ihm ausschließlich verbleibende Besatzungsrecht in Mainz werden die bisher zwischen dem Bunde und der Territorial-Regierung maßgebend gewesenen Bestimmungen auf das Verhältnis zwischen Preußen und der Territorial-Regierung Anwendung finden."

Indem Preußen sein Recht auf Mainz nicht etwa aus seinen kriegerischen Erfolgen, sondern aus einer älteren, völkerrechtlich anerkannten Übertragung ableitete, schnitt es im voraus alle Fragen ab, die namentlich daraus hätten abgeleitet werden können, daß Preußens Macht an der Nordseite des Maines endigte. Kraft dieses seines Rechtes verlangte es den Auszug der bayerischen und anderen Truppen aus Mainz und kraft dieses Rechtes ernannte es sofort einen Gouverneur für die Festung. Aus naheliegenden Gründen bestellte Preußen nicht mehr einen königlichen Prinzen zum Gouverneur, dessen Geschäfte zur Zeit des Bundestages ein Vizegouverneur zu besorgen gehabt hatte. Zur großen Befriedigung der Mainzer ernannte der König den in Coblenz weilenden Prinzen Holstein zum Gouverneur von Mainz, während im September General von Röder zum Kommandanten bestellt wurde.

Auf die Kunde der Ernennung des Gouverneurs begab sich eine Abordnung des Mainzer Gemeinderats am 25. August nach Coblenz, um den Prinzen zu begrüßen und mit ihm wegen des Einzugs der Truppen am 26. August zu verhandeln. Da bei dieser Gelegenheit der Gouverneur zu erkennen gab, daß bis zum Abschluß des Friedens und namentlich bis zur völligen Wiedereinrichtung der Kasernen die einziehenden Truppen bei den Bürgern würden einquartiert werden,

Digitized by Google

so suchte die Abordnung auch hierüber mit dem Gouverneur sich zu verständigen.

Inzwischen rüsteten sich die Bayern zur Abfahrt aus Mainz und mit ihnen die noch in Mainz befindlichen Österreicher, zu denen man am 24. August die in Aschaffenburg noch liegenden Verwundeten — etwa 30—40 Mann — herbeigeschafft hatte, die bis zum Abzug in der Alexanderkaserne Unterkunft fanden. Am 25. August feierten die Bayern das Geburtsfest ihres Königs und veranstalteten einen feierlichen Gottesdienst in der St. Peterskirche. Nachdem dann an dem zum Abzug bestimmten 26. August (Sonntag) eine Abteilung Bayern des Morgens um 4 Uhr nach Aschaffenburg und Graf Rechberg um 10 Uhr abgefahren war, rückten die übrigen Bayern und die Österreicher nach dem Bahnhofe (damals noch an dem Bockstore), von wo aus sie um 12 Uhr über Aschaffenburg weiter befördert werden sollten. Obwohl nach den getroffenen Anordnungen die einziehenden Preußen keine anderen Truppen mehr in Mainz zu finden hatten, so bekamen sich doch durch einen reinen Zufall Preußen und Bayern zu sehen. Es mußte nämlich der mit Bayern und Österreichern besetzte, überlange Eisenbahnzug, um die starke Steigung auf der Strecke vom Bahnhofe nach der Eisenbahnbrücke an der Anlage zu gewinnen, weit in die Rheinstraße zurückstoßen und zwar bis an die alte Schiffbrücke, auf der die einziehenden Preußen sich bewegten. Dieses unerwartete Zusammentreffen benutzten nun einige bayerische Soldaten, um ihrer, in der Erinnerung an den letzten Feldzug wurzelnden Abneigung vor den Preußen Luft zu machen, indem sie, an die Fenster der Wagen tretend, ihre Säbel zogen und in der Luft herumschwenkten, was die Preußen ruhig mitansahen.

Von dem ehemaligen kurhessischen General von Loßberg und von einer Vertretung des Gemeinderats am Brückenkopfe in Mainz empfangen, zogen die Preußen unter den Klängen der Musik („Ich bin ein Preuße") zwischen 12 und 1 Uhr über die Rheinbrücke in die Stadt ein, geführt von dem, den Mainzern liebgewordenen und darum auch in würdiger Weise begrüßten Prinzen Holstein. Sie nahmen ihren Weg durch die Rheinstraße und Ludwigstraße nach dem Schillerplatze. Zur altgewohnten Stunde zog unter Musikbegleitung eine Abteilung

Digitized by Google

Soldaten, gerade so als hätte die Übung keine Unterbrechung erfahren, nach der Hauptwache, wo die kurhessische Mannschaft abgelöst wurde.

Den Eindruck des denkwürdigen Ereignisses beeinträchtigten einige störende Vorfälle. Eine ganz besondere Vorliebe für Preußen an den Tag legend, vielleicht auch einige Nebenabsichten verfolgend, schloß sich ein bis vor kurzem noch in Mainz tätiger, dann nach Wiesbaden übergesiedelter Arzt, zu Pferde in auffallender, geckenhafter Tracht, dem Gefolge des einziehenden Gouverneurs an; es war dies der wegen seines marktschreierischen Wesens stadtbekannte Dr. med. Felix Confeld, ehemals Besitzer eines trotz aller Anpreisungen wenig aufgesuchten Dampfbades. Wollte der berittene Krankenfreund Aufsehen erregen, so erreichte er dies in einer allerdings nicht gewünschten Weise, wie ihm der Hohn der Zuschauer vor Augen führte. Eine andere stadtbekannte Persönlichkeit, der auf der Ludwigstraße damals wohnende polnische Graf Pawlowski, bewarf in auffälliger Weise die einziehenden Soldaten mit Blumen und Kränzen, wofür böse Buben ihm nachts die Fenster einwarfen.

Leider sollte der Tag nicht ohne schwere Störungen der Ordnung und nicht ohne wörtliche und tätliche Kränkungen der einziehenden Soldaten verlaufen. Bei dem Zusammentreffen mit preußischen Soldaten ließen kurhessische und nassauische Soldaten den Empfindungen über den Verlauf des Mainfeldzuges und der Entthronung ihrer Landesfürsten und obersten Kriegsherrn freien Lauf und gingen zu Beschimpfungen und Schlägereien in den Brauereien „zum Schlender" (auf der Augustinerstraße) und zum „roten Kopf", sowie in dem „hl. Geist" über. Auch zwischen den Bürgern und Soldaten kam es damals zu Reibereien. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sah sich die Militärbehörde veranlaßt, die Nassauer nach Wiesbaden, die Kurhessen nach Kassel und Fulda verlegen zu lassen. Die Bürgerschaft wurde am 27. August durch einen, von dem Beigeordneten Racke unterzeichneten Aufruf folgenden Inhalts verwarnt:

„Es ist von zuverlässiger Seite die Anzeige gemacht worden, daß gestern während und nach dem Einzuge der königl. preußischen Truppen beleidigende Kundgebungen gegen Soldaten, ja selbst gegen Offiziere stattgefunden haben.

Digitized by Google

Das Festungsgouvernement hat sich daher veranlaßt gesehen, die Gr. Bürgermeisterei in Kenntnis zu setzen, daß, wenn nicht sofort eine Änderung darin geschaffen wird, der Belagerungszustand wieder verhängt und die Polizei von der Militärbehörde selbst in die Hand genommen würde.

Wir können nicht umhin, gegen jene gehässigen Auslassungen unsere ganze Mißbilligung auszusprechen, da sie sowohl mit den Gesinnungen der Bürgerschaft in Widerspruch stehen, als auch zu bedauerlichen Konflikten sowie zur Erneuerung des Belagerungszustandes führen könnten.

Es werden sofort die umfassendsten polizeilichen Vorkehrungen getroffen, um die Wiederholung solcher Vorfälle zu verhüten und die Ruhestörer festzunehmen.

Wir empfehlen aber außerdem der Bürgerschaft, nach Kräften zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Vermeidung größerer Gefahren beizutragen, nötigenfalls Jedem entgegenzutreten, der sich einen Exzeß zuschulden kommen läßt."

Der wiederholte Hinweis auf eine drohende Verhängung des Belagerungszustandes erinnerte die Mainzer daran, daß man mit den einziehenden Preußen noch auf dem Kriegsfuße sich befand. Zwar waren die Truppen nicht als siegreiche Eroberer der Festung, sondern infolge einer Verständigung mit der bisherigen Besatzung und auf Grund eines älteren Rechtsanspruches in Mainz eingezogen, aber die wiederbesetzte Festung bildete einen Teil des Großherzogtums Hessen, das mit Preußen noch über den Frieden verhandelte, folglich noch im Kriege mit seinem ehemaligen Bundesgenossen sich befand. Obwohl nun das Verhältnis Preußens zur Stadt Mainz geregelt war, so mußte die Stadt Mainz, so lange der Friede nicht geschlossen war, für die Verpflegung der Besatzung, der Offiziere und der Mannschaften, aufkommen. Nahmen die Offiziere eigene Wohnungen, oder fanden sie Unterkunft in Gasthöfen, kamen die Soldaten in Kasernen und erhielten sie dort ihre Verpflegung, so mußte die Stadt für die durch sie nicht geleistete Verpflegung Vergütung zahlen. Auch die Reinigung der Kasernen vollzog sich auf Kosten der Stadt. Im ganzen zahlte die Stadt an Verpflegungs-

Digitized by Google

kosten 30 603 Gulden 16 Kreuzer und an Reinigungskosten 417 Gulden 39 Kreuzer.

Unter diesen Umständen wurden die Mainzer ungeduldig über die Verzögerung des Abschlusses der Friedensverhandlungen, wobei viele geneigt waren, hierfür die Regierung, insbesondere den Minister von Dalwigk, verantwortlich zu machen. Im Schoße des Gemeinderats überlegte man daher, wie man die Regierung zur Förderung des Friedenswerkes bestimmen könnte. Angesichts der auf den Bürgern drückenden Last der Einquartierung verfiel ein Mitglied des Gemeinderates auf den Gedanken, man möge das Großh. Palais mit Soldaten belegen. Am geeignetsten fand man es, eine Abordnung des Gemeinderates nach Darmstadt an das Ministerium zu senden. Die hierzu auserwählten Mitglieder des Gemeinderates (Fitting, Köster, Kupferberg, Nonweiler und Racke) gingen ungesäumt nach Darmstadt und trugen dem Stellvertreter des abwesenden Ministerpräsidenten, dem Geheimen Staatsrate von Bechtold, die Angelegenheiten der Stadt Mainz und die ihr erwachsenden Schädigungen eindringend vor. Sie erfuhren, daß nichts versäumt würde, um den Frieden, dessen auch die jenseitigen Provinzen, namentlich Oberhessen, in nicht geringerem Maße bedurften, zum Abschluß zu bringen. Nicht zufrieden mit dieser Auskunft suchten Racke, Fitting und Köster noch den Prinzen Ludwig von Hessen, den Neffen des Großherzogs, auf, der seit dem Ende des Krieges mit der Führung der hessischen Division und mit deren Rückleitung in die Heimat betraut war. In Oppenheim, wo der Prinz damals sein Hauptquartier hatte, trugen die Mainzer ihr Anliegen vor, wobei sie erfuhren, daß der Friedensabschluß schon am Tage zuvor erfolgt wäre. Damit und mit der sofortigen Mitteilung dieser frohen Botschaft an die Mainzer wäre der Auftrag der Abordnung erledigt gewesen. Da sie nun aber doch einmal bei dem künftigen Thronfolger zu Gehör gekommen, so benützten sie die Gelegenheit, diesem eine Reihe von Anliegen vorzutragen. Sie legten dem Prinzen dar, wie notwendig die Stadterweiterung wäre, die gänzliche Umgestaltung des Gartenfeldes und die Neuregelung des Verhältnisses der Stadt zu der Festungsbehörde, Dinge, über die der Prinz doch kaum hin-

Digitized by Google

reichend unterrichtet war. Sie hielten sich aber weiter für befugt, dem Prinzen als Wunsch der Bevölkerung von Mainz die Beseitigung des Ministeriums Dalwigk und die vollständige Änderung der Regierungsweise, auch die Aufhebung der mit dem Bischofe Ketteler geschlossenen „Konvention" vorzutragen. Angenommen, die Vertreter des Gemeinderates hätten sich über die Stimmung eines guten Teils der Mainzer in keinem Irrtum befunden, so wußten sie doch wohl, wie Großherzog Ludwig über seinen Minister dachte, und wußten, daß der so bescheiden auftretende Prinz keinen sonderlichen Einfluß auf die Entschließungen seines Oheims hatte, am wenigsten in politischen Angelegenheiten, worin die Ansichten der beiden Fürsten weit auseinandergingen. Bei Befürwortung der von den drei Mainzer Bürgern ihm vorgetragenen politischen Wünschen wäre der Prinz, der seinem nicht leicht zu behandelnden Oheim in aller Herzensgüte und Liebenswürdigkeit zu begegnen pflegte, mit diesem in ernstlichen Widerstreit geraten.

Der mit Unrecht der „hartnäckigen" Verzögerung des Friedenswerkes beschuldigte Minister von Dalwigk hatte in der Zwischenzeit ernstlich zu ringen gehabt, um von Hessen die schweren Opfer abzuwenden, die von dem siegreichen, von seinen Plänen und Entschließungen nicht leicht abzubringenden Gegner verlangt wurden. Zur Zeit der Verhandlungen befand sich Oberhessen noch in der Gewalt der Preußen, die seit dem 20. Juli dort eine besondere Verwaltung unter Leitung eines Zivilkommissärs, des Landrats von Briesen, eingesetzt hatten, und willens waren, zur Abrundung ihres neuerworbenen Gebietes (Hessen-Nassau) auch diese hessische Provinz für sich zu behalten. Da Preußen durch Besetzung der Festung Mainz in Rheinhessen bereits festen Fuß gefaßt hatte, so wäre Hessen eigentlich auf den Besitz der Provinz Starkenburg beschränkt gewesen, sobald es eine ihm angebotene Entschädigung mit bayerischem Gebiete (Aschaffenburg) ablehnte. War es hiernach für den in Berlin nicht besonders gut angeschriebenen hessischen Minister keine leichte Aufgabe, billigere Friedensbedingungen zu erzielen, so durfte er, im Falle des Gelingens, auf die Anerkennung derjenigen rechnen, die von einer Einverleibung Hessens oder auch nur einer Provinz in Preußen

Digitized by Google

nichts wissen wollten. In der Tat wurde die Einverleibung Oberhessens, abgesehen von den noch zu erwähnenden Gebietsabtretungen, abgewendet, dafür aber in Hessen ein Zustand geschaffen, der keinem anderen Staat Deutschlands beschieden war. Es trat nämlich Hessen mit seiner oberhessischen Provinz in den Norddeutschen Bund ein, wovon die übrigen Landesteile ausgeschlossen waren.

Dem Abschlusse des preußisch-hessischen Friedensvertrages sind höchst unerquickliche Erörterungen in der Öffentlichkeit auf dem Fuße gefolgt.

Nach der Meldung einer preußischen Zeitung soll Großherzog Ludwig einer Darmstädter Abordnung, die ihn wegen Förderung des Friedensschlusses in Nymphenburg aufsuchte, in der Erregung gesagt haben: „Von Abtretung (Oberhessens) ist keine Rede, ich rechne auf die roten Hosen.“ Obwohl die Abgeordneten G. Pfeiffer, Dr. von Wedekind und F. A. Wenck in einer öffentlichen Erklärung vom 23. August die Zeitungsmeldung als eine Unwahrheit mit allem Nachdruck zurückgewiesen haben, so hat man doch nicht aufgehört, das Märchen immer von neuem und so lange aufzuwärmen, bis es als unbestreitbare Tatsache in einzelne Geschichtswerke übergegangen ist. Sodann aber wurde der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie die Vermittlung des Kaisers von Frankreich zur Herbeiführung besserer Friedensbedingungen angerufen habe. Ist nun die Tatsache unbestreitbar, daß die süddeutschen Staaten, mit Ausnahme Badens, das einer Fürsprache nicht bedurfte, zur Erlangung des Friedens die Vermittlung Frankreichs in Anspruch nahmen, so ist es doch unrichtig, wenn man vielfach dem höchst unerquicklichen Schritte die Deutung gegeben hat, die süddeutschen Regierungen hätten Frankreich um eine „militärische Intervention“ ersucht. In ihrer Not haben die Regierungen, was sie besser unterlassen hätten, Frankreich gebeten, für sie ein gutes Wort einzulegen, zumal Frankreich damals wegen der Abtretung von Venedig an den Friedensverhandlungen teilnehmen wollte. Die Franzosen hat Preußen bei den Friedensverhandlungen nicht zu Wort kommen lassen, dagegen dürfte es Rücksicht genommen haben auf die Stimmung des russischen Hofes, wenn es schließlich Württemberg und Hessen, deren Oberhäupter mit dem

Digitized by Google

russischen Hofe nahe verwandt waren, milder behandelte, als anfangs beabsichtigt war.

Preußische Blätter und preußische Geschichtsschreiber haben den unpassenden Schritt der süddeutschen Mächte in übertriebener Weise gebrandmarkt, vielfach in der Absicht, den üblen Eindruck zu verwischen, den vor dem Krieg die Verhandlungen der eigenen Regierung mit fremden Mächten und während des Krieges die oft allzu schroffe Anwendung des Kriegsrechts auf Bruderstämme im Süden Deutschlands hervorgerufen hatten. Zur Förderung besserer Beziehungen zwischen dem Norden und Süden Deutschlands hätte man überhaupt nach dem Kriege die Vorwürfe gegen den Süden, die nicht unerwidert blieben, entweder unterlassen oder in anderem Maße oder in anderer Form vorbringen sollen.

In dem am 3. September 1866 abgeschlossenen Frieden erkannte Hessen den Nikolsburger Präliminarvertrag vom 26. Juli 1866 an, trat mit seinen nördlich des Mains gelegenen Gebietsteilen dem Norddeutschen Bunde auf Grundlage der Reformvorschläge vom 10. Juni bei, stellte den für den Norddeutschen Bund bestimmten Truppenteil unter den Oberbefehl des Königs von Preußen und trat in einem geheimen Vertrage dem Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen bei, indem es sich verpflichtete, im Falle eines Krieges alle hessischen Truppen unter preußischen Oberbefehl zu stellen. In preußische Hände ging die Postverwaltung Hessens und die Telegraphenstation in Mainz über. Abgesehen von der Leistung einer Kriegsentschädigung von 3 Millionen Gulden mußte Hessen an Preußen überlassen: die Landgrafschaft Hessen-Homburg (einschl. des Oberamtsbezirks Meisenheim), den Kreis Biedenkopf, den Kreis Vöhl, einen Teil des Kreises Gießen, den Ortsbezirks Rödelheim und den hessischen Teil des Ortsbezirks Ober-Ursel, wofür es „behufs Herstellung territorialer Einheit in Oberhessen" einzelne ehemals kurhessische und nassauische Gebietsteile erhielt.

Mit welchen Empfindungen Großherzog Ludwig III. den Friedensvertrag unterzeichnet haben mag, das läßt sich noch herausfühlen aus dem wehmütigen Ton einer an sein Volk gerichteten Ansprache vom 17. September 1866. So gern wie irgend einer seiner Vorfahren hätte Ludwig III. sich gefreut, mit dem Beinamen „Mehrer

Digitized by Google

des Landes" gefeiert zu werden. Einmal hatte nach dieser Richtung ihm das Glück gelächelt, als nach dem am 14. März 1866 eingetretenen Tode des letzten, kinderlosen Landgrafen Ferdinand Heinrich Friedrich von Hessen-Homburg infolge Erbvertrags dessen Land in einem Umfange von 7 Quadratmeilen mit etwa 30000 Seelen ihm zufiel. Die Freude hierüber war von kurzer Dauer, da der Friede das kaum ererbte Land wieder wegnahm. Viel schwerer aber schmerzte den Großherzog der Verlust eines Teils seiner angestammten Lande. Das konnte der auf die Wahrung des Seinigen so bedachte Fürst sein Leben lang nicht verwinden. Wenn er auch, als Mann von Wort, freilich nicht mit freudigem Herzen, den übernommenen Verpflichtungen nachgekommen ist, so hat er doch oft aus seiner Verstimmung kein Hehl gemacht.

Daran trug neben den Gebietsverlusten auch noch die sonderbare, durch den Frieden geschaffene Stellung des Großherzogtums schuld. Während die anderen süddeutschen Staaten von der Gemeinschaft mit dem Norddunde ausgenommen waren, trat Hessen mit der Provinz Oberhessen und später auch noch mit den rheinhessischen Gemeinden Kastel und Kostheim in den Bund ein. Das bedeutete die Einbuße eines Teils der bisher geübten Hoheitsrechte, eine Beeinträchtigung des Gesetzgebungsrechtes und, was den ausgesprochenen Freund des Militärwesens am meisten kränkte, eine Beeinträchtigung der Militärhoheit. In dieser Richtung erlebte der Großherzog noch den stärksten Verlust, als in Gemäßheit einer Militärkonvention vom 7. April 1867 seine Truppen in den Verband des preußischen Heeres eintraten.

Gleich seinem Fürsten bedauerte das Hessenland die Verluste und Opfer, die mit dem Abschluß des Friedensvertrages verknüpft waren. Immerhin fühlte man sich erleichtert, als man nach langer Zeit von Widerwärtigkeiten und Sorgen wieder zu geordneten Verhältnissen zurückkehren durfte. In diesem Sinne waren auch die Mainzer zufrieden bei dem Empfang der Nachricht von dem Abschluß des Friedens, der für sie das Ende einer unbequemen Last, der Einquartierung und der Verpflegung der Truppen, bedeutete. Es galt nur noch mitzuwirken an der Herstellung und Erhaltung guter Beziehungen zwischen Bürgerschaft und Militär, wobei man alles Vertrauen auf den der

Digitized by Google

Bürgerschaft so nahestehenden Gouverneur setzen durfte. Es mußten die Mainzer sich daran gewöhnen nur preußische Regimenter als Besatzung der Festung um sich zu sehen. Wenn irgend etwas geeignet war, den Geschmack an der Vielfältigkeit auf diesem Gebiete zu verleiden, so hatte das bunte Durcheinander in der Besatzung seit Mitte Juni 1866 die Mainzer von dem Vorzuge der Einheitlichkeit in der Leitung der militärischen Angelegenheiten hinreichend überzeugt. Anfangs bestand die Besatzung aus den Infanterie-Regimentern Nr. 20, 29 und 32, die aber bald abgelöst wurden durch das 2. Posensche Infanterie-Regiment Nr. 19 und das 2. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 81 (dem das 1. Kurhessische Regiment einverleibt worden war). Dazu kam das aus dem ehemaligen 1. Nassauischen Infanterie-Regiment umgebildete 87. Infanterie-Regiment. An Artillerie hatte die Festung das 3. Brandenburgische Feldartillerie-Regiment Generalfeldzeugmeister; die ehemalige nassauische und kurhessische Artillerie wurden Teile des 11. Preußischen Artillerie-Regiments, wovon der Stab und 3 Batterien für Mainz bestimmt wurden. An Kavallerie lagen hier zwei Schwadronen des 5. Rheinischen Dragoner-Regiments. Endlich kam hierher das 11. Hessische Pionier-Bataillon.

Zur Abwicklung der infolge der Auflösung der früheren Gemeinschaft mit Österreich zu erledigenden Angelegenheiten hielten sich noch einige österreichische Offiziere in Mainz auf. Am 16. November verließ der seit seiner Jugend mit Mainz verwachsene österr. Artillerie-Oberst Hoffmann von Donnersberg den Schauplatz langjähriger Tätigkeit und übernahm in Budweis die Stelle eines Kommandanten der Artillerie-Akademie. Der mit einer Mainzerin verheiratete Oberst Pirner (im Jahre 1866 noch zum Generalmajor befördert) war am 3. Oktober bereits abgereist. Auch der ehemalige Platzkommandant Graf Bergh von Trips verließ Mainz um jene Zeit.

Bedurfte es, nachdem der Dienst in der Festung in sein altes Geleise wieder gekommen, noch einiger Zeit bis Bürgerschaft und Besatzung sich ineinander eingelebt hatten, so hatten doch die Mainzer seit dem Wiedereinzuge der Preußen in Mainz die Empfindung, daß für die Sicherheit der Festung in bester Weise gesorgt wäre. Das fühlten sie namentlich bei Ausbruch des Krieges von 1870 als Mainz

Digitized by Google

noch Grenzfestung in erster Linie war und bei rechtzeitigem Aufbruch der Franzosen große Gefahren zu besorgen gehabt hätte. Wie dieser Krieg die deutschen Stämme geeinigt und in der Liebe zu dem einen Vaterlande bestärkt hat, so hat er auch hier heilsam gewirkt und dazu beigetragen, daß seitdem Bürgerschaft und Besatzung, der brüderlichen Bande eingedenk, in ihren Beziehungen zueinander es an Herzlichkeit und wechselseitiger Wertschätzung nicht haben fehlen lassen.

Digitized by Google

# Im Dienst der Nächstenliebe.

Noch bevor der Krieg ausgebrochen, traf man an vielen Orten bereits Vorbereitungen, um den schweren Schäden und Nöten, die er im Gefolge haben würde, soweit möglich abzuhelfen. Mitte Mai ließ es sich der Ausschuß des Darmstädter „Hülfsvereins für Krankenpflege und Unterstützung der Soldaten im Felde" angelegen sein, auch in Mainz und in der Umgegend Mitglieder zu werben. Gegen einen an den Großh. Regierungsrat Müller in Mainz zu entrichtenden Jahresbeitrag von 36 Kreuzern konnte man dem Vereine beitreten. Da man aber in Mainz bei dem bewährten Wohltätigkeitssinn der Bewohner auf große Gaben und reichliche Zuwendungen rechnen durfte, so wollte es hier nicht einleuchten, warum man die Sammlungen nicht selbst verwenden und an die rechten Stellen unmittelbar versenden sollte.

Zunächst galt es, einen Mittelpunkt zur Regelung der Tätigkeit auf dem Gebiete der Fürsorge für die durch den Krieg zunächst betroffenen Opfer zu schaffen. Es fand darum allgemeinen Anklang, als am 25. Juni Fabrikant Karl Franz Deninger, Advokat-Anwalt Dr. Dumont und Arzt Dr. Wenzel folgenden Aufruf ergehen ließen:

„Mitbürger! Nur wenige Tage noch und die schrecklichen Folgen des Bürgerkrieges werden Hülfe und Linderung all' des Elends, welches das Schlachtfeld mit sich führt, uns dringend ans Herz legen. Durch das ganze Großherzogtum, wie allenthalben in ganz Deutschland, müssen sich aus dem Volke heraus Vereine von Männern und Frauen zu werktätiger Pflichterfüllung bilden. Dies ungesäumt in unserer Stadt ins Leben zu rufen, laden wir unsere Mitbürger zu einer Versammlung auf heute Montag, den 25. Juni, Abends 7½ Uhr, in dem Lokale des Gewerbevereins in dem Karmelitenkloster ein."

In der Versammlung an jenem Tage entwickelte Dr. Dumont die Grundzüge der Tätigkeit des zu gründenden Vereines, der sich zunächst mit den notleidenden Kriegern zu befassen hätte. Der Antrag von Denis Oechsner, auch hülfsbedürftige Zivilpersonen zu berücksichtigen, ferner der Antrag von Dr. Wenzel, die Unter-



Digitized by Google

stützung auf alle durch die Kriegsnot Leidenden auszudehnen, und endlich der Unterantrag von Paul Stumpf: „der durch die gegenwärtige Krise täglich wachsenden Not der hiesigen arbeitenden Klasse die schuldige Abwehr zu verschaffen, soll des Vereins heilige Pflicht sein", wurden nach eingehenden Erörterungen, in deren Verlauf Stumpf seinen Antrag zurückzog, im Hinblick auf den eigentlichen Zweck des Vereines abgelehnt. Der Verein (Verein zur Unterstützung verwundeter Krieger") dessen Leitung zehn Mitgliedern übertragen wurde, bildete sich sofort. Dem Ausschuß wurde es anheimgestellt sich, namentlich auch durch ein Frauenkomitee, zu ergänzen. Die ersten Mitglieder des Vorstandes: Philipp Barthel, Karl Franz Deninger, Dr. Dumont, Dr. Helwig, Adolf Heß, Dr. Jung, Dr. Kupferberg, Clemens Lauteren, Denis Oechsner, Karl Racke, Dr. Karl Reinach, Friedrich Reinhardt, Georg Schmidt, Heinrich Seyer und Dr. Wenzel ließen sofort (26. Juli) einen Aufruf an die Bewohner von Rheinhessen ergehen und baten darin um Beiträge von Verbandzeug, Erfrischungsmittel und um Geldmittel zur Anschaffung und Sammlung solcher Gegenstände, die so rasch wie möglich dahin, wo erforderlich, gesendet werden sollten. Briefe und Anfragen waren an Herrn Dr. Jung, Geld- und Gabesendungen an das Handlungshaus Heß, Leisler und Fiedler zu richten.

Einem an die Frauen und Jungfrauen gerichteten Aufruf der ärztlichen Mitglieder des Vereins (Dr. Helwig, Dr. Kupferberg und Dr. Wenzel) um Beihülfe bei Beschaffung und Herstellung von Verbandsgegenständen, Kleidungsstücken zum Hospitalverbrauch und von Erfrischungsgegenständen folgte eine Einladung der Frau Bürgermeister Schott auf dem Fuße, indem diese die Mainzer Frauen zu einer Besprechung über gemeinsames Wirken einlud. Das sofort gebildete „provisorische Damenkomitee" nahm, nach einer alsbald erlassenen Ankündigung, im Hause des Bürgermeisters Schott die von den Ärzten gewünschten Gegenstände, namentlich alte Leinwand, entgegen. „Einige Damen", so hieß es in der Ankündigung, „werden daselbst alle vom ärztlichen Komitee verlangten Verbandgegenstände vorbereiten, welche dann von anderen Damen entweder

Digitized by Google

im Lokale selbst oder in ihrem Hause gefertigt werden können." Eine ähnliche Tätigkeit entfalteten auch die Damen des „Vereins der h. Elisabeth", die in der Wohnung der Frau Baron von Jungenfeld (Leichhof 22) Gaben entgegennahmen und Verbandsgegenstände anfertigten.

Die Pflege verwundeter Soldaten faßte der Vorstand der Mainzer Turner ins Auge (Aufruf vom 29. Juni), der Männer und Jünglinge aufforderte, sich bereit zu stellen, um den verwundeten Kriegern rechtzeitig Hülfe und Pflege zukommen zu lassen. „Alle, welche bereit sind," so schloß die Aufforderung des Vorstandes, „Verwundeten Hülfe zu bringen, Sterbenden den Trost zu gewähren, daß fühlende Herzen in ihrer Nähe bereit sind, ihren letzten Gruß in die Heimat zu senden, alle diese sind gebeten, sich in die bei unseren Vorstandsmitgliedern W. Bömper, große Bleiche 32, H. Prickarts, Emmeransgasse 18, Georg Schmidt, Bauhofstraße 2 offenliegenden Listen einzuzeichnen, damit ihnen die nötigen Instruktionen gegeben werden können und uns die Ereignisse gerüstet finden."

Nachdem einmal der Betätigung der Nächstenliebe die Bahn vorgezeichnet worden, wetteiferten alle Kreise und Stände in der Zuwendung von Gaben und Beiträgen. Nicht nur die Einzelnen wollten ihr Scherflein geben, auch die Vereine ließen es an Anstrengungen nicht fehlen. Es ist schon der Sammlung gedacht worden, die aus Anlaß der 50jährigen Gedächtnisfeier der Verbindung der Stadt mit dem Großherzogtum zum Besten der Opfer des Krieges veranstaltet wurde. Auch die immer hülfsbereite Liedertafel mit dem Damengesangverein gedachte der Notleidenden und veranstaltete am Sonntag, den 8. Juli, vormittags 10½ Uhr, ein großes Konzert zur Unterstützung der Opfer des Krieges, wobei die Vereinsmitglieder: Fräulein Betty und Maria Bittong, Fräulein Gastell, Fräulein Josefine Schöppler, Professor Dr. Paul Reis, Kaufmann Nathan Reis und der Tenorist August Ruff einzelne Lieder zum Vortrag brachten. Nach Schluß der ersten Abteilung der Aufführung richtete der Vorsitzende der Liedertafel eine Ansprache an die Anwesenden mit folgenden Worten: „Sie alle kennen den Zweck, der uns heute hier versammelt. Man mag sonst denken, was



Digitized by Google

man will, im Wohltätigkeitssinne sind wir alle einig, ja darin suchen wir uns sogar zu überbieten. Mehrere Damen unseres liebenswürdigen Damengesangvereins haben die Mission übernommen, Sammlungen für die Opfer des Krieges zu halten, und indem ich dieselben Ihrer wohlwollenden Teilnahme empfehle, füge ich zum Schlusse den Wunsch hinzu, in welchen sie gewiß alle mit einstimmen werden, daß unser teures Vaterland bald ein erfreulicher Friede beglücken möge."

Hierauf begannen einige Damen von den Anwesenden Gaben einzusammeln, wobei ein nicht unerheblicher Betrag gespendet wurde.

Reichlich mit Verbandzeug und Erfrischungsmitteln versehen, beeilte sich der Hülfsausschuß auf die erste Kunde von den Vorfällen am Maine nach den Hauptquartieren und in die Spitäler, Mitglieder zur Verabfolgung der gesammelten Gegenstände zu schicken. Aber auch die ärztlichen Mitglieder des Ausschusses säumten nicht, in den Dienst der Verwundeten sich zu stellen. So gingen gleich anfangs die Ärzte Dr. Hochgesand, Dr. Kupferberg, Dr. Krug und Dr. Carl Cuny nach dem Maine, fanden aber, da es an ärztlicher Hülfe nicht gebrach, vorerst keine Verwendung. Auch hatten die Ärzte es sich angelegen sein lassen, einer Anzahl von jungen Männern die nötige Unterweisung zuteil werden zu lassen, um den Verwundeten die erste Hülfe zu leisten und in den Spitälern sich nützlich zu machen. Mitglieder dieses sog. „Sanitätskorps" begleiteten dann die Ärzte auf dem Wege nach den auswärtigen Spitälern oder gingen allein an Ort und Stelle, jeder ausgerüstet mit einem Vorrat von Verbandszeug und von Erfrischungsmitteln. Ein rühmlicher Wetteifer, den Verwundeten und Kranken zu helfen, machte sich damals in allen Kreisen bemerkbar.

Kaum war die Nachricht von dem Gefechte bei Aschaffenburg nach Mainz gelangt, als Bischof von Ketteler sich entschloß, den Verwundeten Hülfe zu bringen. Nachdem bereits am Nachmittag des 15. Juli Domkapitular Dr. Haffner (nachmals Bischof von Mainz) mit Krankenschwestern und mit Verbandzeug nach Aschaffenburg gefahren, begaben sich am folgenden Tage Professoren des Mainzer Seminars, darunter der jetzige Prälat und Protonotar Dr. Friedrich Schneider, mit 28 Schwestern und mit den

Digitized by Google

erforderlichen Verbandssachen und später Bischof von Ketteler nach dem Schlachtfelde. Da damals die Eisenbahn auf eine große Strecke unbrauchbar gemacht war, so mußte der Bischof einen Weg von 6 Stunden zu Fuß zurücklegen, während die Schwestern auf einem Leiterwagen vorangebracht wurden. Nachdem Bischof von Ketteler in Aschaffenburg dem General von Manteuffel sich vorgestellt und Unterhandlungen mit dem Leiter der Spitäler, dem Grafen Stolberg, gepflogen hatte, fanden die dankbar aufgenommenen Schwestern Verwendung in den Spitälern, namentlich in einer von 700 Verwundeten belegten Kaserne in Aschaffenburg. Prälat Schneider besuchte dann noch mehrmals die dort befindlichen Spitäler (siehe dessen Aufsatz: „Die Verwundeten in Aschaffenburg in Nr. 191 der „Rheinischen Blätter" vom 19. August 1866). Für die den Verwundeten in Aschaffenburg geleistete Hülfe sprach Kaiser Franz Josef durch ein Kabinettsschreiben vom 14. August dem Bischof Ketteler seinen Dank aus. Auch dem rheinhessischen Hülfsausschuß ward der kaiserliche Dank ausgesprochen durch ein Schreiben des k. österr. Geschäftsträgers zu Darmstadt, Graf Hoyos, vom 20. Februar 1867 an den Vorsitzenden, Dr. Jung, folgenden Inhalts: „Wohlgeborener Herr! Die Verdienste, welche sich der rheinische Hülfsverein unter Ihrer umsichtigen Leitung um die Pflege verwundeter österreichischer Soldaten erworben, sind zu Sr. K. K. Ap. Majestät Kenntnis gelangt und haben Allerhöchstdieselben mit aufrichtiger Dankbarkeit erfüllt. Beauftragt, dem Vereine für sein erfolgreiches Wirken die Anerkennung und den Dank Sr. Majestät des Kaisers auszusprechen, bitte ich Sie, den Inhalt des gegenwärtigen Schreibens den Mitgliedern des Vereines mitteilen zu wollen." Dem Vorsitzenden verlieh der Kaiser zu gleicher Zeit das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens.

Nach Tauberbischofsheim ging eine Abteilung des Sanitätskorps am 26. Juli ab, woselbst am 27. Dr. Kupferberg sofort in Tätigkeit trat, mit seinen Begleitern die erste Hülfe reichend, da erst am 29. Juli das badische Feldlazarett dort eintraf. Eine am nämlichen Tage von hier abgesandte Abteilung leistete in Heilbronn gute Dienste.

Digitized by Google

In Helmstadt machten sich Dr. med. Carl Cuny (jetzt Sanitätsrat) und Dr. jur. Franz Bernays (jetzt Senatspräsident zu Colmar) nützlich. Dr. Cuny, der dort den unermüdlich tätigen Dr. Kupferberg traf, fand mit diesem Verwendung in einem Spitale. Beide Plätze, Tauberbischofsheim und Helmstadt wurden dann noch wiederholt von Mainz aus aufgesucht und mit Sendungen bedacht. Auch die Umgegend dieser Plätze sah Mainzer Hülfe, namentlich unter Leitung des Kaufmanns Wilhelm Bömper. Zur Versorgung von Verwundeten in Würzburg dorthin am 1. August entsendet, konnte die von Kaufmann Dofflein geleitete Abteilung, die den Weg über Stuttgart nehmen mußte, an den Ort ihrer Bestimmung nicht gelangen. Es ließen darum die Mainzer ihre reichen Vorräte in Kitzingen den Militärbehörden und Ärzten zur Verteilung an die Spitäler jener Gegend.

In Mainz selber ergab sich, als der Versand von Vorräten nach außen aufhörte, noch Tätigkeit für den Hülfsverein bei Gelegenheit des Durchzuges von Verwundeten, die am Bahnhof erfrischt wurden. Solche Durchzüge begannen im Monat August. Am 24. August wurden verwundete Österreicher (30—40 Mann) hierher gebracht und nach Bewirtung und Verpflegung am Bahnhofe in der Alexanderbastion im Kästrich untergebracht bis zur Weiterbeförderung in die Heimat. Verwundete preußische Soldaten verpflegte man am 8. September und wiederum österreichische Verwundete am 10. September.

Als keine andere Tätigkeit mehr zu entfalten war, erließ der Hülfsausschuß, zu dem zuletzt noch Dr. jur. Bernays, Dr. K. G. Bockenheimer, Dr. med. Cuny, Dr. jur. Cuny, L. Felmer und Fr. Goerz angehörten, einen Aufruf zur Sammlung von Beiträgen zur Unterstützung der Unglücklichen, „die infolge des Krieges verstümmelt und siech geworden, sowie der hülfsbedürftigen Hinterlassenen von denen, welche ihr Leben im Kampfe lassen mußten". Die Mitglieder des Hülfsausschusses von 1866 nahmen bei Beginn des Krieges von 1870 ihre frühere Tätigkeit wieder auf.

Kranke zu pflegen, ward in Mainz auch noch nach dem Kriege Gelegenheit geboten. Unmittelbar vor dem Einzug der Preußen in Mainz, am 25. August, tauchte nämlich hier die Cholera auf, die im

Digitized by Google

übrigen Deutschland schon seit einiger Zeit aufgetreten war. Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hatte sie in solchem Maße um sich gegriffen, daß Bismarck auf Abschluß des Friedens drängte und darum von der Berücksichtigung der von Österreich gestellten Friedensbedingungen sein Verbleiben im Amte abhängig machte. In Mainz trat sie nicht allzuschlimm auf, gelinder als im Jahre 1849. Am 30. August berief Geheimrat Schmitt die Ärzte zur Beratung über die zu ergreifenden Maßregeln zusammen und veranlaßte die Bestellung einer Allgemeinen Sanitätskommission, in die neben den drei Gesundheitsbeamten: Medizinalräten Dr. Simeons, Dr. Wagner und Dr. Helwig, vier Ärzte, nämlich: Dr. Goerz, Dr. Heß, Dr. Hochgesand, Hospitalarzt, und Dr. Wittmann berufen wurden. Dieser Kommission gehörte auch der Garnisons-Oberstabsarzt an. An der Seite dieser „Allgemeinen Kommission" standen fünf Bezirkskommissionen (zusammengesetzt aus je zwei Ärzten, einem Baubeamten und einer Anzahl von Bürgern), die über den Gang der Krankheit und über ihre Wahrnehmungen in der Stadt zu berichten und den Stoff zu den Beratungen der oberen Stelle vorzubereiten hatten. Als erste und wichtigste Vorbeugungsmaßregel gegen die Ausbreitung der Cholera erachtete man die Desinfizierung der Abtritte, die in den unteren Teilen der Stadt unter polizeilicher Aufsicht von Haus zu Haus vollzogen wurde. Sodann beauftragte man einen Arzt, täglich das zu Markt kommende Obst zu untersuchen. Im ganzen dauerte hier die Krankheit 72 Tage. Sie trat meist in den unteren, enger gebauten Stadtteilen auf (im ganzen in 85 Gebäuden); als schlimmster Herd der Seuche wurde der sog. Synagogenreul bezeichnet, in welcher „Gifthöhle" 19 Personen von der Krankheit befallen wurden. Bei einer Bevölkerung von 43 000 Seelen wurden 163 Erkrankungen ermittelt, die in 95 Fällen tötlichen Verlauf nahmen.

Auch die Umgebung der Stadt wurde von der Seuche heimgesucht, am härtesten die Gemeinde Finthen, woselbst nach einer Veröffentlichung der Bürgermeisterei in der Zeit von 7 Wochen 90 Personen an der Cholera verstarben. Um die Pflege der in Finthen erkrankten Personen nahmen sich in hervorragender Weise

Digitized by Google

der Gemeindearzt Dr. Nauheimer und die ihm zur Seite stehenden Mainzer Ärzte Dr. Hirsch und namentlich der unermüdliche Dr. Krug (dermalen Geh. Medizinalrat, über dessen Tätigkeit ein Aufsatz in dem Mainzer Anzeiger und im Mainzer Abendblatt Nr. 225 vom 28. September 1866 sich verbreitet) an. Sie fanden gute Hülfe in den Finthener Schulschwestern, die „in aufopfernder und nicht genug anzuerkennender Weise sich aller Kranken annahmen". Auch in dem benachbarten Gonsenheim forderte die Cholera zahlreiche Opfer, indem hier bis Anfang Oktober 100 Personen erkrankt waren. Weniger stark zeigte sich die Seuche in Bretzenheim, woselbst die Ärzte Dr. Pies und Dr. Schrohe (jetzt Geheimer Sanitätsrat) tätig waren und in Kastel (31 Todesfälle), wo sich Dr. Klober bewährte.

Über den Verlauf der Cholera erstattete am 24. November 1866 Medizinalrat Dr. Simeons Bericht in dem Verein rheinhessischer Ärzte. Derselben Versammlung unterbreitete der Sekretär der Cholera-Kommission Dr. Wittmann eine von ihm gefertigte Karte über das Auftreten der Cholera in den einzelnen Stadtteilen, Straßen und Häusern unter Hinweis auf die bevorstehende Kanalisation, auf die Brunnen und auf die Bodenbeschaffenheit. Diese Karte legte dann der Verfasser dem Gemeinderat vor, der am 12. Dezember 1866 beschloß, „durch den Stadtbaumeister eine Kopie dieser Karte nehmen zu lassen und Herrn Dr. Wittmann für diese mühsame und höchst verdienstvolle und wichtige Arbeit seinen Dank auszusprechen."

Digitized by Google

# Spaltung der Fortschrittspartei.

Die überaus raschen und großen Erfolge Preußens auf dem östlichen und westlichen Kriegsschauplatze hatten für den ganzen Norden Deutschlands die deutsche Frage vorerst in befriedigender Weise gelöst. Österreich war aus Deutschland ausgeschieden, nördlich des Maines war ein neuer, der ausschließlichen Führung Preußens unterstellter Verband geschaffen. Für die Parteien in Norddeutschland, namentlich in Preußen, die alle, ohne Ausnahme, bei Beurteilung und Würdigung der Politik des Grafen Bismarck mit dessen unerwarteten Erfolgen nicht gerechnet hatten, galt es nunmehr sich zu entschließen, welche Stellung sie bei Lösung der Fragen der inneren Politik zu nehmen hätten. In dieser Richtung bewies Graf Bismarck ein großes Entgegenkommen, als er, die Bedenken seines königlichen Herrn beschwichtigte, die Warnungen der konservativen Partei überhörte und die Hand zu einer Verständigung mit der Volksvertretung bot, indem er es durchsetzte, daß bei Eröffnung des preußischen Landtages (5. August) die Regierung um die nachträgliche Genehmigung der ohne vorherige Verständigung mit den Ständen in den letzten vier Jahren geführten Verwaltung nachsuchte.

Wie Graf Bismarck in der Sitzung des Landtags vom 1. September 1866 bei Beratung des sog. Indemnitätsgesetzes ausdrücklich betonte, war es der aufrichtige Wunsch der Regierung, den Frieden, wozu sie die Hand bot, zu sichern. Bei der Abstimmung ergab es sich, daß die Fortschrittspartei, die bisher als Kammermehrheit der Regierung gegenüber gestanden, in zwei Lager sich getrennt hatte. Der eine Teil, darunter die Abgeordneten Waldeck, Gneist, Harkort, Virchow, blieb erfüllt von dem früher bereits gegen den Leiter des preußischen Staatswesens gehegten und geäußerten Mißtrauen und versprach sich für die Zukunft von ihm keine Förderung ihres Verlangens nach einem liberalen Verfassungsleben. Der andere Teil war bereit, die von der Regierung gebotene Hand anzunehmen, Frieden zu schließen und an der Lösung der ihr nunmehr obliegenden Arbeiten sich zu beteiligen.

Digitized by Google

Bei der Abstimmung über das Indemnitätsgesetz (3. September) stimmten 230 Abgeordnete für die Verständigung mit der Regierung, während 75 Stimmen das Gesetz ablehnten. Für die Regierung hatte etwa die Hälfte der Fortschrittspartei und fast ein Dritteil des linken Zentrums gestimmt. Dieser Teil der Fortschrittspartei, darunter: Michaelis, Twesten, Lasker, Röpell, Hammacher, Lent, v. Unruh, erließ sofort eine Erklärung, um vor dem Lande seine Abstimmung zu rechtfertigen. Es waren dies dieselben Männer, die am 17. November 1866 zur Fraktion der „nationalen Partei" und vom 28. Februar 1867 an unter dem Vorsitze von R. v. Bennigsen zur „Fraktion der nationalliberalen Partei" sich zusammenschlossen.

Ganz anders als im Norden lagen nach dem Kriege die Dinge im Süden Deutschlands. Die Begeisterung für die Siege der Armee und für die Machtvergrößerung nach Angliederung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt a. M. (im ganzen 1306 Quadratmeilen mit $4\,^1/_2$ Millionen Einwohnern), die in Preußen alle Herzen erfüllte, konnte im Süden nicht geteilt werden, denn bei einem Teil jener Siege waren die Süddeutschen der unterliegende Teil gewesen und hatten für die Niederlage noch schwere Opfer bringen müssen. Für die Süddeutschen war die deutsche Frage nicht gelöst, sondern der Gegenstand neuer Sorgen und neuer Fehden geworden. Statt einer Einigung Deutschlands war nun eine Zweiteilung der Nation eingetreten ohne Klärung des Verhältnisses zu dem aus Deutschland ausgeschiedenen Österreich. Unbekannt mit den Gründen, die Preußen veranlaßt hatten, an der Mainlinie Halt zu machen, fühlte ein Teil der süddeutschen Volksmänner nach dem Wortlaute des mit Österreich abgeschlossenen Friedensvertrages sich veranlaßt, in der deutschen Frage an der vor dem Kriege bekannten Ansicht und namentlich an der durch die ehemalige Bundesverfassung gewährleisteten Selbständigkeit der einzelnen Staaten festzuhalten, während der andere Teil alles Heil in dem alsbaldigen Anschluß an den norddeutschen Bund zu finden glaubte.

Ein großer Teil des Haders über die deutsche Frage wäre im Süden erspart worden, wenn der Schleier, der den Einblick in die

Digitized by Google

Entstehung der Friedensverträge verhüllte, früher wäre gelüftet worden, wenn man namentlich gewußt hätte, daß die so bedenkliche Mainlinie schon vor ihrer vertragsmäßigen Feststellung bereits überschritten war. Als nämlich Preußen mit Bayern Frieden machte, kam zwischen beiden Staaten am 22. August in einem geheimen Vertrage ein Schutz- und Trutzbündnis und eine Einigung dahin zustande, daß im Falle eines Krieges Bayern seine Truppen unter den Oberbefehl Preußens stellen werde. Gleiche Vereinbarungen wurden mit den übrigen süddeutschen Staaten getroffen. Erst nach der Abmachung mit Bayern kam der Prager Friede (23. August) mit Österreich zustande, worin die Bestimmung über die Mainlinie Aufnahme fand. Es war aber das Schutz- und Trutzbündnis mit den süddeutschen Staaten ein Band zwischen Norden und Süden Deutschlands, das fester war, als die einst durch den Bund geschaffene Verbindung.

Auf die Erörterung der deutschen Frage in Süddeutschland übte die Spaltung der preußischen Fortschrittspartei einen merklichen Einfluß aus. Wenn im Preußenlande bei allem Jubel über die erreichten Erfolge angesehene Volksvertreter dem Grafen Bismarck offen ihr Mißtrauen zu erkennen gaben, dann bedurfte es im Süden keiner besonderen Rechtfertigung für alle, die dem früher allgemein verfehmten Staatsmann keine Heeresfolge leisten wollten.

In erster Linie regten sich die alten Gegner der preußischen Regierung, die Demokraten, die den großen Ereignissen der letzten Tage keinen Einfluß auf ihre Entschließungen gestatteten und an der Ansicht festhielten, die preußischen Staatsmänner wären die entschiedensten Gegner einer freiheitlichen Entwicklung des deutschen Staatswesens.

Auch die großdeutsche und die katholische Partei kämpften gegen den Einfluß an, den die durch den Krieg geschaffenen Zustände auf die Lage der süddeutschen Staaten ausüben würden. Froh, der preußischen Oberherrschaft diesmal noch entgangen zu sein, beklagten sie die Spaltung Deutschlands und das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Verbande. Auch besorgten katholische Kreise, das mächtig gewordene protestantische Preußen möchte die Stellung der katholischen

Digitized by Google

Kirche mißachten und der freien Entfaltung der von der Kirche beanspruchten Rechte hindernd in den Weg treten.

Endlich hatte das Auftreten Preußens gegen die süddeutschen Staaten während des Krieges und bei den Friedensverhandlungen in den Kreisen, die in der Politik mehr durch das Gefühl als durch den Verstand sich leiten lassen, den alten Gegensatz zwischen Norden und Süden nur verschärft.

Die den Preußen abgeneigte Stimmung regte sich merklich, als die Mitglieder des Nationalvereins, die vor dem Kriege die Politik der preußischen Regierung scharf bekämpft hatten, nach dem Kriege wieder ihre Stimmen für die Vorherrschaft Preußens in Deutschland erhoben und den Anschluß Süddeutschlands an den Norddeutschen Bund dringend empfahlen, ja als ein begründetes Recht in Anspruch nahmen.

Bereits war wegen der deutschen Frage auch bei uns die Fortschrittspartei in zwei Lager geteilt, als in Mainz kurz nach Jahresschluß sich eine Stimme erhob, die, ohne Rücksicht auf die widerstreitenden Ansichten der Parteien und auf deren Getriebe in klarer, bestimmter, würdiger Weise an die Beantwortung der Frage: „was aus Deutschland werden sollte?", herantrat und als einzige Lösung der Frage die Bildung eines „preußisch-deutschen Reiches mit der neuen Grenze" verkündigte. Es war Bischof von Ketteler von Mainz, der aus wahrer Liebe zum Vaterlande, als ein Diener der Wahrheit sich gedrungen fühlte, nach allseitiger Prüfung der Verhältnisse seiner Meinung Ausdruck zu geben, trotz der klaren Erkenntnis von den Folgen seines Schrittes, der von seiner nächsten Umgebung, von seinen Freunden, von einem guten Teil seiner Geistlichkeit und von vielen Katholiken innerhalb und außerhalb seines Kirchensprengels mißbilligt werden würde. Da es für Bischof Ketteler feststand, daß Österreich seine frühere Stellung in Deutschland nicht mehr würde aufnehmen können, und daß eine Zweiteilung Deutschlands verhängnisvoll wäre, so fühlte er sich gedrungen, in Erinnerung an die Kämpfe in der Frankfurter Nationalversammlung, der auch er angehört hatte, die Richtigkeit der Ansicht Gagerns anzuerkennen, der bereits in den Jahren 1848 und 1849 in der Bildung eines

Digitized by Google

deutschen Bundesstaates unter der Führung des Königs von Preußen bei Wahrung der rechtmäßigen Selbständigkeit der Fürsten und Länder und im engen Bündnisse mit Österreich die einzige Rettung Deutschlands erblickt hatte. Obwohl nun Bischof Ketteler den Krieg des Jahres 1866 als einen gerechten nicht anerkennen konnte und manches mißbilligte, was in Preußen geschah, so nahm er doch keinen Anstand, bei aller alten Vorliebe für Österreich, unter Billigung des Vorschlags Gagerns den Anschluß Süddeutschlands an Norddeutschland zu befürworten.

Das mit großem Freimut und mit aller Unbefangenheit geschriebene Werk des Mainzer Bischofs: „Deutschland nach dem Kriege von 1866" wurde, wie der Verfasser erwartet, in katholischen Kreisen vielfach angefeindet, während auf der anderen Seite das offene Bekenntnis als eine staatsmännische Tat volle Anerkennung fand.

Wie immer auch Bischof von Ketteler über die Zukunft Deutschlands urteilte, so zählte er doch nicht zu den Männern, die in Mainz eine preußenfreundliche Richtung vertraten. Dieser Richtung gehörte, wie schon erwähnt, Advokat Goerz seit den Jahren 1848 und 1849 an; er bekannte sie auf den Versammlungen in Bingen (23. Mai) und Nieder-Ingelheim (13. Juni). Eines Sinnes mit ihm waren einige Mitglieder des Nationalvereins. Nach dem Kriege von 1866 erweiterte sich der Kreis der Preußenfreunde teils aus politischen, teils aus religiösen Gründen.

An der Spitze der Verwaltung im Großherzogtum Hessen, dessen eine Provinz zu dem Norddeutschen Bunde gehörte, stand noch immer Minister von Dalwigk, den man vor dem Kriege zu den Gegnern Preußens zählte, dem man nach dem Kriege absichtliche Verzögerung der Friedensverhandlungen und verdächtige Hinneigungen zu Frankreich zum Vorwurf machte und dem man keine besondere Vorliebe für den Nordbund zutraute. Mit den Verdächtigungen im Inlande hielten die Angriffe von außen gleichen Schritt. Preußische Blätter beschuldigten die hessische Regierung der Preußenfeindlichkeit, ja ein Blatt verlangte gesteigerte Pression auf Hessen-Darmstadt, um dem Treiben in Darmstadt selbst ein Ende zu machen, „wo sich kaum einige Meilen von den Grenzen des neuen preußischen Besitzstandes

Digitized by Google

ein Hauptsitz der antipreußischen Agitation eingenistet hat, dessen Tätigkeit nicht abläßt, durch Schrift und Bild, wie durch ausgesandte Emissäre die Aufregung und Abneigung gegen Preußen in Frankfurt a. M. und den angrenzenden Landesteilen zu schüren." Ein anderes Blatt, die Kreuzzeitung, meinte (am 24. November), die Zwitterstellung Oberhessens werde am besten dadurch beseitigt, daß für Oberhessen eine getrennte Regierung eingeführt, mithin für diese Provinz eine Personal-Union hergestellt würde. Später (1868) ging man noch weiter und beschäftigte sich mit dem Gedanken, der Großherzog möge die Regierung niederlegen und damit den Eintritt der südlichen Provinzen in den Norddund erleichtern. Mit so starken Angriffen gossen die preußischen Blätter nur Öl in das Feuer. Mochte auch die Person des hessischen Ministers in Preußen recht wenig beliebt sein, so konnte man ihn doch nicht für alles verantwortlich machen, was man in Preußen an den Hessen auszusetzen hatte. Auch einer anderen Staatsleitung wäre es in wenigen Monaten nach dem Kriege nicht gelungen, die Bewohner des Landes, insbesondere der Provinzen Starkenburg und Oberhessen, dahin zu bringen, daß sie sich zu Preußen hingezogen fühlten und alles Herzeleid vergessen möchten, das sie während des Krieges erlitten hatten. Namentlich fühlte die Hauptstadt des Landes sich schwer verletzt durch den Einmarsch der Preußen und durch die Ausräumung des Zeughauses, wobei, wie in der Kammersitzung vom 1. Juli 1867 festgestellt wurde, Gegenstände im Werte von 193 000 Gulden fortgeschafft wurden. Auch trug man noch schwer an den Folgen des Krieges und des Friedensschlusses.

Immerhin machten Vorwürfe, wie sie in den preußischen Blättern zu lesen waren, Eindruck auf diejenigen, denen schon vor dem Kriege das Ministerium Dalwigk verhaßt war. Zu den entschiedensten Gegnern des Ministers zählte, wie schon erwähnt, die Mehrzahl des Mainzer Gemeinderates, dessen Abordnung bei Prinz Ludwig von Hessen zur Zeit des Friedensabschlusses die Abberufung des Ministeriums Dalwigk verlangt hatte. In vielen seiner Entschließungen sah sich der Gemeinderat gehemmt durch die ablehnende Haltung der Regierung, während er in einer Reihe von wichtigen Angelegenheiten, wie Bebauung des Gartenfeldes und Stadterweiterung, sich allein nur von dem

Digitized by Google

Wohlwollen des Gouvernements und von der preußischen Regierung Förderung seiner Wünsche versprach. Aber nicht bloß in politischen, sondern auch in religiösen Angelegenheiten mißtraute der Gemeinderat dem Ministerium Dalwigk, das man gerne als den Verbündeten des Bischofs Ketteler bezeichnete. In Oppenheim hatten Racke, Fitting und Köster Beseitigung der mit Bischof Ketteler abgeschlossenen sog. Konvention verlangt, die übrigens bald nicht mehr Anlaß zu Beschwerden abgeben konnte, weil am 20. September 1866 Bischof Ketteler der Regierung unter Wahrung der Rechte der Kirche die Aufhebung der Konvention aus freien Stücken anbot, was durch Entschließung des Großherzogs vom 6. Oktober 1866 angenommen wurde. Dagegen gab die Niederlassung von Jesuiten in der St. Christophskirche den Anstoß zu lange andauernden und heftigen Streitigkeiten ab, in deren Verlauf der Mainzer Gemeinderat am 30. November 1866 an das Ministerium das Gesuch richtete, „die in Mainz bestehende Aggregation von Jesuiten aufzulösen, die Räumung der Pfarrgebäude von St. Christoph seitens derselben anzuordnen und ihr die Ausübung von kirchlichen Funktionen untersagen zu wollen." Da auch in dieser Angelegenheit nicht dem Wunsche des Gemeinderats entsprochen wurde, so diente dies zur Vermehrung der Erbitterung über den hessischen Minister.

Die dem Ministerium abgeneigten, preußenfreundlichen Mitglieder des Mainzer Gemeinderats und deren Gesinnungsgenossen begnügten sich nicht damit, innerhalb des Stadtkreises ihre Ansichten zu bekennen und zu verbreiten, sondern sie wirkten auch außerhalb des Weichbildes der Stadt in der von ihnen eingenommenen Richtung. Noch waren die Friedensverhandlungen mit Hessen im Gange, als Mainzer Gemeinderäte an die Arbeit gingen, auch andere Städte und Gemeinden Hessens für ihre Anschauungen zu gewinnen.

Nach einer Besprechung mit Mitgliedern der Gemeindevertretungen von Darmstadt und Offenbach ließen nämlich die Mainzer Gemeinderatsmitglieder Fitting und Kupferberg an Vertreter der Verwaltungen verschiedener Städte und Gemeinden des Großherzogtums die Einladung zu einer gemeinsamen Beratung in Darmstadt am 19. August ergehen, wobei die erschienenen Gemeinderäte

Digitized by Google

sich zu der Erklärung einigten: „1. daß sie nur in der Aufnahme in den zu bildenden Norddeutschen Bund die Interessen sowohl in politischer als volkswirtschaftlicher Beziehung gewahrt sehen und jede andere politische Gestaltung für verwerflich halten; 2. daß, wenn diese Aufnahme nicht sofort erzielt werden kann, das Fernhalten von jedem süddeutschen Sonderbund geboten erscheint, um nicht durch denselben die Zweiteilung Deutschlands zur Tatsache zu machen und um die Möglichkeit zur späteren Vereinigung mit dem Norden offenzuhalten; 3. nur ein geeinigtes Deutschland wird zugleich Gewähr geben für Unabhängigkeit und Stärke nach außen; mit Leichtigkeit wird es den Versuch des Auslandes abweisen, sich in die Ordnung der inneren Angelegenheiten Deutschlands einzumischen und wird jede Abtrennung deutschen Bodens an Fremde hindern; 4. zur Durchführung dieser Politik ist ein Wechsel des jetzigen hessischen Ministeriums unabweisbar nötig, denn nach der ganzen Vergangenheit dieses Ministeriums und nach seiner Wirksamkeit ist nicht zu erwarten, daß dasselbe aufrichtig und ernstlich in die hier geboten erachteten Bahnen einlenken und das gute Einvernehmen dauernd schaffen kann, welches nicht allein beim Friedensschlusse, sondern auch bei der künftigen Stellung des Großherzogtums das Interesse des Landes erfolgreich zu wahren vermag."

Ob sie nun in Mainz oder außerhalb der Stadt ihre politische Tätigkeit entfalteten, so konnten die Preußenfreunde keineswegs darüber im Zweifel sein, daß ihre Ansichten mit jenen der Mehrzahl ihrer früheren Gesinnungsgenossen nicht im Einklang ständen, und daß es zu einem Bruche mit diesen kommen würde. Diese Spaltung trat auch noch gegen Ende des Jahres bei Gelegenheit der Wahlen zum hessischen Landtage ein. Die im Anfang noch kleine Schar von Preußenfreunden war übrigens überaus rührig und fand bald Anhänger. Nur wenige von den in Mainz weilenden alten Demokraten waren geneigt, in das neue Lager überzutreten; von den in den Jahren 1848 und 1849 vielgenannten Persönlichkeiten schlossen nur Dr. jur. Philipp Wittmann und Schreibwarenhändler Michael Cuny der neuen Richtung sich an. Dagegen fand diese Anhänger unter einer Anzahl auswärts weilender Demokraten, darunter Männer,

Digitized by Google

die einst in den allerersten Reihen gestanden und namentlich gegen alles, was von Preußen kam, mit allen Kräften gekämpft hatten. Zu ihrer größten Verwunderung erfuhren die Mainzer, daß Dr. Ludwig Bamberger, Dr. Zitz (der am 17. Juni 1868 zum erstenmale wieder nach Mainz kam und gleich darauf einer Festlichkeit der Fortschrittspartei beiwohnte), Schütz, Josef Regnier (Redakteur des „Wiener Fremdenblattes") aus den Reihen der Demokraten ausgeschieden waren.

Wie solcher Wechsel der Meinungen sich vollzogen hat, darüber ist näheres nicht bekannt geworden. An und für sich hat jeder einen solchen Übergang mit sich selbst abzumachen und vor sich selbst zu verantworten. Es wirken dabei erfahrungsmäßig viele Umstände mit, die mit dem ganzen Wesen des Einzelnen zusammenhängen und darum der richtigen Abwägung durch andere sich entziehen. Wenn der Wechsel besonderes Aufsehen zu erregen geeignet ist und die Rechtfertigung vor aller Welt versucht wird, wie dies hier in einem einzelnen Falle geschah, so ist man vielfach geneigt, solchen Offenbarungen, die ja doch nicht alle Gründe enthalten, mit Vorsicht zu begegnen, zumal Neubekehrte die Sache, der sie sich zugewendet, mit besonderem Eifer zu betreiben und zu rühmen pflegen. Wegen des Meinungswechsels der auswärtigen Demokraten möchte aber folgende allgemeine Betrachtung nicht ganz von der Hand zu weisen sein. Im Auslande wurden die Ereignisse des Jahres 1866 vielfach in einem anderen Lichte betrachtet, als im Inlande. Sahen auch manche der fremden Mächte die in Deutschland eingetretenen Veränderungen nicht mit günstigen Augen an, so hatten doch alle mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen, insbesondere mit der hervorragenden Stellung, die Preußen bereits errungen und mit der Machterweiterung, die es in nächster Zeit zu erwarten hatte. Unter Preußens Führung wurde Deutschland zu einer Macht, die man nicht mehr übersehen durfte. Da nun die bis dahin im Auslande politisch gering eingeschätzten Deutschen in der Fremde die Rückwirkungen der Erfolge Preußens und des gesteigerten Ansehens Deutschlands in vorteilhafter Weise verspürten, so läßt es sich wohl verstehen, wie mancher alte Demokrat seine Abneigung gegen Preußen ablegte. Dazu kommt aber auch noch der Umstand,



Digitized by Google

daß die in der Fremde weilenden Deutschen nicht unmittelbar unter dem Eindrucke der Kriegsereignisse zu leiden gehabt und nicht so sehr wie ihre Freunde in Deutschland Ursache hatten, über das Recht oder Unrecht der einen oder der anderen Seite nachzuforschen.

Ludwig Bamberger hat bei Beginn der hessischen Landtagswahl in einem Aufruf vom 27. November 1866 „An die Wähler Rheinhessens von einem alten Freunde" seinen Meinungswechsel offen zu erkennen gegeben, indem er den Anschluß Süddeutschlands an den Nordbund dringend empfahl. Nach seinem überaus lebhaften Wesen, von dessen Ausbrüchen Reden und Schriften aus den Jahren 1848 und 1849 Zeugnis ablegen, begnügte er sich nicht mit diesem Bekenntnisse, indem er gleich zum Angriff gegen die Andersdenkenden überging. So hat er namentlich gleich nach der noch zu erwähnenden Wahl und wohl unter dem Eindruck der Niederlage seiner Gesinnungsgenossen in einer Flugschrift vom Neujahrstage 1867 „In Sachen Demokratie der Stadt Mainz contra Ludwig Bamberger und Genossen — punkto Hochverrat" mit den Gegnern sich gründlich auseinandergesetzt und diesen zu Gemüt geführt, daß die Aufgabe, die man sich im Jahre 1848 gestellt, grundverschieden wäre von der, die nunmehr zu lösen wäre. Man dürfe, so meinte er, die Geschichte nicht mehr zurückschrauben wollen, auf die Zeit, da Ludwig Philipp aus den Tuilerien entflohen wäre. „Und wir sollten", ruft er aus, „unsere Brille aufsetzen, um nachzuschlagen in jeglichem Paragraphen der Reichsverfassung, um allda nachzusehen, was heutzutage Rechtens sei? Und wer nicht am Buchstaben dieses Testamentes einer vom Donnergang der Ereignisse zu Staub zermalmten Schöpfung hangen will, der sollte in Acht und Aberacht getan sein? Und die Partei, welche dergestalt Luft, Licht, Leben und Entwicklung gefangen setzen will, die hat den Mut, sich die ausschließlich und alleinseligmachende demokratische zu nennen? Die setzt Ketzergerichte ein, die über den Zweifler den Stab brechen und ihn dem Tode der Schande zu überliefern sich anheischig machten?" Noch viel schärfer zog Bamberger gegen die süddeutschen Demokraten zu Feld in einer Reihe von Aufsätzen, die er ohne Nennung seines Namens im November desselben Jahres in der Düsseldorfer „Rheinischen Zeitung" erscheinen ließ und die nunmehr mit Zusätzen wieder

Digitized by Google

abgedruckt sind unter der Aufschrift: „Alte Parteien und neue Zustände“ in seinen Gesammelten Schriften III. Bd. S. 296 ff. Meister in der Form und Darstellung und in dieser Richtung seinen Gegnern weit überlegen, wirft er auch in diesen Aufsätzen den Demokraten Mangel an Verständnis für die neuen, dem Volke gestellten Aufgaben vor. „Wer da meint“, so schreibt er, „es könne gelingen, in Bayern, Württemberg und Baden einen grünen Garten der Freiheit anzulegen, während das Land nördlich vom Main unter einer Decke von Schnee und Eis erstarren werde, dem haben wir allerdings nichts zu sagen; und wer sich von der positiven Unausführbarkeit solcher Hirngespinste Rechenschaft gibt und versichert, es sei dennoch nichts zu tun, als seinen Grundsätzen gemäß zu protestieren und zu hoffen, dem lassen wir ohne Neid sein otium cum dignitate. Möge er, sich Ehrenkränze flechtend, weiter singen: Hoffnung, du sollst uns im Leben liebend und tröstend umgeben. Nicht jedem ist es erlaubt, sich zur reinen Priesterschaft geweiht zu halten und die Arbeit zu verschmähen . . .“ Zur Erklärung von Bambergers Parteiwechsel mag auch auf den Haß gegen Österreich hingewiesen werden, wovon er erfüllt war, wie dies namentlich in der Schrift: „Juchhe nach Italia“ bekundet ist. Die über Bambergers Meinungswechsel und über dessen Angriffe aufgebrachten Demokraten blieben die Antwort nicht schuldig, blieben aber in ihren Ausführungen hinter der feurigen, allerdings auch zu Übertreibungen neigenden Beredsamkeit Bambergers zurück. Mit derselben Beredsamkeit hat Bamberger dann später auch diejenigen bekämpft, auf deren Seite er im Kampfe gegen die Demokraten sich gestellt hatte.

Neben denen, die der alten Demokratie ihre Absage erklärten, sei auch jener gedacht, die von den Gothaern (Nationalverein) sich abwendeten. Es haben nämlich Pretorius in Alzey und eine Anzahl von dort wohnenden Mitgliedern des Nationalvereins bereits im Juli 1866 ihren Austritt aus dem Verein angezeigt unter folgender Begründung: „Wir sind in den Nationalverein eingetreten und haben ausgeharrt, so lange die Führer desselben die freiheitliche Einigung unseres Vaterlandes mit uns über alles stellten. Nachdem aber die Spitzen des Vereins die preußischen Reformvorschläge für annehmbar



Digitized by Google

erklärt haben und in neueſter Zeit ſogar der Vergewaltigungspolitik nicht mit Worten der gerechten Entrüſtung entgegengetreten, ſondern der herrſchenden Macht das Wort zu reden anfangen, ſo ſehe ich mich veranlaßt mit meinen Freunden aus dem Nationalverein auszutreten."

Bei ſolchen Verſchiebungen innerhalb der Parteien war reichlicher Stoff zu ernſten Fehden gegeben, wovon die Wahlen zu dem heſſiſchen Landtage und ſpäter zum Zollparlamente beredtes Zeugnis ablegten.

Digitized by Google

# Die Wahlen zum hessischen Landtage.

Eine Zeit großer Aufregungen brach für Mainz an, als am 7. Oktober 1866 Großherzog Ludwig III. den Landtag auflöste und die Vornahme von Neuwahlen anordnete unter der Begründung, die neuesten politischen Ereignisse und die inzwischen eingetretenen Veränderungen im Großherzogtum ließen es als wünschenswert erscheinen, die II. Kammer, „für welche die Wahlen unter anderen als den jetzt bestehenden Verhältnissen stattgefunden hatten, durch anderweite Abgeordnetenwahlen neu zu bilden." Die Regierung rechnete bei der Kammerauflösung darauf, die von ihr seit Ausbruch des Krieges eingehaltene Richtung vor einer anders besetzten Kammer zu rechtfertigen, statt vor jener, die ihr die Mittel zur Kriegsführung hatte verweigern wollen. Aber auch die Parteien wollten ihre vor dem Kriege ausgesprochenen Ansichten rechtfertigen und ihren Erwartungen und Wünschen für die Zukunft Deutschlands und des engeren Vaterlandes Nachdruck verleihen. In der Presse und in Versammlungen begann, in Vorbereitung auf die Wahlen, ein lebhafter Kampf zwischen den Vertretern der einander gegenüberstehenden Ansichten.

Was seit Beendigung des Krieges den Stoff zur täglichen Unterhaltung und zur Erörterung in der Öffentlichkeit abgegeben, die künftige Gestaltung Deutschlands, namentlich Süddeutschlands und die inneren hessischen Angelegenheiten, das wurde nunmehr in erhöhtem Maße und in gereizter Stimmung schriftlich und mündlich breitgetreten. Dabei war jede Partei bemüht, ihre Ansichten in das vorteilhafteste Licht zu setzen und die Gegner mit Wucht zu widerlegen. Freilich hütete sich jeder Teil, die letzten Hintergedanken bloßzulegen. Die Preußenfreunde sagten nicht laut heraus, daß viele von ihnen am liebsten gesehen hätten, wenn Preußen nicht auf halbem Wege stehen geblieben wäre und auch Hessen seinem Gebiete angegliedert hätte, während die anderen Parteien, wenn sie auch für den Anschluß des Südens an den Nordbund sich aussprachen, den stillen Wunsch hegten, daß der Zeitpunkt der Vereinigung noch nicht so geschwind herankommen möchte.

Digitized by Google

Der zuerst erschienene Aufruf der Partei des Frankfurter Hofes an die Wähler und Wahlmänner des Großherzogtums Hessen vom 9. November verlangte, soweit es sich um die inneren Angelegenheiten des Landes handelte, Gerechtigkeit für alle, Einführung eines allgemeinen unmittelbaren Wahlrechts, eine Gemeindeordnung mit wahrhaft freier Selbstverwaltung, Annahme der Bestimmungen der preußischen Verfassung über die Stellung der Kirche zum Staate (die von Bischof Ketteler als die „magna charta des religiösen Friedens" bezeichneten §§ 15—18 der Verfassungsurkunde, die im Kulturkampfe aufgehoben wurden), Hebung des öffentlichen Unterrichts unter Wahrung der religiösen Überzeugungen. In der deutschen Frage an dem großdeutschen Standpunkte festhaltend erstrebte die Partei die Wiederherstellung wahrhaft nationaler und brüderlicher Beziehungen Deutschlands zu Österreich unter Verurteilung der Trennung Süddeutschlands von Norddeutschland. Indem sie den Bund mit Preußen verlangte, wollte sie nicht um jeden Preis den sofortigen Anschluß, sondern bestand auf vorheriger Wahrung der nach den Friedensverträgen dem Staate noch zukommenden Selbständigkeit.

Diese Sätze wurden näher erläutert in einer am 7. Dezember im Frankfurter Hof abgehaltenen Parteiversammlung. Johann Falk III. (geb. am 13. September 1825, gest. am 6. Januar 1905), der lange Zeit an der Spitze der katholischen Bewegung in Mainz stand und zur Förderung wohltätiger Einrichtungen große Opfer brachte, entwickelte in dieser Versammlung die in dem Aufrufe der Partei aufgestellten Leitsätze, wobei er sich im Laufe seiner Rede des vielgeschmähten Ministerpräsidenten von Dalwigk annahm, dessen gerechte Haltung in der Angelegenheit der Elbherzogtümer rühmte und an dessen Verdienste um die Hebung der Wohlfahrt der Stadt Mainz erinnerte. Die Widerlegung der gegen die Partei des Frankfurter Hofes laut gewordenen Angriffe übernahm der als geistreicher und freimütiger Volksredner gefeierte Regens des bischöflichen Seminars, Dr. Christoph Moufang. Der Partei hatte man den Mangel an Vaterlandsliebe vorgeworfen, unter dem Vorbringen, die katholische Partei hätte kein deutsches Vaterland, Rom wäre ihr Vater-

Digitized by Google

land. Damals bereits fing man an, nicht bloß in großen politischen Angelegenheiten, sondern auch bei Widerstreit über Gemeindeangelegenheiten, unbequeme Gegner als Feinde des Vaterlandes zu bezeichnen und zu verdächtigen, ein Vorwurf, wovor selbst Bismarck einst nicht bewahrt geblieben. Es darf hier wohl auf die schönen Worte verwiesen werden, womit in jener Zeit Lasker (in der Nationalzeitung vom 10. August 1866 Nr. 375) über solche in gewissen Kreisen nach und nach zur Gewohnheit gewordene Beschimpfung sich geäußert hat. „Wer in Friedenszeiten", so schrieb er, „die unverstandene Phrase sich angewöhnt, den mag der Vorwurf der Gedankenlosigkeit treffen; aber nun, da wir eben erst in einem schweren Krieg erfahren haben, was der äußere Feind bedeutet und mit welchen Mitteln er zu bekämpfen ist, spricht aus der Zusammenstellung maßlose Verfolgungssucht oder gänzliche Unfähigkeit." Auch an anderen Beschimpfungen fehlte es nicht („Aus einem Preußen kann man einen Deutschen machen, aber ein Jesuit bleibt sein Leben lang ein Jesuit" u. a.). Mit Entrüstung wies Mouſang diese Beschimpfungen zurück.

In der deutschen Frage teilte Mouſang keineswegs die Anschauungen seines Bischofs, sondern hielt sich an dem Aufrufe der Partei, die eine Wiederanknüpfung der Verbindung zwischen Österreich und Deutschland und Sicherstellung der Selbständigkeit der deutschen Stämme und auf Grund dieser doppelten Voraussetzung Anbahnung eines ehrenhaften und redlichen Bündnisses des südlichen mit dem nördlichen Deutschland verlangte. Nach Mouſangs Ansicht hatte man jetzt die große Aufgabe zu lösen, die süddeutschen Staaten zum Bindegliede zu machen, „um Preußen und Österreich, um Norden und Süden wieder zu einer imposanten mitteleuropäischen Großmacht zu machen".

Die Fortschrittspartei hatte sich vor Beginn der Wahl bereits in zwei Lager getrennt. Auf der einen Seite standen die Demokraten, auf der anderen die Preußenfreunde, die sich Fortschrittspartei nannten. Die Trennung war ganz im stillen vor sich gegangen unter wechselseitigem Bedauern der Notwendigkeit der Scheidung und unter Betonung der Übereinstimmung beider Teile in Sachen der inneren Politik.

Digitized by Google

In einem Aufruf vom 12. November forderten die Bürger: Martin Aleiter, Phil. Barthel, J. Bömper, Dr. Dumont, Ph. Elbert, Salomon Goldschmidt, Jos. Gottschalk, Adam Harig, H. Herff II., J. J. Hillebrand, Dr. Karl Mellinger, Dr. G. Schmitz, Nikolaus Seyler, Ph. Strigler, Jakob Vohsen und Carl Wallau zum Festhalten an den demokratischen Grundsätzen auf. Für das gesamte Vaterland verlangten sie ein deutsches Parlament und eine kräftige Zentralgewalt, indem sie Verwahrung einlegten gegen die Trennung des Vaterlandes in zwei durch den Main oder eine andere Linie getrennte Teile. Weil der Norddeutsche Bund noch nicht fertiggestellt, dessen Verfassung also noch unbekannt wäre, jedenfalls aber keine Gewähr bieten könnte für eine freiheitliche Entfaltung und für eine, auch den bescheidensten Ansprüchen entsprechende Volksvertretung, lehnten sie es ab, den Eintritt in diesen Bund nachzusuchen. Dieser Eintritt widerstrebte ihnen nicht nur wegen der Mängel der vorgesehenen Verfassung, sondern vor allem deswegen, weil man sich den Anschluß der süddeutschen Staaten verbeten hätte. Auch dürfte, nach der Ansicht der Unterzeichner des Aufrufs, der Eintritt nicht erfolgen auf Grundlage einer unbedingten Unterwerfung unter die Schöpfung des Norddeutschen Bundes. Für Hessen verlangten die Demokraten auf Grundlage des Edikts vom 6. März 1848 Freiheit der Presse, Wahrung des Versammlungs- und Vereinsrechtes, Selbständigkeit der Gemeinden, Gleichheit der Rechte für jedes Bekenntnis, Befreiung der Arbeit von jeder hemmenden Fessel. „Wir erstreben", so heißt es in dem Aufrufe, „ein freies Wahlgesetz für Gemeinde- und Landtagswahlen, Hebung des Unterrichts, namentlich der Volksschulen und würdige Stellung der Lehrer, die materielle Entwicklung unseres Landes, seines Handels, seiner Industrie. Wir erstreben als Grundlage einer militärischen Organisation eine allgemeine, volkstümliche Wehrpflicht, nicht aber ein System, welches fast unerschwingliche Opfer auferlegt, die ganze Militärkraft Einem absoluten Willen unterordnet, und unsere Söhne nach jahrelangem Kasernendienst immerfort ihrem bürgerlichen Berufe zu entziehen droht."

Digitized by Google

Daß die Mainzer Demokraten den kriegerischen Erfolgen Preußens keinen Einfluß auf ihre Ansichten gestatten wollten, daß sie festhielten an den Zielen, wofür sie vor 18 Jahren sich begeistert hatten, das ist leicht zu verstehen. Wie sie aber unter den gegebenen Verhältnissen an die Verwirklichung ihrer Ziele glauben mochten, das ist nicht so leicht zu verstehen. Wer sollte denn das von den Demokraten verlangte Parlament einberufen? Etwa die Regierungen? Von den noch erhaltenen Regierungen hatten bereits im Sommer 22 mit einer Einwohnerzahl von 30 Millionen Seelen über eine einzuberufende Vertretung und über eine Zentralgewalt sich verständigt. Da war also kein Raum mehr für ein anderes Parlament und für eine andere Zentralgewalt. Die übrigen noch keinem Bunde angehörigen Regierungen hatten keine Lust, sich zu einigen, am allerwenigsten aber zum Zwecke der Einberufung eines Parlaments, wie es die Demokraten verlangten. Gegen den Willen der Regierungen war ein Parlament undenkbar, abgesehen davon, daß der Glaube an die Wunderkraft großer Worte seit dem letzten Feldzuge gründlich zerstört war. Seitdem Preußen gegen Österreich und dessen Verbündete siegreich um die Vorherrschaft in Deutschland gerungen, erwartete niemand mehr im Ernst eine Lösung der Frage über die Führerschaft in Deutschland oder auch nur in einem Teile Deutschlands durch einen Parlamentsbeschluß, wie im Jahre 1849.

Auf gleicher Stufe wie das Verlangen nach einem Parlamente im Sinne der Frankfurter Nationalversammlung stand der Wunsch nach einer „volkstümlichen Wehrpflicht". Nach den blutigen Lehren des eben beendigten Krieges durfte man in den Anforderungen an das Kriegswesen nicht noch hinter den Leistungen der Bundestagszeit zurückbleiben, namentlich nicht im Hinblick auf einen von Frankreich her drohenden Angriff.

Wohlvorbereitet trat der Fortschritt in den Wahlkampf ein. Eine Anzahl von ehemaligen Abgeordneten und Mitgliedern der Fortschrittspartei hatte in Frankfurt a. M. am 28. Oktober die Leitsätze zu dem „Wahlprogramm für die Abgeordnetenwahlen" beraten, die als Grundlage dienten für den am 17. November 1866 von den Bürgern: Carl Abresch, Rud. Bamberger, Karl Bettel-

Digitized by Google

haeuser, Jakob Dietrich, Friedr. Feist, Hermann Fitting, Jos. Goerz, Joh. Heininger, Dr. Wilh. Heß, J. W. ter Haar, Ferd. Köster, Ch. A. Kupferberg, Chr. Lothary, Karl Menges, M. F. Nonweiler, Denis Oechsner, Ernst Probst, Karl Racke, Dr. August Rautert, Heinrich Rauch, M. Reinach, Friedr. Reinhardt, Louis Reuleaux, Friedr. Schneider, Georg Seemann, Wilhelm Strecker und Dr. Ph. Wittmann erlassenen Aufruf. Darin sprachen diese Männer in der deutschen Frage, sich gegen die Gründung eines Südbundes aus, empfahlen aber den sofortigen Anschluß der süddeutschen Staaten, namentlich des Großherzogtums Hessen an den mächtigen norddeutschen Bund unter Preußens Führung, weil nur auf diesem Wege die Männer deutscher Nation zur langersehnten Einheit gelangen und in deren Gefolge auch früher die Freiheit erringen könnten. Den Anschluß an den Norddeutschen Bund wollten die Unterzeichner des Aufrufes nicht als „ein Geschenk erbitten", sondern als „ein Recht fordern." Zur Empfehlung dieses Anschlusses wurde noch darauf verwiesen, „daß gerade auch die wichtigsten lokalen Interessen sehr gebieterisch" die Mainzer anwiesen, „Hand in Hand mit derjenigen größten Macht zu gehen, welche die Festung" beherrsche. Für die inneren Angelegenheiten Hessens verlangte der Aufruf — ähnlich wie jener der Demokraten — Erfüllung der seit 1848 von dem hessischen Volk gestellten Forderungen, vor allem: „Gleichheit der Rechte aller Konfessionen, parteilose Rechtspflege mit Erweiterung der Kompetenz der Schwurgerichte, Hebung des Volksunterrichts, Selbständigkeit und freies Wahlrecht der Gemeinde, freie Wahl zum Landtage, Freigebung der Gewerbe, Vereinfachung der Verwaltung, Beseitigung des Vielregierens, Ersparungen im Staatshaushalte, Herabsetzung der Steuern, allgemeine Wehrpflicht mit möglichst kurzer Dienstzeit, überhaupt Förderung der Volkswohlfahrt in jeder Richtung. Was die Forderungen des Fortschritts auf dem Gebiete der inneren Politik von jener der Demokraten unterschied, das war das bestimmte Verlangen nach Beseitigung des Ministeriums Dalwigk, woran die Fortschrittsmänner im Anschluß an ihre früheren Kundgebungen festhielten.

Digitized by Google

Eine starke Stütze fand die Fortschrittspartei an Dr. Ludwig Bamberger, der von Paris aus sich an dem Wahlkampfe beteiligte. In seiner schon oben erwähnten Ansprache vom 27. November „An die Wähler Rheinhessens von einem alten Freunde" wendet er sich vorzugsweise an die Demokraten und bespricht in geistreicher Weise deren Bedenken gegen einen sofortigen Eintritt in den Norddeutschen Bund. Indem er die Losung ausgab: „Durch Einheit zur Freiheit", legte er ihnen dar, wie die Freiheit unmöglich sei, ohne Einheit, wie die Einheit den Beginn der Freiheit bilde. Darum müsse man den Zusammenschluß Deutschlands beschleunigen. Erst durch den, an sich ja unvermeidlichen Anschluß des Südens an den Norddund werde der freiheitliche Ausbau der Verfassung erleichtert. „Wollt ihr frei werden", so ruft er den Demokraten zu, „so helft Preußen frei machen. Alles andere ist verlorene Mühe. Und um an Preußens Befreiung mitzuarbeiten, dazu müßt ihr in die Gemeinschaft des Bundes mit ihm eintreten und die Hand ans gemeinsame Werk mit anlegen. Statt all der schönen sieben Sachen, die ihm der Süden verehren will, dereinst, wenn er seinen demokratischen Bund im Lande der Hoffnung wird gegründet haben, statt dessen reichet jetzt den anderen Deutschen eure Hand, eure Kraft, euren Willen und vermehrt ihren Widerstand gegen den einzig und allein mächtigen, Absolutismus, gegen den, welcher auf Preußen lastet."

In demselben Augenblicke aber, da er die Mainzer aufforderte, an der Befreiung der Preußen mitzuarbeiten, erinnerte er seine Landsleute daran, daß sie nicht imstande wären, gegen Preußen „Front" zu machen. Auf die Frage, ob denn Mainz noch hessen-darmstädtisch wäre? lautete die Antwort: „Wenn es heut dem preußischen Gouverneur gefällt, den Belagerungszustand zu verkündigen, so steht die ganze Darmstädter Maschine still und die Mainzer sind tatsächlich Preußen, — Preußen in allem, was ihnen schaden kann, nur in dem, was ihnen nützen sollte, bleiben sie Hessen und von ihrem preußischen Herrn zurückgesetzt, mit Gleichgültigkeit behandelt." Diesen Punkt in solcher Form zu berühren, war angesichts der bevorstehenden Wahl kein besonders glücklicher Gedanke, der übrigens auch in einem anderen Flugblatt jener Tage zum Ausdruck kam, worin ein Un-

Digitized by Google

genannter meinte, die Mainzer, die ja schon in der Gewalt der Preußen wären, hätten jetzt die Aufgabe, aus den Preußen Deutsche zu machen." Eine schöne Aufgabe für die Mainzer, die ja angeblich sich selbst nicht zu helfen wußten! Nüchterner als die Ansprache Bambergers war gehalten ein „Offenes Sendschreiben an die Urwähler von Mainz von einem Fortschrittsfreunde". In einem Augenblicke, wo alle Parteien einräumen mußten, daß ihre Anschauungen und Berechnungen durch den Ausgang des Krieges zuschanden geworden, war es nicht klug, in dem Eingang des Sendschreibens die besonderen Verdienste derjenigen zu betonen, die vor dem Kriege zur Neutralität geraten hatten. Auch diese Männer hatten in der Verurteilung der Bismarckschen Politik keinen weiteren Blick gehabt, als die anderen. Im übrigen mahnt auch diese Schrift die Demokratie, von ihrem Zögern abzulassen und, namentlich zur Abwendung äußerer Gefahren, in den unmittelbaren Eintritt Süddeutschlands in den Norddbund einzustimmen.

Der Inhalt der Mehrzahl der damals gewechselten Wahlschriften, die das Bedürfnis des Augenblicks eingegeben und die unter diesem Gesichtspunkte auch zu würdigen sind, zeigt, daß deren Verfasser in die wahre Lage der Dinge nicht eingeweiht waren. Zunächst irrten jene, die der Meinung waren, die Vollendung der Einigung Deutschlands werde etwa auf dem Wege des Gesellschaftsvertrags zustande kommen und der neue Bund erst möglich sein, wenn die freiheitliche Gestaltung der Verfassung und ein bestimmtes Maß von Volksrechten gewährleistet wäre. In gleichem Irrtum bewegten sich jene, die von einem Rechte des Südens auf den Eintritt in den Nordbund sprachen. Nach dieser Richtung hat nach der Wahlschlacht Bamberger einmal die richtige Bemerkung gemacht: „Der Eintritt ist weder zu erzwingen noch zu erschmeicheln." Über die Haltung der süddeutschen Staaten durch die geheimen Schutz- und Trutzbündnisse beruhigt, hatte Graf Bismarck keinen Anlaß, die Vereinigung des Südens mit dem Norden zu beschleunigen, hauptsächlich, weil damit leicht der sofortige Anlaß zu einem Kriege mit dem Auslande wäre gegeben worden. Diesen Krieg, der unvermeidbar war, noch auf einige Jahre hinauszuschieben, lag dem preußischen Staatsmann ganz besonders am Herzen. „Diesen Krieg hinauszuschieben", so schreibt Bismarck in seinen „Gedanken

Digitized by Google

und Erinnerungen II. S. 52 ff., „bis unsere Streitkräfte durch Anwendung der preußischen Wehrgesetzgebung nicht bloß auf Hannover, Hessen und Holstein, sondern wie ich damals schon nach der Fühlung mit den Süddeutschen (d. h. wegen Abschluß der Militärkonventionen) hoffen durfte, auch auf diese, gestärkt wären, war ein Gedanke, der mich damals beherrschte . . . . Jedes Jahr Aufschub des Krieges stärkt unser Heer um mehr als 100 000 gelernte Soldaten." Als nun nach vier Jahren dieser Krieg ausbrach, da war auch der Zeitpunkt der Einigung Deutschlands gekommen. In heiliger Liebe zum Vaterlande standen unter Preußens Führung einträchtig zusammen alle deutschen Stämme, auch diejenigen, auf deren Neutralität der Feind gerechnet hatte. Alle fühlten sich als Brüder, alle umschlang das Band der Liebe, das sich mächtiger erwies als die bindende Kraft von Verträgen mit ihren Bedingungen und Vorbehalten, womit man so lange Zeit sich getragen hatte.

Die Mainzer Wahlschlacht mit ihren großen und kleinen Fehden dehnte sich über das vorgesteckte Ziel hinaus, weil die Führer der beiden Flügel der Fortschrittspartei, in der Besorgnis, es würde sich an den Wahltagen des 29. und 30. November die erforderliche Mehrzahl von Wählern nicht einstellen, von der Vornahme der Abstimmung abrieten. Da infolge dieser Abmahnung an den festgesetzten Wahltagen nur ein paar Wähler sich einstellten, beraumte die Regierung von neuem die Wahlen an für die Zeit vom 5.—8. Dezember 1866. Inzwischen nahmen die schriftlichen und mündlichen Erörterungen über die Geschicke Deutschlands und über das Wohl und Wehe des engeren Vaterlandes ihren Fortgang untermischt mit zeitweisen Liebenswürdigkeiten, wie sie bei Wahlbewegungen herkömmlich sind. Namentlich fehlte es an jenen Wahltagen nicht an jenen Flugblättern, die bald mit, bald ohne Vorwissen der Parteiführer, irgend einen kleinen Hieb, einen unerwarteten Einfall an den Mann bringen.

Aus der Wahl gingen, wie sie es erwartet hatten, die Demokraten als Sieger hervor. Sie hatten es auf 1083 Stimmen gebracht, während der Fortschritt nur 952, die Partei des Frankfurter Hofes 755 Stimmen erhalten hatten. Die 84 Wahlmänner, auf den 19. Dezember zur Wahl der Abgeordneten bestellt, gaben für

Digitized by Google

Dr. Alexis Dumont 74, für Dr. Georg Oechsner 72 Stimmen ab, während Nacke 6 und Dr. Metz in Darmstadt 8 Stimmen erhielten. Mit gutem Grunde hatten die Parteien während der Wahl die von ihnen in Aussicht genommenen Abgeordneten nicht genannt und damit allen persönlichen Streitigkeiten vorgebeugt. Außer Metz hatte die Fortschrittspartei noch den Advokaten Dr. Goerz wegen Annahme der Wahl zum Abgeordneten begrüßt, aber aus gleichen Gründen, wie bei der Wahl im Jahre 1862 eine ablehnende Antwort erhalten. Mit Rücksicht auf den großen Umfang seiner anwaltlichen Tätigkeit, worin es ihm an Beihülfe gebrach, weil die Regierung den Akzessisten den Eintritt in seine Schreibstube nicht gestattete, war Goerz nicht in der Lage, eine Wahl anzunehmen. An Stelle von Goerz war dann der Beigeordnete Nacke getreten. Nach einer durch den „Temps“ später verbreiteten Behauptung des französischen Politikers Seinguerlet sollte neben Metz noch Bamberger sich um die Wahl als Abgeordneter beworben haben. Mit aller Entschiedenheit stellte aber Bamberger bei demselben Blatte eine solche Bewerbung in Abrede, unter dem Beifügen, seine Wahl wäre zweimal gesichert gewesen, wenn er hätte annehmen wollen. Das ist insofern unbestreitbar, als in Rheinhessen an zwei Plätzen bei Nachwahlen Bamberger an Stelle von Metz hätte treten können, und tatsächlich sein Bruder Rudolf Bamberger bei einer rheinhessischen Nachwahl in die Kammer berufen wurde.

Wie in Mainz, so war auch in Darmstadt und Gießen die Fortschrittspartei unterlegen gegenüber den Konservativ-Liberalen, die in den beiden jenseitigen Provinzen eine ganze Reihe von Beamten wählten: so in Darmstadt den Kommerzienrat Fink und Hofgerichtsrat Hallwachs, in Gießen den Hofgerichtspräsidenten Buff und Forstmeister Hofmann von Grünberg, in Erbach den Oberbaurat Dr. Breidert von Darmstadt, in Butzbach den Hofgerichtsrat Dr. Kraft von Gießen, in Neustadt i. O. den Oberappellationsgerichtsrat Dr. Zentgraff, in Dieburg den Oberstudiendirektor Dr. Kritzler, in Büdingen den Hofgerichtsrat Dr. Bindewald, in Ortenberg (und in Bensheim) Freiherrn Heinrich von Gagern, in Homberg den Oberförster Haberkorn, in Waldmichelbach den

Digitized by Google

Bürgermeister Huy, in Gernsheim den Landrichter Schaefer. In Seligenstadt war der Mainzer Obergerichtsrat Freiherr Arnold von Jungenfeld, in Nieder-Olm der Mainzer Bezirksgerichtsrat Dr. J. Roeder, in Bensheim Oberrechnungsrat Backe von Darmstadt und in Heppenheim der Geheimrat Dr. Seitz gewählt, alles Wahlen, bei denen die Katholiken den Ausschlag gegeben hatten. Der letztgenannte Abgeordnete, ein überzeugungstreuer Katholik, an Verstand und Wissen in gleichem Maße hervorragend, zählte, solange er wegen seines Gesundheitszustandes den früheren Landtagen angehört hatte, zu den zuverlässigsten Stützen der Regierung. Bis zum 21. Januar 1866 an dem Mainzer Obergericht als Generalstaatsprokurator tätig, zur Zeit der zahlreichen Preßverfolgungen von den Gegnern vielfach angefeindet, mußte Seitz wegen tiefer Erschütterung seiner Gesundheit in den Ruhestand übertreten, der ihm unter Anerkennung „seiner geleisteten ausgezeichneten Dienste" bewilligt wurde. Die Hoffnung seiner Freunde, daß er wieder in den Staatsdienst werde zurücktreten können, erfüllte sich schon im folgenden Jahre, freilich nur in geringem Maße, indem Geheimrat Seitz am 15. Juni 1867 zum Generalstaatsprokurator am Kassationshof in Darmstadt ernannt wurde, auf welcher Stelle ihn bereits am 28. September 1868 der Tod ereilte. Er starb in Berlin, wohin er als Mitglied der Norddeutschen Bundes-Kommission für die Reform des Zivilprozeß-Verfahrens berufen worden war.

Die Fortschrittspartei hatte die Wahl ihrer besten Kräfte: Metz, Kaibel, Edinger, Volhard, Dr. Dernburg, K. J. Hoffmann II., Becker und Bamberger aus Mainz u. a. erzielt.

Noch bevor die Nachwahlen alle vorgenommen waren, stand fest, daß das Ministerium in der Kammer über die Mehrzahl der Stimmen verfügen werde. Darauf deutete auch schon die Vorschlagsliste für die dem Großherzog zustehende Wahl eines ersten und zweiten Kammerpräsidenten. Es waren bezeichnet: Heinrich von Gagern mit 41, Buff mit 28, Wernher aus Nierstein mit 27, v. Löw mit 23, Kritzler mit 21 und Dumont mit 2 Stimmen. Nach der landesherrlichen Entschließung wurde Buff erster, Wernher zweiter Präsident der Kammer.

Digitized by Google

Bei der Eröffnung der Kammer am 22. Dezember gedachte Minister von Dalwigk, indem er die inzwischen eingetretenen politischen Veränderungen streifte, auch des Endes des Deutschen Bundes, „dem Deutschland 50 Jahre des Friedens und der materiellen wie geistigen Entwicklung zu verdanken gehabt hätte". Er setzte sich damit in Widerspruch mit den Worten des Großherzogs in dessen Erklärung vom 6. März 1848, worin es hieß: die Bundesversammlung habe die gerechten Forderungen des deutschen Volkes auf nationale Geltung nicht befriedigt. Die fünfzigjährige Friedenszeit, deren von Dalwigk gedachte, war eine Zeit der Verkümmerung der nationalen Entwickelung, eine Zeit der völligen Bedeutungslosigkeit Deutschlands im Rate der Völker gewesen. Vor fünfzig Jahren hatte man dem besiegten Frankreich mit der Verzeihung für alles den fremden Völkern zugefügte Unrecht die Möglichkeit gewährt, eine führende Rolle in Europa wieder für einige Zeit zu spielen; das siegreiche Deutschland dagegen hatte man sorgfältig in Stücke geteilt, damit es, bei ängstlicher Pflege aller Sonderbestrebungen der Einzelregierungen, unfähig bliebe, sich zu regen und der Begehrlichkeit seiner Nachbarn sich zu erwehren. Den in so langem „Frieden" erschlafften Deutschland durfte darum ein so kleiner Staat wie Dänemark wiederholt Hohn sprechen, dem in langen Frieden gewiegten Deutschland mußte widerfahren, was die letzten Monate gebracht hatten. Heute noch, nach weiteren vierzig Jahren, wollen gewisse Nationen es nicht verstehen, daß die Bundeszeit vorüber ist.

Der nicht glücklich vorgebrachten Erinnerung an den Bund folgte ein besser angebrachter Ausblick in die Zukunft. Der „Gedanke eines großen und gemeinsamen Vaterlandes", so sagte v. Dalwigk, „das Band, welches die deutschen Herzen umfaßt, kann nie untergehen und darin wurzelt unsere Hoffnung, daß der Tag kommen wird, an dem Deutschland zu neuer Einheit und Größe ersteht." Einer auch von der Regierung gewünschten Einigung Deutschlands durch den Eintritt sämtlicher deutschen Staaten in den neuen Bund standen zum Bedauern der Regierung „unübersteigliche Hindernisse" im Wege. Gleiches galt selbstverständlich von dem Eintritt sämtlicher Teile des Landes in den Bund. Sache der Kammer war es nunmehr, dem

Digitized by Google

mit Preußen abgeſchloſſenen Vertrage die Genehmigung zu erteilen und, nach dem Wunſche der Regierung, auch über die von ihr vor dem Kriege und während deſſen Dauer eingenommene Haltung ſich zu äußern. In dieſer Beziehung gab ſich die Regierung der Hoffnung hin, „daß die dermalige Kammer ihr die Billigung ihrer ſeitherigen politiſchen Richtung nicht verſagen“ werde.

So gewiß auch dieſe Billigung zu erwarten ſtand, ſo gewiß war auf den bisher betretenen Wegen für Deutſchland das Einigungswerk nicht zu erzielen. In anderer Weiſe wurde zum Glück Deutſchland für ſeine Aufgabe vorbereitet, zu deren Löſung im entſcheidenden Augenblicke alle freudig die nötigen Opfer brachten, von deren Umfang man im Jahre 1866 noch keine Vorſtellung hatte.



Digitized by Google

# Nach den Wahlen.

Von ihrem Standpunkte aus hatte die Regierung recht daran getan, als sie die Kammer auflöste und für die Neuwahlen auf die Verstimmung der Bevölkerung gegen Preußen und auf die Spaltung innerhalb der Fortschrittspartei rechnete. Was im November und Dezember 1866 die Wähler in getrennte Lager geführt hatte, das wirkte auch nach den Wahlen fort und machte sich überall fühlbar. Auch in Mainz, wo man in der ersten Zeit nach den Wahlen auf beiden Seiten des Freisinns einen friedlicheren Ton anschlug, war an eine Versöhnung der Gegensätze nicht zu denken.

Der alten Waffenbrüderschaft eingedenk, erließ am 20. Dezember 1866 die Fortschrittspartei eine an die Sieger bei der letzten Wahl gerichtete, der Mäßigung sich befleißende Erklärung. An den zur Zeit der Wahl verkündigten Grundsätzen festhaltend, gab die Erklärung der Zuversicht Ausdruck, trotz des Wahlergebnisses würden die Geschicke Deutschlands ihren Weg gehen; diesem Gange würden auch diejenigen folgen müssen, die zur Zeit noch aus Abneigung gegen den norddeutschen Stamm, aus Vorliebe für die Kleinstaaterei oder gar aus leidenschaftlicher Verbissenheit oder aus irgend einem Grunde dem Anschluß an den Norddund widerstrebten. Daran knüpfte sich die Hoffnung, die durch den letzten Krieg und dessen Übel erzeugte leidenschaftliche Stimmung würde sich bald wieder legen. „Wenn dann", so schloß die Erklärung, „jeder zur Erkenntnis gekommen ist, daß es nur einen Weg zur Einheit und Freiheit gibt, so wird auch die Kluft verschwunden sein, welche jetzt die freisinnige Partei trennt, und wir werden wieder mit vereinten Kräften gegen unsere gemeinschaftlichen Feinde die Rechte des Volkes erkämpfen und verteidigen."

So bereit die Demokraten waren, die von ihren Gegnern bewiesene Mäßigung anzuerkennen und zur Richtschnur ihrer Kundgebung zu machen, so konnten sie doch nicht umhin, in ihrer am 22. Dezember veröffentlichten Erklärung in Beantwortung einer Stelle in der Erklärung des Fortschritts zu betonen, diese Partei habe bei den letzten Wahlen den Zankapfel unter die Freisinnigen geworfen. Hatte die Fortschrittspartei die Vorgänge bei den Wahlen

Digitized by Google

als unwürdig bezeichnet, so wiesen die Demokraten darauf hin, daß die wechselseitigen Ausschreitungen während des Wahlkampfes die Einzelnen und nicht die Parteivorstände zu verantworten hätten. Auch die Demokraten verabschiedeten sich von ihren Gegnern ohne Groll im Herzen und unter der Versicherung, daß sie mit diesen zusammengehen würden, wenn es gälte gegen die gemeinschaftlichen Feinde die Rechte des Volkes zu erkämpfen und zu verteidigen.

Der versöhnlich klingenden Worte ungeachtet kam es zu keiner Verständigung. Jeder Teil blieb auf seiner Ansicht der Dinge bestehen, namentlich nachdem Bamberger in der schon erwähnten Neujahrsschrift, im Gegensatze zu den Mainzer Mitgliedern der Fortschrittspartei, den Demokraten eine so scharfe Absage gewidmet hatte. Für die fernere Verschärfung der Gegensätze sorgten ein reges Vereinsleben und die Presse.

Während des Jahrelang fortgesetzten häuslichen Streites der Liberalen untereinander erstarkte nach und nach die katholische Partei in solchem Maße, daß sie, anfangs von der Vertretung in dem Gemeinderat und in der Kammer ausgeschlossen, später mit Erfolg den Kampf mit Liberalen bei den Wahlen aufnehmen konnte. Während der Wahl des Jahres 1866 verlor die katholische Partei einen ihrer Gründer und treuesten Anhänger, die Stadt einen ihrer geachtetsten Bürger. Es verstarb nämlich am 22. November der Domdekan, Generalvikar und päpstl. geheimer Kämmerer Adam Franz Lennig (geb. am 3. Dezember 1803), unstreitig der hervorragendste Geistliche des Mainzer Sprengels, hochgeschätzt in den weitesten Kreisen des katholischen Deutschlands. In Mainz, Paris und Rom wissenschaftlich ausgebildet, ließ Lennig, seit 1832 als Pfarrer (erst in Gaulsheim, dann in Seligenstadt) angestellt, es sich angelegen sein, in seinen Gemeinden wahre Frömmigkeit und christliches Leben zu fördern. Wegen seiner hervorragenden geistigen Gaben von seinem Vorgesetzten nach Verdienst gewürdigt, wurde Lennig bereits im Jahre 1845 in das Domkapitel berufen, dann (1854) von Bischof von Ketteler zu dessen Generalvikar und (1856) zum Domdekan ernannt. Bischof von Ketteler ehrte an seinem treuen und erfahrenen Mitarbeiter und Berater dessen oft bewährten Eifer



Digitized by Google

in der Verteidigung der Rechte der Kirche, dessen klares, ruhiges und versöhnliches Wesen. Auch unter der Bürgerschaft erfreute sich der aus einer angesehenen Mainzer Familie hervorgegangene Geistliche einer großen Beliebtheit, namentlich weil er von den reichen, ihm zu Gebote stehenden Mitteln ausgiebigen Gebrauch zu Wohltätigkeitszwecken zu machen pflegte.

Über den mit der Zeit immer mehr zunehmenden Parteistreitigkeiten vergaß man in Mainz nur allzuoft die altbewährte Regel, daß man in der Politik, wenn sie einen Erfolg erzielen soll, sich nur mit dem Erreichbaren zu befassen habe. Vergebens rechneten die als „Partikularisten" verschrieenen Demokraten auf die Verwirklichung der Hoffnungen und Erwartungen der Jahre 1848 und 1849, vergeblich kämpften sie gegen die von Preußen errungene Stellung und gegen dessen weitere Ziele an. Vergeblich schauten die Großdeutschen nach Österreich aus, das für immer aus Deutschland ausgeschieden war. Unerreichbar war aber auch, was die Mitglieder des sog. „Eintrittsvereins" verlangten. Im Handumdrehen legt ein Volk nicht seine Gesinnung ab, im Handumdrehen ändert es nicht sein Denken und Empfinden, denn es wurzelt mit seinem ganzen Wesen zum guten Teil in der Vergangenheit und setzt das Erbe seiner Vorfahren fort. Was es so überkommen, das legt es nicht mit einem Rucke ab. Von jeder Seite wurde die Zerreißung Deutschlands beklagt, von jeder aber in anderem Sinne. Die Einen klagten, Deutschland sei durch die Ereignisse des Jahres 1866 schwächer geworden und übersahen dabei, daß das an Umfang größere Deutschland zu der Zeit des Bundes kein einiges Staatswesen darstellte und bei seinem zerfahrenen Zustande nach außen völlig machtlos war. Die Preußenfreunde, die den Mangel einer Verbindung zwischen dem Süden und dem Norden Deutschlands beklagten, beachteten nicht, daß seit Abschluß der im Jahre 1868 bekannt gewordenen Schutz- und Trutzbündnisse und der Militärkonventionen ein Zusammenschluß der deutschen Stämme bewirkt worden war, wie er bis dahin in Deutschland seit Jahrhunderten nicht bestanden hatte. Was noch fehlte, das durfte man getrost von der Zukunft erwarten, während durch Drängen vorerst nichts zu erreichen war.

Digitized by Google

Ein weiterer Schritt auf der Bahn zur Einigung der deutschen Länder war der am 8. Juli 1867 zwischen dem Norddeutschen Bunde, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen abgeschlossene Vertrag über die Fortdauer des (vor 40 Jahren begründeten) Zoll- und Handelsvereins, der, wie König Wilhelm I. von Preußen bei Eröffnung des Zollparlaments am 27. April 1868 mit Recht betonte, der Macht des nationalen Gedankens seine Ausdehnung verdankte und im Weltverkehr sich eine Stellung errungen hatte, worauf jeder Deutsche mit Befriedigung blicken durfte. An die Stelle des ehemaligen völkerrechtlichen Vereins, der alle 12 Jahre erneuert und dessen Angelegenheiten durch die Zollkonferenz geregelt wurden, trat ein an die Norddeutsche Verfassung sich anschließender Bund mit einem Bundesrate des Zollvereins (Hessen hatte darin 3 Stimmen) unter dem Vorsitze Preußens und einem Zollparlamente. Nach dem Vertrag setzte sich das zur Teilnahme an der Gesetzgebung in Angelegenheiten des Handels und Verkehrs zu berufende Zollparlament zusammen aus 297 Mitgliedern des Norddeutschen Reichstags und 85 Abgeordneten aus Süddeutschland, wovon 6 in den südlich des Maines gelegenen Gebietsteilen des Großherzogtums Hessen mit einer Bevölkerung von etwa 550 000 Einwohner zu wählen waren.

Die Stadt Mainz gehörte zum 5. Wahlkreise, der außer dem Kreise Mainz — mit Ausnahme von Kastel und Kostheim — noch einige Teile des Kreises Oppenheim umfaßte. Der Rest des Kreises Oppenheim mit dem Kreise Bingen bildete den 6. Wahlkreis, während der Kreis Worms zu den Kreisen Heppenheim und Wimpfen (4. Wahlkreis) geschlagen war.

Kaum waren die Wahlen, die am Donnerstag, den 19. März, zu erfolgen hatten, in Aussicht genommen, als in Stadt und Land der Kampf zwischen den Parteien in schärfster Weise entbrannte, wobei wie in den anderen süddeutschen Staaten, so auch bei uns in erster Linie wieder über den Eintritt in den Norddeutschen Bund gestritten wurde.

Auch bei dieser Gelegenheit wurde die wichtige Frage der Lösung nicht näher gebracht. Wie Großherzog Ludwig III. in seinem Aufrufe vom 19. September 1866 und Minister von Dalwigk bei Eröffnung der Ständekammer am 28. Dezember 1866 verkündigt hatten,

Digitized by Google

ſtanden damals der Ausdehnung des Norddeutſchen Bundes über das ganze Vaterland und ſelbſt nur über die ſüdlichen Teile des Großherzogtums unüberwindliche Hinderniſſe im Wege. Über dieſe Hinderniſſe belehren uns die folgenden Verhandlungen. Noch bevor die Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes fertiggeſtellt war, ſtellten im Norddeutſchen Reichstage am 9. April 1867 Graf Solms-Laubach, Freiherr Nordeck von Rabenau und Buderus an den Vorſitzenden der Bundeskommiſſion die Anfrage: „1) ob und eventuell welche Hinderniſſe dem ungetrennten Eintritt des ganzen Großherzogtums Heſſen in den Norddeutſchen Bund zur Zeit entgegenſteht? 2) eventuell ob dieſe Hinderniſſe dauernder oder vorübergehender Natur ſind?" Aus der hierauf von dem Grafen von Bismarck erteilten Antwort ging hervor, daß die heſſiſche Regierung bei den Friedensverhandlungen auf das Anſinnen einer Abtretung der Provinz Oberheſſen mit Homburg und Meiſenheim gegen eine Entſchädigung mit bayeriſchem Lande am 14. Auguſt unter Ablehnung der geſtellten Forderung den Eintritt des geſamten Großherzogtums in den Norddeutſchen Bund angeboten hatte. Nachher wurden andere Bedingungen geſtellt und angenommen. Nach Bismarcks Erklärung würde man, wenn Heſſen ſpäter den Antrag auf Eintritt des geſamten Großherzogtums in den Nordbund erneuert hätte, mit Öſterreich ſich über dieſe Angelegenheit verſtändigt haben. In gleicher Weiſe äußerte ſich Graf Bismarck auch noch einmal in der Sitzung des Norddeutſchen Reichstags vom 24. September 1867. Mit dem Eintritt eines einzelnen ſüddeutſchen Staates in den Nordbund ward aber, wie aus einer ſpäteren Rede des Grafen Bismarck in dem Norddeutſchen Reichstage vom 24. Februar 1870 erhellt, der Löſung der deutſchen Frage ein richtiger Dienſt nicht geleiſtet. Dieſe Löſung war nur zu erwarten, wenn der Süden Deutſchlands ſich zu einer engeren Verbindung zuſammenſchloß und wenn dann der ganze Süden mit dem Nordbund ſich einigte, in welcher Form es immer auch ſein mochte. Die Rede Bismarcks knüpfte an die Beratung eines mit Baden abgeſchloſſenen Vertrags über Gewährung der Rechtshülfe an und an die von dem Abgeordneten Lasker verlangte Anerkennung der nationalen Beſtrebungen der Regierung und des Volkes in Baden, wobei der Redner folgende Äußerung tat: „Ich würde,

Digitized by Google

wenn mir jetzt die Eröffnung von Karlsruhe käme, das Präsidium möge die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund beantragen, diesen Antrag im Interesse des Bundes und im Interesse des Großherzogtums Baden als intempestiv, rebus sic stantibus, ablehnen und würde sagen: wir werden Euch den Zeitpunkt kennzeichnen, wo uns das im Gesamtinteresse Deutschlands, im Interesse der Politik, die wir bisher, ich kann wohl sagen, nicht ohne Erfolg durchgeführt haben, angemessen erscheint."

Was Graf Bismarck als Voraussetzung einer Einigung mit Süddeutschland erachtete, nämlich: daß der Süden, insbesondere Bayern und Württemberg, in „voller Freiwilligkeit, ohne Drohen, ohne Pression, ohne Druck" den Anschluß begehren möge, das war nach den Stimmen bei den ersten Wahlen zum Zollparlament in Süddeutschland und nach dem Ergebnisse der Wahlen vorerst noch nicht zu erwarten. Wohl im Hinblick auf diese Vorgänge ließ Graf Bismarck in dem Reichstage die Worte fallen: „Der verstimmte, gezwungene Bayer oder Württemberger in der engsten Gemeinschaft kann mir nichts helfen und ich würde immer vorziehen, noch ein Menschenalter zu warten, als Zwang nach der Richtung hin zu üben."

Weniger geduldig als Graf Bismarck trat bei uns die Partei auf, die als Vertreter von Mainz im Zollparlamente den Kämpfer für den deutschen Einheitsstaat unter Preußens Führung, Dr. Ludwig Bamberger, aufgestellt hatte. Von dem brennenden Wunsche erfüllt, für die Einigung Deutschlands im Zollparlamente seine Stimme erheben zu können, ging Bamberger während der Wahlzeit in Wort und Schrift in ungestümer Weise gegen seine Gegner los, die ihm die Antwort nicht schuldig blieben. Eine von den Flugschriften jener Tage war in so ungewöhnlich heftigem und verletzendem Tone abgefaßt, daß man noch Jahrelang von dem sog. „Spelunkenlibell" in den Kreisen der angegriffenen Demokraten und Katholiken zu reden hatte. Es entspricht nicht dem Ernste einer geschichtlichen Darstellung, sich eingehender mit den während des Wahlkampfes wechselseitig erhobenen Anschuldigungen und Vorwürfen zu befassen. Die Demokraten, die ihren Führer, Dr. Dumont, als Vertreter in Aussicht genommen hatten, rechneten mit aller Bestimmtheit auf den Sieg und frohlockten schon

Digitized by Google

im voraus über die Niederlage von Bamberger, zumal die Katholiken aus politischen Gründen der Wahl Dumonts zugestimmt hatten. In Mainz siegte denn auch Dumont mit einer Mehrheit von 600 Stimmen, die aber wettgeschlagen wurden durch die Abstimmung auf dem Lande, sodaß Bamberger mit einer Stimmenmehrheit von etwas über 50 Stimmen endgültig als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorging.

Zum erstenmale beteiligte sich die Arbeiterpartei an dem Wahlkampfe. Als sie am 15. März eine Wahlversammlung im Gartenfelde (in der Reitschule) abhielt, traten Bebel und Liebknecht als Redner auf, die vorher in dem Akademiesaale bei den Demokraten eine Ansprache gehalten hatten. Der von den Arbeitern aufgestellte Schuhmacher Peter Böll aus Bechtolsheim brachte es auf 365 Stimmen.

Zwei gerichtliche Nachspiele dienten dazu, die in den Märztagen entfalteten Leidenschaftlichkeiten noch einmal wachzurufen. Zwei Mainzer Kaufleute wurden beschuldigt, dem von der Arbeiterpartei aufgestellten Peter Böll Geld angeboten zu haben, um ihn zum Rücktritt zugunsten Bambergers zu bestimmen. Sie wurden von dem Bezirksgericht verurteilt, dessen Erkenntnis bei den oberen Gerichten Bestätigung fand. Auch wegen des oben erwähnten „Libells" wurde gegen dessen Verfasser und Verbreiter wegen Beleidigung des Ministeriums Dalwigk eine Strafverfolgung eingeleitet, die am 27. November 1868 bei Großh. Bezirksgerichte Mainz zu einer Verurteilung Bambergers in eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten und in eine Geldstrafe von 200 Gulden führte. Außer Bamberger wurden noch Rentner Jakob Dietrich, die Kaufleute Seeger, Goldschmidt zu Gefängnisstrafen von je 1 Monat und Geldstrafen von je 150 Gulden, Redakteur Schaefer in eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und eine Geldstrafe von 100 Gulden verurteilt. Durch Urteil vom 5. Mai 1869 hob das Großh. Obergericht die Entscheidung des ersten Richters auf, sprach Bamberger, Dietrich, Seeger und Goldschmidt von der erhobenen Anschuldigung frei und verurteilte den Redakteur Schaefer wegen Zuwiderhandlung gegen das Preßgesetz zu einer Geldstrafe von 150 Gulden. Von dem Mainzer Kreisamte hatte ein Blatt berichtet, dieses habe packweise die Wahlaufrufe

Digitized by Google

für Dr. Dumont verbreitet, was die angegriffene Behörde durch eine Erklärung vom 18. März als eine „dreiste Lüge" zurückwies.

In Hessen waren als Abgeordnete zum Zollparlamente gewählt worden: Obersteuerrat Fabricius in Darmstadt, Fabrikant August Kugler in Offenbach, Kommerzienrat Fink in Darmstadt (im Wahlbezirk der Kreise Bensheim, Erbach, Lindenfels und Neustadt), Regierungsrat Pfannebecker in Worms, Dr. Ludwig Bamberger und Dr. A. Metz in Darmstadt (für den Wahlkreis Bingen-Alzey). Von den Gewählten gehörten Kugler, Bamberger und Metz, also die Hälfte, der Fortschrittspartei an. Im Zollparlamente stimmten aber auch einige von den durch die Konservativen gewählten Vertretern mit der Fortschrittspartei. „Im ganzen hatten die Wahlen in Süddeutschland 49 Gegner und 36 Anhänger der nationalen Richtung ergeben", berichtete eine Meldung aus jener Zeit. Von diesen 49 Vertretern, die der Mehrzahl nach so gut deutsch gesinnt waren wie die anderen Vertreter, hat mancher in Berlin eine Wandlung in den Anschauungen durchgemacht. Es war König Wilhelm wohl berechtigt, beim Schlusse der ersten Tagung des Zollparlaments am 23. Mai 1868 die Hoffnung auszusprechen, die Verhandlungen des Parlaments hätten dazu gedient, „das gegenseitige Vertrauen der deutschen Männer und ihrer Regierungen zu kräftigen und manche Vorurteile zu zerstören oder doch zu mindern, die der einmütigen Betätigung der Liebe zu dem gemeinsamen Vaterlande, welche das gleiche Erbteil aller deutschen Stämme ist, etwa im Wege gestanden haben". Weiter sprach König Wilhelm die Hoffnung aus, die Abgeordneten möchten zur Überzeugung gelangt sein, daß „in der Gesamtheit des deutschen Volkes ein brüderliches Gefühl der Zusammengehörigkeit lebt, welches von der Form, die ihm zum Ausdruck dient, nicht abhängig ist und welches gewiß in stetigem Fortschreiten an Kraft zunehmen wird", wenn alle bestrebt bleiben, „in den Vordergrund zu stellen was eint, und zurücktreten zu lassen, was trennen könnte."

Das von dem Könige in so herrlichen Worten zum Ausdruck gebrachte Vertrauen auf die Liebe der Deutschen zum gemeinsamen Vaterlande und auf die Macht der Zeit wurde nach zwei Jahren in vollem

Digitized by Google

Maße gerechtfertigt. Nachdem im Jahre 1870 die Söhne des Nordens und des Südens in gemeinsamem Kampfe ihr Leben für die Sache des Vaterlandes eingesetzt hatten, mußten die Schranken fallen, die bis dahin den Süden von dem Norden Deutschlands getrennt hatten. Von demselben Bayern, das bei den Wahlen im November 1869 in die Kammer 80 „Patrioten" entsendet hatte, ging innerhalb Jahresfrist der Antrag aus, an Stelle der völkerrechtlichen Verträge zwischen Süden und Norden ein Bündnis zu schließen. Auf Grund von Vereinbarungen mit Baden und Hessen (15. November), Bayern (23. November) und Württemberg (25. November) kam die Bundesverfassung zustande und erfolgte dann im Schlosse zu Versailles am 18. Januar 1871 die Verkündigung des deutschen Reiches und die Annahme der Kaiserwürde. In den an allen Orten Deutschlands sich kundgebenden Jubel über das endlich gelungene Werk der Einigung stimmten auch die Mainzer ein, die im Laufe der Zeiten bei der Machtlosigkeit des Reiches für ihre Liebe zum Vaterlande oft schwerere Opfer hatten bringen müssen, als sie anderwärts gefordert wurden. Mit der Freude über das wiedererstandene Reich verknüpfte sich hier die feste Zuversicht, daß von nun an fremden Eroberungsgelüsten der Weg verlegt sei nach Mainz und durch Mainz nach den jenseitigen Gauen Deutschlands. Der Kriegsgefahr mehr entrückt, erwarteten die Mainzer nunmehr die lang ersehnte Beseitigung der Hindernisse, die der Entwickelung und der Erweiterung der Stadt bisher im Wege gestanden.

Digitized by Google

# Beilagen.

Zu S. 17: Bei der Strafverfolgung gegen Twesten handelte es sich um die Frage, ob die in § 84 der preußischen Verfassung den Kammermitgliedern gewährleistete Redefreiheit diese vor einer strafrechtlichen Verfolgung wegen einer dem Strafgesetz zuwiderlaufenden Äußerung (Beleidigung, Verleumdung, Hochverrat usw.) schütze? Die Entscheidung des Obertribunals, die einen so weit gehenden Schutz versagte, fand einen Verteidiger in dem ehemaligen Generalstaatsprokurator des Großh. Obergerichts Mainz, Geheimrat Dr. E. Seitz („Zum Processe Twesten", Mainz, Verlag von Franz Kirchheim 1866), der auf Grund einer rechtsgeschichtlichen Darlegung zu gleicher Ansicht wie das Obertribunal kam, ohne im übrigen dessen Erwägungsgründe zu billigen.

Die Frage kam noch einmal im preußischen Landtage zur Besprechung, nachdem ein Antrag auf Erlaß einer „Deklaration" des § 84 der preuß. Verfassungsurkunde durch Lasker dahingestellt worden war: „In Gemäßheit des Artikels 84 der V.-U. vom 31. Januar 1850 darf kein Mitglied des Landtags wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerung gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung desjenigen Hauses, zu welchem es als Mitglied gehört, zur Verantwortung gezogen werden." Der Antrag, der von Bismarck bekämpft worden war, wurde in der Sitzung des Landtages vom 27. November 1867 mit 180 gegen 160 Stimmen angenommen. An eine Zustimmung des Herrenhauses war nicht zu denken, da, wie man vielfach hören konnte, die verlangte „authentische Interpretation über den Wortlaut der Verfassung hinausging." (Der Art. 84 lautete: „Sie (die Mitglieder der Kammern) können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf dem Grunde der Geschäftsordnung zur Rechenschaft gezogen werden.")

Unverdient und unwürdig war der damals in München zur Verhöhnung des Obertribunals aufgekommene Spruch:

Digitized by Google

„Was ist ein Tribunal?
Eine Behörde, die das Recht spricht.
Was ist ein Obertribunal?
Eine Behörde, die das Recht bricht."

Zu S. 39. Direktor Ed. Sander ist, was hier berichtigt wird, nicht in Mainz, sondern in Neisse in Schlesien (am 15. Dezember 1809) geboren. Er kam aber schon als Kind nach Mainz und erhielt hier den ersten Unterricht. Sander hatte große Kenntnisse auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und bewährte sich auch als Geschichtsforscher durch Herausgabe von Schölls Annales Bingenses (Mainz 1853). Er starb in Bingen am 15. September 1873.

Zu S. 40. Nach dem Vorbilde der Zuschrift an die Franzosen ließen zur Zeit des sog. Luxemburger Handels die Pariser Studenten eine Erklärung an die deutschen Studenten ergehen, worin es hieß:

„Deutsche Brüder! Der Horizont zeigt sich finster und drohend. Kriegslärm läßt sich zu beiden Seiten des Rheins hören. Die Nationen erwarten unruhig, was ihnen die Zukunft bringt. Und ist die Zeit des Völkerhasses nicht längst vorbei? Fern von uns sind die Ideen eines anderen Zeitalters. Die Völker sind groß nicht durch ihre Gebiete, sondern durch ihre Einrichtungen. Es ist nicht die Ausdehnung ihrer Grenzen, sondern diejenigen ihrer Freiheiten, welche Frankreich und Deutschland wollen müssen. Kein Mann von Mut hat jemals den Krieg gefürchtet, aber jeder Ehrenmann muß ihn verachten. Hassen wir ihn wegen des Elendes, welches er im Gefolge hat und wegen seines Despotismus. Ist es nicht auch Sache der Studenten, diese große Wahrheiten laut auszusprechen? Gehen wir nicht zusammen auf diesem fruchtbaren Weg, deutsche Brüder? Durch uns und mit euch möge Friede sein, welcher die Völker zu Glück, Ehre und Freiheit führt."

Zu S. 67. Über den Umfang der Einquartierungslast in der Zeit vom Abzug der alten Besatzung bis zum Wiedereinzug der Preußen belehrt uns eine Zusammenstellung in den Akten der Bürgermeisterei Mainz. Darnach verlangte die Stadt Mainz eine Entschädigung für Einquartierung von Bundestruppen im Betrag von über 100 000 Gulden. Abgesehen von kleineren, bereits bezahlten Be-

Digitized by Google

trägen erhielt im Jahre 1868 die Stadt von den Bundesregierungen den Betrag von 75 074 Gulden.

Zu S. 75. „Eine Rheinfahrt 1866. Es war Ende Juli, daß ich einen kleinen Urlaub in Bingen zubrachte. Die Preußen waren schon in der Stadt und lagerten am Rheinufer. Mit langgezogenem schrillem Pfeifen, dem Feinde zum Hohn, fuhr vor meinen Augen der letzte nassauische Bahnzug aus Rüdesheim ab. Die Linie Bingen-Mainz war bereits eingestellt. Jetzt hieß es, nach Hause eilen. Ein Dampfschiff ging soeben ab. Ich bestieg es, und ohne die Zwischenstationen zu berühren, gelangte es in die Gegend von Nieder-Walluf. Eine unheimliche Stille lag über dem sonst so verkehrsreichen Strom. Kein Fahrzeug begegnete uns, kein lebendes Wesen war an beiden Ufern zu sehen. Als wir aber in die Nähe von Biebrich kamen, hörten wir den Donner der Kanonen von beiden Seiten der Feinde. Die Unsrigen schossen von der befestigten Rheininsel aus, und die feindlichen Kugeln flogen über das Schiff, sodaß der Kapitän erklärte, er müsse anhalten und könne nicht bis Mainz fahren. Als der Kampf beendigt war, wurden wir mit einem Kahn — es waren 4 Passagiere — übergesetzt. Keiner sprach ein Wort vor Angst. Nachdem wir wohlbehalten ausgestiegen waren, rief einer der Gefährten, von dem Anblick der prachtvollen Gegend entzückt, aus: „Was wäre die Welt so schön, wenn keine Menschen darauf wären!" Zwei Offiziere zu Pferd ritten am Ufer rekognoszierend auf und ab. Wir erschienen ihnen nicht verdächtig, marschierten, ohne jemand zu begegnen, nach Mainz und gelangten durch das Raimunditor, wo die Oldenburger die Wachen hatten, unbehelligt am späten Abend nach Haus. — Am Sonntag danach war ich im Dom, wo Bischof Ketteler vor einem zahlreichen Publikum über das Thema von der Ewigkeit predigte. Er war kaum — etwas nach 4 Uhr — über die Einleitung gekommen, als man in der Kirche vom Rhein her heftiges Schießen vernahm. Viele der Anwesenden eilten hinaus. Auch ich lief der Menge nach und sah das gegenseitige Feuern an denselben Stellen wie 2 Tage vorher. „Jetzt wird es Ernst, meinte ein Zuschauer, wir werden ein Bombardement wie 1793 bekommen." Doch bald schwiegen an jenem Abend die Kanonen, und bald kam die Nachricht vom Waffenstillstand." H.

Digitized by Google

Zu S. 75. Die Bestimmungen des am 20. Juni 1866 über Mainz, Kastel, Zahlbach, Bretzenheim, Gonsenheim, Kostheim, Mombach und Weisenau verhängten Belagerungszustandes lauteten, wie folgt:

Art. 1. Die obere Leitung der Polizei wird dem k. k. österreichischen Herrn Oberstleutnant und Platz-Kommandanten Graf Bergh v. Trips und dem großherzoglich hessischen Herrn Kreis-Assessor Dr. Jaup übertragen, deren Anordnungen und Befehlen sämtliche Polizeibehörden mit ihren Bediensteten unbedingte Folge zu leisten haben.

Art. 2. Alle Fremden ohne Ausnahme sind gehalten, sich bei der vorstehend bezeichneten Kommission zu legitimieren, und eine Aufenthaltskarte zu erwirken. Der Mangel einer von dieser Kommission ausgestellten Legitimation hat die Ausweisung zur Folge.

Art. 3. Volksversammlungen in geschlossenen Räumen wie unter freiem Himmel sind verboten.

Art. 4. Zeitschriften und Zeitungen haben sich, bei Vermeidung der Beschlagnahme aller vorrätigen Exemplare und der Entziehung der Konzession, jedweder Mitteilungen über irgend welche militärischen Angelegenheiten oder Maßnahmen in der Festung und deren Rayon zu enthalten.

Art. 5. Die Untersuchung und Aburteilung sämtlicher die Verteidigung und Sicherheit der Festung, sowie die damit im Zusammenhange stehende Ordnung im Innern, gefährdenden Handlungen wird mit Ausschluß der Zivilgerichte der militärischen Gerichtsbarkeit unterstellt.

Art. 6. Der militärgerichtlichen Behandlung fallen insbesondere nachstehende Reate anheim und werden dieselben bestraft: A. Mit dem Tode: 1. Mord, Mordversuch an Offizieren, Militärbeamten, Unteroffizieren und Soldaten der Garnison, sie mögen sich im Dienste befinden oder nicht. 2. Aufruhr, durch welchen die Sicherheit der Festung und der Garnison gefährdet wird. 3. Landesverrat, und zwar gehört hierher: a. Wer dem Feind irgend einen Vorschub leistet, oder den eignen Truppen Hinterlist in den Weg legt oder Nachteile zufügt. b. Wer Verteidigungsposten, Angehörige der Garnison

Digitized by Google

oder der verbündeten Mächte in Feindesgewalt bringt. c. Wer dem Feinde als Kundschafter dient, einem feindlichen Kundschafter wissentlich Vorschub leistet, dem Feinde Operationspläne, Risse von Festungen, Lagern oder anderen militärisch wichtigen Punkten, oder Nachrichten über Stärke oder Stellung von Truppen mitteilt. d. Wer dem Feind Mannschaft, Waffen oder andern Kriegsbedarf zuführt. e. Wer Angehörige der Bundesarmee zur Meuterei oder Fahnenflucht verleitet. f. Wer in rechtswidriger Absicht die Festungswerke, das Kriegsmaterial, die zur Verteidigung der Festung und Erhaltung der Besatzung vorhandenen Vorräte, die Eisenbahn oder deren Material, die Telegraphen, die öffentlichen Wege, Straßen, Brücken, Dämme, Schleußen, Kanäle, Brunnen und Wasserleitungen, die Beleuchtungs- und Lösch-Anstalten, ebenso die zum Festungsdienste bestimmten Schiffe und Flöße zerstört oder beschädigt. 4. Raub, Plünderung oder Erpressung mit bewaffneter Hand oder in Verbindung von Zweien oder Mehreren. 5. Vorsätzliche Brandstiftung. B. Mit Gefängnis von einem bis zu drei Monaten, oder Korrektionshaus von drei Monaten bis zu fünf Jahren: 1. Vorsätzliche Befreiung von Kriegsgefangenen oder Hülfeleistung hierzu ohne verräterische Absicht. 2. Widersetzung gegen die mit Handhabung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beauftragten Militär- und Zivilbehörden und deren Bediensteten durch gewalttätiges Handanlegen oder Drohen mit Waffen oder körperliche Mißhandlung, vorbehaltlich der für Körperverletzung bestehenden strengeren Zivilstrafgesetzgebung. 3. Verleitung der Soldaten zu den bezeichneten Widersetzlichkeiten. C. Mit Gefängnis von einem Tage bis zu drei Monaten, oder Korrektionshaus von drei bis zu neun Monaten: 1. Zuwiderhandlung gegen die inbezug auf Presse und Volksversammlungen gegebenen Bestimmungen. 2. Böswillige Verbreitung beunruhigender oder die öffentliche Sicherheit gefährdender Gerüchte. 3. Vernichtung, Beschädigung oder Abnahme öffentlicher auf militärische Verhältnisse Bezug habender Bekanntmachungen von Zivil- und Militärbehörden.

Art. 7. Sämmtliche übrige Verbrechen, Vergehen und Übertretungen der Zivilangehörigen bleiben nach wie vor der Zuständigkeit der Zivilbehörden überlassen.

Digitized by Google

Art. 8. Das Militärgericht wird mit Militär- und Zivilrichtern zusammengesetzt. Über den hierbei zu befolgenden Prozeßgang wird eine besondere Bestimmung erlassen.

Art. 9. Die Todesstrafe wird durch Erschießen vollstreckt.

Art. 10. Gefängnis kann von einem Tage bis zu drei Monaten, Korrektionshaus von drei Monaten bis zu fünf Jahren zuerkannt werden. Die Gefängnisstrafe kann je nach der Entscheidung des Gerichtes im militärischen oder bürgerlichen Strafslokale, die Korrektionsstrafe dagegen nur in der hierfür bestimmten Zivilanstalt dahier erstanden werden.

Art. 11. Die Truppen der Garnison stehen auf die Dauer des Belagerungszustandes unter ihren für diesen Fall gegebenen eigenen Kriegsgesetzen.

Art. 12. Alle großherzoglich hessischen Staats- und Gemeinde-Beamten des in Belagerungszustand erklärten Bereiches bleiben in ihren Funktionen, soweit dieselben durch vorstehende Bestimmungen nicht derogiert werden.

Art. 13. Der Belagerungszustand tritt sofort, nachdem er unter Trommelschlag und durch öffentliche Anheftung verkündet ist, in Kraft.

Graf von Rechberg
Gouverneur.

Zu S. 89. Den Mitgliedern der von Juni 1866 an stark in Anspruch genommenen Einquartierungskommission stattete der Stadtvorstand durch folgendes Schreiben seinen Dank ab:

„Infolge gemeinderätlichen Beschlusses vom 3. Oktober l. J. liegt uns die Pflicht ob, Ihnen bei dem nunmehrigen Schlusse Ihrer Funktionen mit Bezug auf unser Schreiben vom 18. v. M. auch unsererseits im Namen des gesamten Stadtvorstandes den wärmsten Dank für Ihre Leistungen auszusprechen. Sie haben sich dem mühevollen, unangenehmen und undankbaren Geschäfte, zu welchem wir Sie zu berufen uns erlaubten, mit einem Bürgersinne und einer Opferwilligkeit hingegeben, welche um so mehr Anerkennung verdienen, als Sie bei Übernahme dieser Funktionen selbstredend Ihre eigenen Privatgeschäfte zurückstehen ließen, um sich einem öffentlichen Interesse zu widmen. Empfangen Sie daher die Versicherung, daß wir die

Digitized by Google

Unterstützung, welche Sie in dieser wichtigen Angelegenheit dem Stadtvorstande in so erfolgreicher Weise Monatelang zuteil werden ließen, in angenehmer Erinnerung bewahren werden, wobei wir zugleich dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Stadt nicht noch einmal in den Fall kommen möge, Ihre Tätigkeit in solcher Weise in Anspruch zu nehmen." J. A. d. B.:

Mainz, den 8. Oktober 1866. Der Beigeordnete Racke.

Die Kommission hatte aus folgenden Herren bestanden: 1. Betz, Ölfabrikant, Präsident, 2. Klein, Rentner, Vizepräsident, 3. Cuny, Gerichtsakzessist, Sekretär, 4. Magnus, Agent, 5. Thuquet, Tapetenhändler, 6. Gerock, Rentner, 7. Scheppler, Tuchhändler, 8. Gröser, A., Rentner, 9. Fink, Rentner, 10. Thomas, Leinwandhändler, 11. Frenay, Kaufmann, 12. Alfeld, Kaufmann, 13. Dubois de Luchet, Weinhändler, 14. Pabstmann, Weinhändler, 15. Britz, Baumeister, 16. Memminger, Privatmann, 17. Dr. Rautert, Chemiker, 18. Renleaux, Materialist, 19. Seemann, Kaufmann, 20. Reinach, Weinhändler, 21. Webel, Rentner, 22. Dietrich, Jakob, Kaufmann.

Zu S. 93. An Mein treues Volk!

Die Ereignisse eines Krieges, des traurigsten der gedacht werden kann, weil er ein Bruderkrieg war, hatten Mich gezwungen, mein Land zu verlassen. Aber Mein Herz war stets bei Meinem guten Volke, und alle Drangsale, die Mein Volk zu ertragen, alle Opfer, die es zu bringen hatte in einem Kampfe, den wir für eine gerechte Sache zu führen glaubten, habe ich auf das Tiefste mit ihm empfunden. Der Friede ist hergestellt und Ich kehre zurück in das Vaterland, mit dem Ich in gegenseitiger Treue verbunden bin.

Ich habe schmerzliche Zugeständnisse machen müssen, um Meinem Hessen den Frieden wiederzugeben. Einzelne Landesteile mußten von Mir abgetreten werden. Mögen die Bewohner derselben Meiner freundlich gedenken und ihrer neuen Regierung mit Vertrauen und Liebe entgegenkommen. Mögen sie unter dieser neuen Regierung so glücklich sein wie Ich sie zu machen aufrichtig bemüht war.

Die alte Treue, der alte Mut Meiner wackeren Hessen hat sich im bürgerlichen Leben, wie auf dem Schlachtfelde, in den ernsten Augenblicken der verflossenen Monate glänzend bewährt. Ich danke



Digitized by Google

Meinem Volke, Meinen Truppen, Meinen Beamten für das, was sie für das Vaterland und für Mich getan haben. Ich danke insbesondere den edlen Männern und Frauen, welche durch Werke der aufopferndsten Menschenliebe das Los der Verwundeten, der Kranken und Notleidenden erleichtert haben. Die Erinnerung daran gewährt Mir Trost für die Vergangenheit, Mut und Vertrauen in die Zukunft bei dem schweren Werk, welches vor uns liegt.

Wir haben nicht bloß die Wunden zu heilen, welche der Krieg unserem Hessen geschlagen hat, wir haben auch mit der Neugestaltung unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes in einer die gerechten nationalen Ansprüche befriedigenden Weise zu beginnen. Der alte Rechtsboden, auf dem wir hätten fortbauen können, ist zusammengebrochen. Wir müssen nun die Vervollkommnung des durch die Macht der Tatsachen geschaffenen neuen Rechtszustandes zum Gegenstande unserer Sorge machen. Mein eifriger Wunsch war, den Bund, welcher dermalen den Norden Deutschlands umfaßt, auf das ganze große Vaterland ausgedehnt zu sehen. Rücksichten, deren Beseitigung nicht in Meiner Macht liegt, standen bis jetzt der Erfüllung Meines Wunsches entgegen. Aber wie Ich stets seit Meinem Regierungsantritte, neben dem Wohle Meines Hessischen Landes, das Glück und die Größe des gemeinsamen deutschen Vaterlandes und die Kräftigung des dasselbe umschlingenden Bandes angestrebt habe, so werde Ich auch für die Zukunft dieses Ziel nicht aus dem Auge verlieren. Ich rechne dabei auf das Vertrauen und die Unterstützung Meines guten und bewährten Volkes.

Worms, den 17. September 1866. Ludwig.

Zu S. 103. Für die Beurteilung der Gesundheitsverhältnisse in Mainz in jener Zeit dürfte von Bedeutung sein eine Äußerung, die der Mainzer Bauunternehmer Christian Lothary in der Sitzung der II. Ständekammer vom 7. Juni 1866 gemacht hat, als davon die Rede war, es sei ein Verbot notwendig, „welches bewirkt, daß künftighin keine Abtrittsstoffe mehr in die Bäche und Flüsse gelangen dürfen." Er sagte damals:

. . . „in der Stadt Mainz beschäftigt man sich mit dieser Frage schon seit längerer Zeit; es hat sich nämlich herausgestellt, daß

Digitized by Google

mehrere Hunderte von Abtritten in die ſtehenden Kanäle fließen und daß mitunter die Kanäle ſo wenig Gefälle haben, daß der hereingebrachte Kot durchaus nicht regelmäßig abfließen kann, ſondern daß in einzelnen Teilen der Stadt Mainz gegenwärtig eine wahre Verpeſtung der Luft und mitunter auch des Waſſers in den Brunnen dadurch entſtanden iſt, daß die Exkremente nicht wegfließen können. Dies wurde von Seiten des Stadtvorſtandes ſehr ſcharf ins Auge gefaßt und der Beſchluß gefaßt, bei dem Kreisamt und dem Miniſterium dahin zu wirken, daß auf einmal dieſe Einmündung in die öffentlichen Kanäle von den Betreffenden beſeitigt werden und den Hauseigentümern aufgegeben werden ſollte, waſſerdichte Kloaken zu bauen, um dieſe Exkremente aufzunehmen, von wo aus ſie ſpäterhin geruchlos entfernt werden ſollten. Dieſem Erſuchen wurde von Seiten des Kreisamtes und des Miniſteriums entſprochen und ſomit iſt bei uns eine Verordnung erſchienen, wonach jeder Hauseigentümer, deſſen Abtritt in einen Kanal mündet, gehalten iſt, in ſo und ſo viel Zeit die Einmündung zu kaſſieren und eine waſſerdichte Abtrittsgrube in ſeinem Hauſe zu bauen. Nun ſind einzelne Bürger dieſer Verordnung nachgekommen, andere ſagen aber: Die Verordnung iſt kein Geſetz und überhaupt geht unſer Abtritt ſchon ſeit hunderten von Jahren in den Kanal, warum ſollten wir auf einmal im öffentlichen Intereſſe gehalten ſein, die Einmündung zu verſtopfen und waſſerdichte Abtrittsgruben anzulegen? Darüber entſteht jetzt wahrſcheinlich ein Rechtsſtreit mit Mehreren; es iſt deshalb ſchon empfehlenswert und notwendig, daß in dieſer Beziehung ein Geſetz erlaſſen wird, worin man ſich deutlich ausſpricht. . .“



Digitized by Google

# Namen-Verzeichnis.

(Die Zahl hinter den Namen bedeutet die Seiten.)


Abresch, Carl 121.
Adolf, Herzog von Nassau 70.
Aleiter, Mart. 120.
Alexander, Prinz von Hessen 46, 54, 65, 70, 72.
Alfeld 145.
Alice, Prinzessin von Hessen 32.
Anschel, Dr. med. 22.
Bamberger, Dr., Ludwig 14, 113, 123, 131, 135, 136, 137.
Bamberger, Rudolf 21, 78, 121, 127.
Barthel, Ph. 120.
Bebel 136.
Becker, August, Rat 10, 22, 49, 50, 127.
Benedetti 84.
Bennigsen 36.
Berg v. Tirps, Graf 65, 95, 142.
Bernays, Dr. jur. 102.
Bettelhäuser, Karl 121.
Bey, Franz 32.
Bey, K. 145.
Bismarck, Graf 2, 4, 7, 24, 44, 48, 49.
Bittong, Betty und Maria 99.
Blumschli 36.
Bockenheimer, K. G. 102.
Böll, Peter 136.
Bömper, J. 120.
Bömper, Wilh. 99, 102.
Bopp, Franz 33.
Boudin, N. Franz 22.
Braun 36.
Brix 145.
v. Buch 63.
Burkard, J. B. 31.
Christian IX. von Dänemark 5.
Confeld, Dr. 88.
Croissant, Dr. 37.
Cuny, J. B., Dr. jur. 102, 145.
Cuny, Dr. med. 102, 106.
Cuny, Mich. 112.
Dalwigk, von 8, 9, 12, 50, 53, 83, 90, 91, 109, 128.
Deich, von 32.
Deninger, K. Fr. Jul. 21, 97, 98.
Dietrich, Jak. 122, 136.
Dillenius, Dr. 33.
Dofflein 102.
Dubois de Luchet 37, 145.
Dumont, Adolf 56.
Dumont, Dr., Alexis 10, 13, 22, 38, 49, 51, 52, 97, 120, 126, 135.
Edinger 39.
Elbert, Ph. 120.
Falk, Georg 22.
Falk, Joh. III. 54, 56, 57, 118.
Feist, Friedrich 122.
Felmer, L. 102.
Finger 35.
Fitting, Herm. 14, 22, 29, 53, 90, 111, 122.
Franz, Josef, Kaiser v. Österr. 3, 4, 7.
Friedrich VII., König v. D. 5.
Friedrich VIII., Herzog v. Augustenburg 5.
Friedrich Karl, Prinz v. Pr. 5.
Friedrich Wilhelm, König v. Pr. 1.
Frings, K. H. 30, 31.
Gablenz, Ant. von 28.
Gablenz, Ludwig von 5, 28.
Gagern, H. von 1, 126.
Gastell, Albert 21.
Gastell, Otto 56.
Gastell, Fräulein 99.
Goldschmidt, L. 78.
Goldschmidt, Sal. 120.
Goldschmidt, Sam. 21.


Digitized by Google

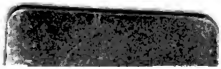
Görz, Jos. 14, 22, 37, 38, 39, 40, 41, 109, 122.
Görz, Fr., Dr., Arzt 103.
Görz, Friedr., Dr. jur. 102.
Gottschall, Jos. 120.
Gottsleben 30.
Gräff, K. 39.
Haffner, Domkapitular 32, 100.
Harig, Adam 120.
Heininger, Jos. 122.
Hellermann 31.
Hellwitz 38.
Helwig, Dr. 98.
Herff, H. 120.
Heß, Ad. 98, 103.
Heß, Dr. 22, 103, 122.
Hickethier 30.
Hillebrand, J. J. 120.
Hirsch, Dr. 104.
Hochgesand, Dr. 100, 103.
Hofmann, Karl 50.
Hofmann von Donnersberg 64, 68, 95.
Holstein, Prinz von 60, 62, 86.
Holzammer, Prof. 32.
Jaup, Dr. 75, 142.
Jung, Dr. 14, 39, 52, 98, 101.
Jungenfeld, Freiherr Arnold von 50.
Jungenfeld, Freifrau von 99.
Kähler 21.
Karl, Prinz v. B. 46, 70.
Ketteler, von, Bischof 18, 56, 100, 101, 108, 109.
Klober, Dr. 104.
Knecht, Dr. 37.
Knyn, Dr. 17.
Kolb, G. Fr. 36.
Kollmann, von 64.
Königer 71.
Köster 21, 90, 122.
Krause 57.
Krug, Dr. 100, 104.
Krug, Peter 22.
Kuby 37.
Kupferberg, Chr. A. 21, 90, 111, 122.
Kupferberg, Dr. med. 98, 100, 101.
Lahm, Jos. 31.
Lauteren, Clem. 98.
Lennig, Ad. Fr. 131.
Levi, Dr. 56.
Levita, Dr. 56.
Loßberg, von 66, 87.
Lothary, Chr. 22, 50, 122.
Ludwig III., Großherzog 9, 57, 74, 93, 94.
Ludwig, Prinz von Hessen 90, 91.
Lyncker, von 81.
Manteuffel, von 28, 44.
May, Dr. 53.
Mayer, Ernst 56.
Mellinger, K. 120.
Menges 122.
Merz, Joh. P. 33.
Metz, August 10, 11, 39, 47, 48, 49, 52, 126, 137.
Molath 42.
Moufang, Dr. 118.
Nachmann, Ph. 78.
Napoleon III. 6, 7, 8.
Nauheimer, Dr. 104.
Neipperg, Graf 61, 62, 69, 71.
Neumayer, Dr. 37.
Nonweiler, M. Fr. 22, 90, 122.
Oechsner, Denis 97, 98, 122.
Oechsner, Dr. jur. 13, 22, 126.
Pergler von Perglas 54, 71.
Pies, Dr. med. 104.
Pirner, Oberst 64, 95.
Prickarts 31.
Prickarts, H. 99.
Pretorius 35, 39.
Probst, Ernst 122.
Probst, Frz. 22.
Racke, K. 16, 21, 52, 53, 88, 98, 122, 126.

Digitized by Google

Rau, H. 122.
Rauch, H. 122.
Rautert, Dr. 122, 145.
Rechberg, Graf 63, 68, 73, 80, 85, 87.
Reguier, Joſ. 113.
Reinach, K. Dr. 15, 98.
Reinach, L. 57.
Reinach, M. 22.
Reinhardt, Fr. 98, 122.
Reis, N. 99.
Reis, Paul 99.
Reuleaux, L. 122, 145.
Röſchel 57.
Rößberg 64.
Ruff, Aug. 99.
Ruland, Dom. 20, 21.
Sander, Dr. 39, 140.
Sauerbeck 36.
Sauſen, Dr., Fr. 30.
Sauſen, Dr. Joh. 30.
Savigny, von 45.
Schmidt, Georg 98, 99.
Schmidt, Poſtrat 78.
Schmitt, Andreas 57.
Schmitt, Franz Joſ. 11, 12, 13, 74, 75, 103.
Schmitz, G., Dr. 120.
Schmitz, K. 56.
Schneider, Fr., Prälat 100, 101.
Schneider, Joh. Fr. 22, 122.
Schott, Franz 19, 20.
Schott, Franz, Frau 19, 98.
Schöppler, Joſ. 99.
Schrohe, Dr. 104.
Schulze-Delitzſch 36.
Seeger 136.
Seher, H. 98.
Seitz, Dr. 127, 139.
Soherr 37.
Städel 22.
Stockhauſen, von 68.
Strecker, Wilh. 122.
Striegler, Joſ. 22.
Striegler, Ph. 120.
Stumpf, Paul 97, 98.
Ter Haar, J. W. 122.
Theuerkauf, B. 20.
Thon-Dittmer 37.
Thomas 145.
Tweſten, K. 17.
Vogel v. Falkenſtein 68, 70.
Vohſen, Jak. 120.
Volk 36.
Wagner, Dr. 103.
Walther 56.
Wallau, C., 120.
Webel 145.
Weber, Dr. 35.
Welcker 35, 97, 98.
Wenzel, Dr. 52, 53, 97, 98.
Wernher 49.
Wilhelm, König von Preußen 3, 137.
Wittmann, Joſ., Dr. 103, 104.
Wittmann, Phil., Dr. 13, 22, 112, 122.
Wrangel, von 5.
Zitz, Dr. 14, 113.

Digitized by Google

Digitized by Google



Digitized by Google

3 3433 08186038 3